



Ausgabe I | 2012

**pnd | online**  
[www.planung-neu-denken.de](http://www.planung-neu-denken.de)



# Inhaltsverzeichnis

## Editorial 1|2012

### Umschau

Carsten Keller: Soziologische Perspektiven auf Planung und Architektur. Ein (Rück-)Blick auf das Werk von Hartmut Häußermann, Detlev Ipsen und Werner Sewing.

Hartmut Häussermann: Armutsbekämpfung durch Stadtplanung?

Detlev Ipsen: Die Poetik von Ort und Landschaft - Räumliche Ästhetik und regionale Entwicklung

Werner Sewing: Kultur als Dienstleistung? Ambivalenz der Architektur.

Jörg Seifert: »Und nun?« Fragen zum Open-Source-Paradigma im aktuellen Stadtdiskurs

Klaus Selle: Urbanität – eine Fortsetzungsgeschichte (Teil 4)

### Thema 3: Stadträume – Urban Spaces

Nicola Szibbo: A Review on Recent Literature: Public-Private Open Space Development in the United States

Christian Dimmer: Privately owned Public Space: Japan's uncontested corporate Commons

### Lesetipps und Rezension

Sebastian Haumann: „Schade, dass Beton nicht brennt....“ – Planung Partizipation und Protest in Philadelphia und Köln 1940–1990“. Ein Lesetipp von Johann Jessen

Wüstenrot Stiftung/ Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.): Stadtentwicklung und Integration Jugendlicher in Deutschland und Frankreich. Ein Lesetipp von Johann Jessen

David Byrne: Bicycle Diaries. Ein Lesetipp von Johann Jessen

Sonja Hnilica, Markus Jäger, Wolfgang Sonne (Hg.): Auf den zweiten Blick. Architektur der Nachkriegszeit in Nordrhein-Westfalen. Eine Rezension von Claus C. Wiegandt



## Editorial 1|2012

### Nach-Denken

2011 war ein trauriges Jahr für die Stadtsoziologie in Deutschland. Drei ihrer renommiertesten Vertreter verstarben innerhalb kürzester Zeit: **Hartmut Häußermann, Detlef Ipsen und Werner Sewing**. Wir wollen ihrer hier nicht mit Nachrufen gedenken, sondern zum »Nach-Denken«, zum Wieder-Lesen anregen: Wir fragten in der erweiterten Redaktion nach Vorschlägen für Texte, die in besonderer Weise für das Werk dieser Autoren stehen. Darauf gab es viele Vorschläge. Drei Texte wurden ausgewählt – und von **Carsten Keller** mit seinem Beitrag »(Rück-)Blick auf das Werk von **Hartmut Häußermann, Detlef Ipsen und Werner Sewing**« im Kontext des Œuvres der drei Autoren gewürdigt.

### Umschau

Im zweiten Teil der Umschau greifen wir wieder aktuelle Themen der Stadtentwicklung auf: **Jörg Seifert** widmet sich in seinem Beitrag »Und nun?« den »Fragen zum **Open-Source-Programm im aktuellen Stadtdiskurs**« und führt damit eine in der letzten pnd-Ausgabe (IV|2011, Martin Kohler, Andreas Fritzen: Die Stadt der offenen Quellen) begonnene Diskussion fort.

Im Anschluss schreibt **Klaus Selle** seine 2011 begonnene Fortsetzungsgeschichte zur »Urbanität« fort – und vorerst zu Ende. Nachdem in den ersten Folgen gefragt wurde, WAS Urbanität heißen kann, von WESSEN Urba-

nität die Rede sei und für WEN sie eigentlich Bedeutung habe, wird abschließend gefragt, WELCHE »...praktischen und programmatischen Folgerungen für Städtebau und Stadtpolitik« aus alledem zu gewinnen sind.

### »Stadträume – Urban Spaces«

Im THEMA 3 eröffnen zwei Autoren die internationale Perspektive auf private, öffentlich zugängliche Räume. **Nicola Szibbo** wirft in ihrem Beitrag »A Review on Recent Literature: Public-Private Open Space Development in the United States« zunächst einen Blick auf den amerikanischen »Markt«. Im Anschluss berichtet **Christian Dimmer** unter dem Titel »Privately owned Public Space: Japan's uncontested corporate Commons« aus Japan.

### Vermischtes

Auch die **Lesetipps** am Ende dieser Ausgabe richten ihren Fokus auf die Welt: Sie berichten von international vergleichender Stadtforschung in Deutschland und den USA, Integrationsbeispielen von Jugendlichen in Deutschland und Frankreich und Radfahrerfahrten in Berlin, Istanbul, Buenos Aires, Manila, Sydney, London, San Francisco und New York. Und in einer abschließenden **Rezension** wird deutlich, warum der Sammelband »Auf den zweiten Blick« schon auf den ersten Blick begeistern kann.

sg und ks



## Soziologische Perspektiven auf Planung und Architektur. Ein (Rück-)Blick auf das Werk von Hartmut Häußermann, Detlev Ipsen und Werner Sewing



Mit Hartmut Häußermann, Detlev Ipsen und Werner Sewing sind im letzten Jahr drei Persönlichkeiten verstorben, deren intellektuelles und akademisches Wirken die Diskurse zu Stadt, Raum, Architektur und Gesellschaft in Deutschland sowie international in bedeutender Weise beeinflusst und mitbestimmt hat. Ihr früher Tod reißt Lücken in die akademischen Disziplinen der Stadt-, Regional- und Architektursoziologie, und dies umso mehr, als diese Personen ihr Wirken stets damit verbunden haben, in aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen kritisch und konkret zu intervenieren. Auch wenn die Disziplinen der Stadt-, Regional- und Architektursoziologie in besonderer Weise dazu profiliert sein mögen, theoretische und empirische Forschungsarbeiten mit der Entwicklung praxisbezogener Perspektiven und Planungen zu verbinden, so war und ist jenes soziale und politische Engagement wohl nie eine Selbstverständlichkeit. Vor dem Hintergrund eines sich primär an betriebswirtschaftlichen Effizienzkriterien orientierenden Umbaus der Universitäten scheinen sich die Bedingungen dafür nicht unbedingt zu verbessern. Die Zukunft wird zeigen, ob die an den Universitäten nachrückende jüngere Generation solches Engagement nicht regelmäßig zur entbehrlichen Surplus-Tätigkeit erklären wird, um angesichts des steigenden Leistungsdrucks nicht allzu früh die von ihnen erwartete »Frische« zu verlieren und stattdessen mit einem aschfahlen Gesicht zurückzubleiben. Hartmut Häußermann, Detlev Ipsen und Werner Sewing zeichnete jedenfalls aus, Wissenschaft und praktische Intervention gleichzeitig zu betreiben und dabei die Kunst zu beherrschen, zu tatsächlichen Einflussgrößen zu werden, was ihnen freilich neben zahlreichen Anhängern auch Gegnerschaft eingetragen hat.

Dr. Carsten Keller studierte Soziologie, Philosophie und Musikwissenschaft in Marburg, Kassel und Münster und ist aktuell Forscher am Centre Marc Bloch, Berlin, und Vertretungsprofessor an der Universität Kassel. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in der Stadt-, Migrations- und Ungleichheitsforschung, europäischen Gesellschaften und qualitative Methoden.

Mit den im Rahmen dieser Ausgabe von pnd|online nachgedruckten Artikeln der drei Autoren werden Beiträge wiedergegeben, die auf emblematische Weise die Verbindung von Forschung und intervenierenden (Planungs-) Perspektiven in einem für den jeweiligen Autor zentralen Themenfeld verdeutlichen. An-

gesichts der Vielzahl an Themen, die diese drei Autoren in ihrer Schaffensperiode bearbeitet haben, bleibt die Auswahl der Beiträge unvermeidlich selektiv. Trotz dieser Selektivität vermittelt die Auswahl klar geschnittene Schneisen und fortbestehende Desiderate, wo und wie sozialwissenschaftliche Arbeiten

über Stadt, Raum und Architektur ansetzen und zur Gestaltung von Gesellschaft und Planung kritisch beitragen können.

Hartmut Häußermann hat wie kaum ein anderer mit räumlicher Entwicklung beschäftigter Soziologe die Formen sozialer Ungleichheit untersucht, die sich in Städten und Regionen ausprägen. Früh hat er auf den Trend wachsender Ungleichheiten und deren räumliche Ausdrucksformen wie die Verfestigung von Armutsquartieren hingewiesen, ein Thema, das auch in dem gewählten Beitrag »Armutsbekämpfung durch Stadtplanung?« aus dem Jahr 2010 im Zentrum steht. Häußermann kann als ein Wegbereiter der sozialen Stadt- und Quartierspolitik in Deutschland gelten, die 1999 mit dem Programm »Soziale Stadt« – nach einigen Vorläufern in Bundesländern – auf Bundesebene implementiert wurde. Zusammen mit Andreas Kapphan hat er in den 1990er Jahren im Auftrag des Berliner Senats eine Studie zur sozialen Entwicklung und Segregation Berlins durchgeführt und in diesem Zuge wesentliche Argumente für die Einrichtung sozialer Quartiersbüros, der sogenannten Quartiersmanagements, in benachteiligten Stadtgebieten geliefert. Mit einem unter seiner Beratung beständig weiterentwickelten Monitoringsystem wurde und wird in Berlin seit Ende der 1990er Jahre kleinräumig beobachtet, wie sich Segregationsmuster in der Hauptstadt verändern. Auf diese Weise ist eine empirische Grundlage geschaffen worden, mit deren Hilfe sich auch politisch-praktische Fragen, wie nach den Notwendigkeiten und Wirkungen sozialer Quartierspolitik, fundierter beantworten lassen.

Trotz Häußermanns prinzipieller Befürwortung einer sozialen Stadt- und Quartierspolitik warnte er nachdrücklich vor einem »Tunnelblick«, der die sozialen Probleme auf Quartiersebene durch kleinräumige Intervention für lösbar hält. »Eine Politik für die ›Soziale Stadt‹, die nur die problembeladenen Quartiere im Blick hat, betreibt eine end-of-the-pipe-Politik, wie sie für die Anfänge der Umweltpolitik ebenfalls typisch war, aber sie kann ihre Ursachen nicht vermindern oder gar beseitigen.«, schreibt er in »Armutsbekämpfung durch Stadtplanung?« (Häussermann 2010, abgedruckt in dieser pnd-Ausgabe, S. 6). Mit anderen Worten argumentiert Häußermann gegen die sich leicht einstellende Hoffnung, durch die kleinräumige Intervention die Probleme beheben zu können, die

durch Trends verursacht werden, die weitgehend jenseits der Quartiere und vielfach noch jenseits der städtischen Ebene liegen. Hier macht sich der Makrosoziologe geltend, stets bemüht, gesamtgesellschaftliche Prozesse im Auge zu haben, um sie dann modifiziert noch in den kleinsten mikrosozialen Phänomenen wiederzufinden. Häußermanns bekannteste Arbeit zu makrosozialen Trends ist wahrscheinlich das mit Walter Siebel verfasste Buch zu den »Dienstleistungsgesellschaften« (1995).

Für eine politische und planerische Perspektive besonders interessant sind in dem Beitrag »Armutsbekämpfung durch Stadtplanung?« die Erfahrungen, die der Autor aus den USA heranzieht. Das von 1995 bis 2005 laufende Programm »Moving to opportunity«, das eine gezielte Desegregation von BewohnerInnen aus Armutsgebieten durch deren Umzug in sozial gemischte Quartiere realisiert hat, steht nach Häußermann vor einer teils ernüchternden, teils instruktiven Bilanz. Ernüchternd sei vor allem die Tatsache, dass die meisten Haushalte schon nach einem Jahr wieder zurück in ihre früheren Viertel zogen, da sie die höheren Mieten nicht dauerhaft bestreiten und sich nicht in soziale Unterstützungsnetzwerke der neuen Wohnumgebung integrieren konnten. Instruktiv sind jedoch die Lehren für eine soziale Stadtpolitik, die Häußermann in dem Text zieht. Bei aller Skepsis gegenüber dem Wirkungsradius einer sozialen Stadt- und Quartierspolitik hat er sich in seinen praktischen Perspektiven nie von einem makrosozial gestimmten Pessimismus einholen lassen und gehörte vielmehr in jenen »Club der unverbesserlichen Optimisten«, die an der Notwendigkeit politischer und planerischer Verwirklichung einer sozial gerechten Stadt und Gesellschaft festhalten. Die jüngsten, radikalen Einschnitte bei der Finanzierung des Programms »Soziale Stadt« klassifizierte er entsprechend als »verheerende Fehlentscheidung« (Interview vom 3.10.2011). Vielmehr sei es allein schon für die Bildungssituation in benachteiligten Vierteln unabdingbar, mehr Mittel zu investieren: »Würden hervorragende Ganztagschulen zu sozialen und kulturellen Zentren in den Quartieren ausgebaut und durch entsprechende Ausstattung und Qualifikation des Lehrpersonals in die Lage versetzt, einen produktiven interkulturellen Erziehungs- und Bildungsprozess zu organisieren, wäre den Desintegrationsprozessen, die sich in diesen Quartieren vollziehen, ein großer Teil ihrer

Schubkraft genommen.« (siehe Ipsen 2009, abgedruckt in dieser pnd-Ausgabe, S. 3)

Der Text »Die Poetik von Ort und Landschaft - Räumliche Ästhetik und regionale Entwicklung« aus dem Jahr 2009 von Detlev Ipsen erörtert ein anderes Themenfeld räumlicher Planung und Gestaltung. Auch wenn Ipsen die Begriffe von Ort, Landschaft und Region keineswegs nur auf ländliche, sondern ebenso auf städtische Räume bezieht, so lässt sich doch zunächst sagen, dass er einer der wenigen Stadt- und Regionalsoziologen war, die sich durchgängig für ländliche Räume interessierten. Der populären, bereits bei Louis Wirth angelegten These einer Angleichung von Stadt und Land – zumindest was die Lebensweise der Menschen betrifft – hat Ipsen differenzierte Analysen entgegengestellt, wie sich Stadt und Land historisch und im internationalen Vergleich immer neu und unterschiedlich miteinander verflochten. Dabei wird dieses für die Soziologie seit ihrer Entstehung konstitutive Verhältnis nach Ipsen primär durch die gesellschaftliche Regulations- und Produktionsweise bestimmt. Auf einer weiteren, tieferen Ebene offenbart das Verhältnis zugleich eine »innere Dialektik von Tradition und Moderne« (Ipsen 1991). Detlev Ipsen ging es in seinen thematisch breit gefächerten Arbeiten, die sich etwa mit Fragen der Ökologie, Migration und Raumwahrnehmung beschäftigen, vielfach auch um solche tieferliegenden, die Philosophie berührenden Dimensionen. Ausgangspunkt seiner Überlegungen in »Die Poetik von Ort und Landschaft« ist allerdings der eher profane Gedanke, dass im Kontext einer regional relativ ausgeglichenen Infrastrukturversorgung und einer kapitalistischen Phase, die Städte und Regionen in Konkurrenz zueinander stellt, die Ästhetik und Identität von Orten zu einer neuen Entwicklungsgröße wird – oder werden kann.

Ipsen sieht die Chance gegeben, dass die Besonderheit von Orten im Sinne ihrer Ausstrahlung und Lebensqualität zu einer primären Orientierungsgröße für die Regional- und Stadtplanung wird. So schreibt er in dem Buch »Ort und Landschaft«, das im Hintergrund des ausgewählten Beitrags steht: »Das wahrscheinlich wichtigste Kriterium ist, dass der Ort eine Ausstrahlung haben muss, die sich der Reproduzierbarkeit entzieht.« Und weiter: »Man kann die Auswirkung, die sich von einem bestimmten Ort nicht lösen lässt, die sich der Reproduktion entzieht oder

im Falle der Reproduktion die Ausstrahlung verliert, poetisch nennen.« (Ipsen 2006: 142) Hier ist man bei dem für Ipsen zentralen Begriff der Poetik angelangt. Mit dem Begriff der Poetik bezeichnet er die durch Planung, aber freilich nicht durch Planung allein herstellbare Besonderheit von Orten, die positive Effekte auch auf die wirtschaftliche Entwicklung des Ortes - Stadt, Land oder Region - haben soll. An vielfältigen Beispielen erläutert er, wie Raumplanung diese Poetik eines Ortes herstellen kann, wobei als Kriterium gilt, dass es »ein Konzept, eine Linie gibt, durch die sich Landschaft und ihre Ressourcen und die Gestaltung von Produkten, Architekturen und Räumen auf einander beziehen« (S. 202).

Ipsen zielt auf ein Gegenmodell einer sich als funktional verstehenden Planung und Architektur. Diese stellte und stellt unzählige standardisierte, oft kolossale Räume her, ohne Besonderheit, Ausstrahlung und Lebensqualität zu vermitteln. Im Gegensatz zu solchen funktionalistischen »Nicht-Orten« enthebt die Poetik einen Ort »seiner materiellen Gebundenheit«. Sie »umgibt ihn mit einem Feld von Deutungen und löst ihn vom Heute. Sie schlägt den Bogen vom Gestern zum Morgen. (...) Die Poetik enthebt den Alltag seiner Alltäglichkeit.« (S. 199-200) Hier sind wir bei philosophischen Dimensionen einer poetischen Raumplanung. Ipsen zeigt sich dabei als ein Denker mit viel Humor, wenn er etwa zur Veranschaulichung solcher Dimensionen den japanischen Abort als poetischen Ort heranzieht. Darüber hinaus muss Ipsen als Denker einer alternativen Ökonomie gelten. In Regionen und Landschaften, die poetisch sind, ist ihm zufolge die Ökonomie in kulturelle, soziale und ökologische Aktivitäten eingebettet, und »Unternehmungen« beruhen auf einer horizontalen Vernetzung von deren BewohnerInnen (Ipsen 2006: 143-144). Die heute wieder lauter werdende Forderung, das Glücksempfinden und nicht das Wachstum einer Volkswirtschaft zum primären Kriterium wirtschaftlicher Steuerung zu erheben, klingt in solchen Ausführungen vielfach durch. Planung, so zeigt Ipsen, existiert nicht ohne normative Maßstäbe, und gute Planung ist nicht zu trennen von Vorstellungen guten oder besseren Lebens.

Bei dem Zuschnitt normativer Maßstäbe stehen sich Detlev Ipsen und Werner Sewing, von dem der Artikel »Kultur als Dienstleistung? Ambivalenzen der Architektur« aus dem Jahr 2001 in der aktuellen Ausgabe wieder-

gegeben wird, erstaunlich nah. Geht es Ipsen um eine nach ästhetischen Gesichtspunkten Nützliches und Schönes verbindende Gestaltung von Orten, deren BewohnerInnen sich horizontal und demokratisch vernetzen, so lässt sich ein Hauptanliegen Sewings in einer kulturell anspruchsvollen, am Gemeinwohl orientierten und demokratisch legitimierten Architektur ausmachen. Sicherlich besteht ein Unterschied beider Personen darin, dass Sewing sich thematisch in deutlich stärkerem Maße als Ipsen oder auch Häußermann mit Architektur auseinandersetzt. Außerdem hat Werner Sewing normative Perspektiven eher knapp, formal und quasi negativ in der Durchdringung des Gegenstandes formuliert: Er verlangt vom Rezipienten stets eine eigene Auseinandersetzung mit den von ihm präsentierten Positionen und Themen. So lautet ein resümierender Satz seines Beitrags »Kultur als Dienstleistung?«: »Das Fazit könnte lauten, daß eine wohlverstandene Moderne, deren soziale Selbstverortung dringender denn je wird, von Disney, von Kollhoff, von Jerde lernen muß, das Spiel aber nach eigenen Regeln neu beginnen sollte.« (Sewing 2001, abgedruckt in dieser pnd-Ausgabe, S. 7) Worin gute moderne Architektur bestehen sollte und wie sie sich gegen die Zwänge eines neoliberalen Marktes behaupten kann, setzt für Sewing mithin eine Auseinandersetzung mit Disney, Kollhoff und Jerde voraus, zu denen er, zumindest in diesem Text, nur einige Bausteine liefert.

Gleichzeitig bestechen Sewings Arbeiten durch ein großes Ausmaß an Detailliertheit und Konkretion. In die Debatten, in die er sich einschaltete, kannte er sich wie kein anderer aus, und er wurde nicht müde, Akteure und Projekte im Einzelnen zu benennen und auszuleuchten. Das hat ihn in der Zeit nach der Wende zu einem einflussreichen und gefürchteten Kritiker des Bauens und Planens im »neuen Berlin« gemacht. So hat er dazu beigetragen, dass die Prognose, »hinter der rationalistischen Hülle einer fiktiven Berlinischen Fassadenarchitektur (entsteht) ein neues Berlin aus monolithischen Büroblöcken von bis zu 12 Geschossen« (Sewing 1994: 178), dem jegliche Altbausubstanz weichen muss, zumindest nicht durchgängig Wirklichkeit wurde. In dem Text »Steinernes Berlin« von 1994 analysiert er die städtebauliche Berliner

Debatte der Nachwendezeit aus einer machtheoretischen Perspektive, bei der ihm Max Weber und Pierre Bourdieu als Gewährsmänner dienen. Sewing war fest davon überzeugt, dass nur diskursiv offene und öffentliche Verfahren eine gemeinwohlorientierte Bebauung und Architektur ermöglichen können. Hinter den zahlreichen Debatten, Wettbewerben und Gremien zur Planung und Bebauung des neuen Berlins, an dem letztlich nur ein kleiner Kreis von ExpertInnen teilnahm, diagnostizierte er eine künstliche Herstellung von Öffentlichkeit und Legitimität: »Planungskultur substituiert politische Kultur, simulierte Öffentlichkeit verschafft die Legitimation von Öffentlichkeit.« (ebd.: 159) Keineswegs nur mit Blick auf die Schlossdebatte bescheinigte er Berlin, konservativer, preußischer und autoritärer zu werden, um dann, mit dem ihm typischen Humor, vor allem die Banalität und Provinzialität des neuen Berlins hervorzuheben.

In dem Beitrag »Kultur als Dienstleistung? Ambivalenzen der Architektur« erörtert Sewing auf einer allgemeineren Ebene die Anforderungen an zeitgenössische Architektur. Eine zentrale Herausforderung sieht er in den wachsenden Zwängen eines liberalisierten, von Großbüros und Global Players dominierten Marktes, die zu einer Kommerzialisierung architektonischer Gestaltung beitragen. Gleichwohl betrachtet er die bei ArchitektInnen wiederhallende Klage über das Verschwinden kompetenter Bauherren und ihren Ruf nach staatlichen Bauträgern mit großer Skepsis. Schon deshalb waren Sewing diese Klagen suspekt, weil die Architektur als Disziplin seit den 1980er Jahren einen immensen Bedeutungszuwachs erfahren und zu einer Art gesellschaftlichem Leitmedium geworden ist. Aber eine einfache Lösung des Problems, Architektur als Dienstleistung anbieten zu müssen, gibt es nach Sewing nicht. Als Dialektiker empfiehlt er vielmehr, zwischen den Polen von Kommerz und Hochkultur, zwischen Eventarchitektur eines angeblichen Massengeschmacks und erzieherischem Elitismus eine eigene, neue Balance zu finden. Die Spannungen gelte es auszuhalten und in Produktivität umzusetzen. Bausteine dazu, wie diese Balance gestaltet sein könnte, hat Sewing zahlreiche geliefert.

## Literatur

Häußermann, Hartmut und Walter Siebel (1995): Dienstleistungsgesellschaften. Frankfurt a.M.

Häußermann, Hartmut (2010): Armutsbekämpfung durch Stadtplanung? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 51-52

Häußermann, Hartmut im Interview mit Barbara Behrends »Die urbane Qualität liegt in der Vielfalt.« am 3.10.2011, <http://www.vorwaerts.de/trackback/13300>

Ipsen, Detlev (1991): Stadt und Land - Metamorphosen einer Beziehung. In: Häußermann, H. et al.: Stadt und Raum. Soziologische Analysen. Pfaffenweiler

Ipsen, Detlev (2006): Ort und Landschaft. Wiesbaden

Ipsen, Detlev (2009): Die Poetik von Ort und Landschaft. Räumliche Ästhetik und regionale Entwicklung. In: Heike Bartholomäus et al. (Hg.): Wie viel Gestaltung braucht die Stadt. Cottbus

Sewing, Werner (1994): Steinernes Berlin. Wiederabgedruckt in: Werner Sewing (2003): Bildregie. Architektur zwischen Retrodesign und Eventkultur, Basel, Bauwelt Fundamente 126, S. 137-149

Sewing, Werner (2001): Kultur als Dienstleistung? Ambivalenzen der Architektur. Wiederabgedruckt in: Werner Sewing (2003): Bildregie. Architektur zwischen Retrodesign und Eventkultur, Basel, Bauwelt Fundamente 126, S. 150-181



## Armutsbekämpfung durch Stadtplanung?

Werden arme Menschen durch den Ort, an dem sie wohnen, ärmer? Das ist die Frage, die Stadtsoziologen, Armutsforscher und Stadtpolitiker sich angesichts der zunehmenden Konzentration von Armut in wenigen Teilen der großen Städte stellen müssen. Selbstverständlich werden Menschen nicht durch ihren Wohnort arm, aber Armut – so die zentrale Annahme – kann sich verfestigen, und sie kann vererbt werden, wenn es eine hohe Konzentration von Armen in einem Stadtviertel gibt. In der Stadtpolitik werden daher auch verschiedene Strategien diskutiert, wie mit diesem Problem umgegangen werden soll. In den USA hat die Regierung eine eindeutige Antwort: Dekonzentration, das heißt räumliche Umverteilung der Armenhaushalte, Abriss der schlimmsten Ghettos und Bau von neuen *mixed-income-housing*-Quartieren. Eine ähnliche Strategie verfolgt die französische Regierung, die in großem Stil Wohnblocks in der *banlieue* der großen Städte beseitigen und in möglichst vielen Städten neuen sozialen Wohnungsbau errichtet. Auch in Deutschland haben sich Bund, Länder und Gemeinden seit 1999 mit dem Programm »Soziale Stadt« diesem Problem zugewandt und sich die Verhinderung der Abkopplung von Quartieren, in denen sich soziale Probleme verdichten, sowie die Verbesserung der Lebensperspektive ihrer Bewohnerinnen und Bewohner zum Ziel gesetzt. Das Programm ist im Bereich der Städtebauförderung angesiedelt, steht also in direktem Zusammenhang mit der Stadtplanung.

Bevor man über Interventionen nachdenkt, muss allerdings geklärt werden, von welchen Zusammenhängen zwischen einem Wohnquartier und der Armut ihrer Bewohner ausgegangen wird. Solche bestehen auf zweierlei Weise: Zum einen geht es um Lage, Ausstattung und das Image eines Quartiers, die den Bewohnern den Zugang zu sozialen

und kulturellen öffentlichen Diensten sowie zum Arbeitsmarkt erschweren können; zum anderen geht es um die »Kontexteffekte«, die dann auftreten, wenn eine soziale Umgebung auf das Denken, Handeln und die normativen Orientierungen ihrer Bewohner einen ungünstigen Einfluss hat.

Hartmut Häussermann, war Stadt- und Regionalsoziologe und verstarb am 31. Oktober 2011 im Alter von 68 Jahren.

Der hier abgedruckte Beitrag erschien 2010 in der Zeitschrift: Aus Politik und Zeitgeschichte (Beilage zu DAS Parlament). Nr. 51-52/2010, S. 23-29.

### Herausbildung von Armenvierteln

Mit dem Ausbau des Sozialstaats verschwand die Armut in den Städten weitgehend, und so wurde in den deutschen Städten die Entwicklung von *slums* verhindert, die in den stark marktwirtschaftlich geprägten westlichen Ländern die Innenstädte zunehmend prägte. Die großen Städte in Deutschland erleben jedoch seit Mitte der 1970er Jahre einen sozioökonomischen Strukturwandel, der sowohl das Städtesystem als auch die innere Struktur der Städte verändert.<sup>1</sup> Nun differenzieren sich die verschiedenen Sozialräume in den Städten wieder stärker aus, Quartiere entmischen sich stärker, und die Tendenz einer Polarisierung zwischen den wohlhabenden und ärmeren Stadtteilen ist unübersehbar. Aus den Orten, wo sich die Ausgegrenzten konzentrieren, drohen Orte der Ausgrenzung zu werden.

Die Gründe dafür liegen in einer wachsenden Heterogenität der städtischen Bewohnerschaft. Denn erstens haben die dramatischen Verluste von Arbeitsplätzen im Verarbeitenden Gewerbe in den großen Städten die Möglichkeiten, auch ohne hohe berufliche Qualifikation in der Industrie ein hinreichendes Einkommen zu erzielen, drastisch beschränkt. Betroffen davon sind ältere männliche Arbeiter und die »Gastarbeiter«, die für genau solche Arbeitsplätze angeworben worden waren. Die Einkommensungleichheit nimmt zu.<sup>2</sup> Zum zweiten bringen die wachsenden Anteile von Bevölkerung »mit Migrationshintergrund« eine stärkere kulturelle Diversität mit sich, und zum dritten differenzieren sich verschiedene Lebensstil-Milieus stärker aus. Wachsende soziale Distanzen werden in den Städten in räumliche Distanzen übersetzt, und so entstehen neue Segregationsmuster. Auch in den deutschen Städten ist zu beobachten, dass sich mit steigender Armut die davon betroffene Bevölkerung in wenigen Quartieren konzentriert. Das hat verschiedene Ursachen:

**Fahrstuhleffekt.** Die Arbeiterquartiere aus dem 19. Jahrhundert, die es in allen Städten noch in mehr oder weniger großem Umfang gibt, waren auch im Laufe des 20. Jahrhunderts noch die Wohngebiete vor allem der Arbeiterschaft. Da seit den 1960er Jahren die einfachen Tätigkeiten in der Industrie vorwiegend von Zuwanderern aus dem Ausland (»Gastarbeiter«) ausgeübt wurden, wohnen in solchen Quartieren auch zu großen Anteilen Migranten bzw. deren Nachkommen. Die

städtische Arbeitsmarktkrise, die durch die Deindustrialisierung verursacht worden ist, hat in diesen Quartieren ihre stärksten Wirkungen. Aus Arbeitervierteln wurden gleichsam Arbeitslosenviertel, denn die Arbeitslosenquoten in diesen Quartieren kletterten in den 1980er und 1990er Jahren auf Werte zwischen 20 und 40 Prozent. Diese Quartiere rutschten gleichsam wie im Fahrstuhl ein Stockwerk tiefer, und viele ihrer Bewohner wurden dauerarbeitslos.

**Selektive Mobilität.** Außerdem sorgen Prozesse selektiver Mobilität innerhalb der Stadt für eine soziale Entmischung in solchen Gebieten, die bisher nicht so stark segregiert waren. Das nimmt etwa folgenden Verlauf: Das wachsende Niveau sozialer Probleme macht sich in den Quartieren in einer zunehmenden Zahl alltäglicher Konflikte bemerkbar, beispielsweise dann, wenn die Zahl von Dauerarbeitslosen steigt, die am Tage im öffentlichen Raum demonstrativ dem Alkoholenuss nachgehen und dabei das verträgliche Mit- und Nebeneinander im Viertel strapazieren. Nachlassende Kaufkraft der Wohnbevölkerung als Folge von Verarmung führt zum Wandel des privatwirtschaftlichen Infrastrukturangebots. Ein rascher Wechsel der Ladeninhaber mit der Tendenz zu billigeren Angeboten vermittelt den Eindruck des kollektiven sozialen Abstiegs. Begleitet vom Zuzug von Migranten entsteht bei vielen Herkunftsdeutschen, die sich selbst von wachsenden sozialen Problemen bedroht sehen, ein Gefühl des Kontrollverlustes, ein Unsicherheitsgefühl, das aus wachsender Fremdheit und zahlreichen, alltäglichen Konflikten innerhalb der Nachbarschaft resultiert. Dadurch entstehen »überforderte Nachbarschaften«, das heißt, die Integrationskraft solcher Quartiere nimmt ab, weil die selbst von sozialem Abstieg bedrohten Bewohner die häufiger und heftiger werdenden Konflikte nicht mehr gleichsam natürlich absorbieren können.

### Kontexteffekte

Die Prozesse der sozialen Entmischung und der Herausbildung von Quartieren mit überproportional hohen Anteilen von Familien mit multiplen Problemlagen führen zu Nachbarschaften, die selbst sozialstrukturierende Effekte haben: Sie generieren »Kontexteffekte«, die insbesondere Kindern und Jugendlichen die Lebenschancen verbauen. Ein solcher so-

zialer Raum kann selber zu einer Dimension der Exklusion werden, wenn ein Quartier aus dem städtischen Funktionszusammenhang herausfällt und Wirkungen entfaltet, die zu weiterer sozialer Benachteiligung führen.<sup>3</sup> Das kann auf folgende Weise geschehen:

- durch die symbolische Ausgrenzung in Form von Stigmatisierung, die den Bewohnern solcher Quartiere den Status von Deklassierten anhaftet und sie persönlich herabwürdigend;
- durch die Ausdünnung der Informationsnetze, denn bei hoher sozialer Homogenität der marginalisierten Bewohnerschaft sind keine Träger relevanter Informationen mehr vorhanden und damit die Zugänge zu Informationen aus den Kernbereichen der Gesellschaft, insbesondere des Arbeitsmarktes, schwieriger;
- durch die soziale Entmischung gehen mit dem Wegzug integrierter Mittelschichten Ressourcen für Organisation und politische Repräsentation verloren, die in sozial und funktional heterogenen Quartieren vorhanden waren. Da die Wahlbeteiligung in den Armutsvierteln in der Regel sehr niedrig ist, wird deren Bevölkerung auch politisch marginalisiert;
- das sich bildende Milieu in ausgegrenzten Quartieren bildet einen Erfahrungsraum für die Sozialisation von Kindern und Jugendlichen, in dem sie zwar Techniken des Überlebens unter schwierigen Lebensbedingungen lernen, aber nicht die Kulturtechniken, die für eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt und eine »normale« Lebensführung notwendig sind.

Die Wirkungen von stark segregierten Quartieren sind allerdings ambivalent: Sie sind zwar, wie beschrieben, Orte der Ausgrenzung, aber zugleich auch Orte der Einbettung in verlässliche und nicht-diskriminierende soziale Bezüge.<sup>4</sup> Sie stellen also ein soziales Kapital dar, das den Effekt der Einbindung im doppelten Wortsinne hat: unterstützende Einbindung in Kommunikations- und Unterstützungsnetzwerke, Einbindung aber auch in dem Sinne, dass die Zugehörigkeit zum deklassierten Milieu strukturell verfestigt wird. In jedem Quartier gibt es soziale und kulturelle Ressourcen, denen allerdings meistens die Wege zu ihrer Entfaltung verschlossen sind, weil Resignation, Ohnmachtsgefühle und Perspektivlosigkeit das Klima prägen.

### Segregation in den und durch die Schulen

Eine treibende Kraft für die Entmischung von Quartieren ist die Situation in den Schulen. Die wachsenden Anteile von Migrantenkindern in den Grundschulen, von denen viele beim Schuleintritt nicht die deutsche Sprache beherrschen, werden von den Eltern einheimischer Kinder als Beeinträchtigung von Lern- und Erziehungsprozessen wahrgenommen und mit Wegzügen beantwortet. Für unfreiwillig Zurückbleibende verschärft sich dadurch die Situation. Der Prozess der Segregation aufgrund der Schulsituation stellt eine sehr ernste Gefährdung der kulturellen und sozialen Integration in den Städten dar, da hier Bildungsarmut systematisch erzeugt wird.

Da in der postindustriellen, wissensbasierten Ökonomie allgemeine und berufliche Bildung eine immer größere Rolle für die Lebenschancen von Menschen spielen, hat die Aufmerksamkeit für das, was in der Schule passiert, insbesondere bei den deutschen Mittelschichten in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Dem Leistungsniveau der Schulen wird ein gesteigertes öffentliches Interesse entgegengebracht. Dahinter steht die wachsende Besorgnis über die Ausstattung der Kinder mit Bildung und Ausbildung. »Schulsegregation« verändert die soziale Zusammensetzung von Quartieren nachhaltig. Solche Entmischungsprozesse können einerseits zu »Ghettoschulen« führen, andererseits wird in den Quartieren dadurch das »soziale Kapital« geschwächt, weil Heterogenität vermindert und soziale und kulturelle Kompetenzen abgezogen werden.

Wenn die Schulen eine wesentliche Quelle für soziale Entmischungsprozesse sind, dann könnten sie auch ein zentraler Ansatzpunkt für erfolgreiche Integrationspolitik sein – sowohl hinsichtlich der Migranten als auch der einheimischen Bevölkerung. Würden hervorragende Ganztagschulen zu sozialen und kulturellen Zentren in den Quartieren ausgebaut und durch entsprechende Ausstattung und Qualifikation des Lehrpersonals in die Lage versetzt, einen produktiven interkulturellen Erziehungs- und Bildungsprozess zu organisieren, wäre den Desintegrationsprozessen, die sich in diesen Quartieren vollziehen, ein großer Teil ihrer Schubkraft genommen.

Die Bewahrung von ethnischer und sozialer Mischung gilt sowohl aus pädagogischer Sicht als auch aus dem Interesse an sozialer

Stabilität der Quartiere allgemein als wünschenswert. Schulbedingte Entmischungsprozesse können also die gesellschaftliche Integration gefährden. Die Bestimmung von Schuleinzugsbereichen, die es in Deutschland seit den 1920er Jahren gibt, war einst vorgenommen worden, um die Integration von verschiedenen Schichten und Kulturen in der »Volksschule« zu gewährleisten. Da das »Volk« in den innerstädtischen Quartieren in wachsendem Umfang aus Familien mit einer nicht-deutschen Herkunftssprache besteht, suchen sich bildungsorientierte Eltern ein anderes »Volk« in einem anderen Stadtteil, der einen geringeren Anteil an ethnischen Minderheiten aufweist.

### Wie wirken Kontexteffekte?

Von der Wohnumgebung gehen Wirkungen über zwei Wege auf die soziale Inklusion aus: zum einen, weil das Quartier eine infrastrukturelle Ressource insbesondere für Bildungsprozesse darstellt, zum anderen, weil das Quartier eine Instanz für kollektive Sozialisation ist, die vor allem über informelle Lernprozesse in Jugendgruppen und auf der Straße wirkt. Hinzu kommen die Zuschreibungen und Diskriminierungen, die von der Stigmatisierung von Quartieren in den Medien ausgehen, und die sich in den *mental maps* der Stadtbewohner festgesetzt haben. Die Wirkungen sind gegenüber der sozialen Herkunft und der Einbettung in die Familie zwar nachrangig, sie haben jedoch durchaus eine eigenständige Wirkung.

Nicht alle Bewohner sind jedoch gleichermaßen empfänglich für Kontexteffekte. Denn die sozialen Netzwerke und sozialen Beziehungen von Jugendlichen und Erwachsenen können weit über die lokale Umgebung hinausreichen und so deren Einfluss einschränken. Auch sind die Bewohner nicht einfach passive Resonanzböden für Einflüsse der lokalen Umwelt, denn sie reagieren auf diese Umwelt und können sich, wenn sie durch andere soziale Beziehungen gestützt werden, auch unabhängig von der lokalen Umgebung entwickeln.

Die Bedeutung der Wohnumgebung besteht also in der Infrastrukturausstattung und -qualität eines Quartiers. Beide haben Einfluss auf den Zugang zu Institutionen, die für die personale Entwicklung bedeutsam sind. Zu nennen sind hier das Gesundheitssystem, Einrichtungen des Bildungswesens,

Sport- und Freizeiteinrichtungen sowie soziale Dienste. Physische Eigenschaften des Quartiers wie bauliche Anlagen, Verkehrsbeziehungen und Umweltbelastungen spielen außerdem eine Rolle. Ein zweiter Einfluss geht von sozialen Netzen aus, die Ressourcen in verschiedener Weise bereitstellen – oder eben nicht. Ihre Qualität hängt vom darin verfügbaren sozialen und kulturellen Kapital ab, das bei heterogenen Netzwerken als sehr viel höher eingeschätzt wird. Enge soziale Netze, die sich auf die Verwandtschaft oder auf Personen in ähnlicher sozialer Lage beschränken, gelten dagegen als wenig hilfreich (»Netzwerkarmut«) und tragen zur Verfestigung von Armut bei.

Die Wohnumgebung vermittelt Normen, stellt Vorbilder bereit und übt soziale Kontrolle aus. Dadurch werden die Aspirationen und die Lernmotivation insbesondere von Jugendlichen beeinflusst. Sie ist als Sozialraum ein Ort für informelles Lernen und bildet ein Normensystem, dem sich der Einzelne nur dann entziehen kann, wenn er sich bewusst dem sozialen Druck widersetzt, der vor allem von Gleichaltrigen ausgeht. Das Freizeitverhalten wird vor allem bei engen und auf den Nachbarschaftsraum beschränkten Kontakten durch die soziale Umgebung geprägt; auch, welches gesundheitsrelevante Verhalten (Ernährung, Bewegung, Suchtmittelkonsum, Körperpflege, Sexualität) eingeübt wird, wird durch die wichtigsten Sozialkontakte vermittelt. Insbesondere bei Migrant\*innen ist relevant, welche Sprachfertigkeiten durch die soziale Umgebung unterstützt werden. Verschiedene Studien in den USA<sup>5</sup> und in Deutschland<sup>6</sup> haben solche Kontexteffekte nachgewiesen. Insbesondere die Studie von Andreas Farwick zeigte, dass der Verbleib in der Armut bei ansonsten gleichen Merkmalen der sozialen Lage bei Bewohnern von Armutsvierteln länger ist als bei solchen armen Familien, die nicht vorwiegend arme als Nachbarn haben.<sup>7</sup>

### Politische Reaktionen

Wie eingangs bereits erwähnt, gibt es in verschiedenen Ländern verschiedene politische Strategien, wie die Effekte räumlich konzentrierter Armut bekämpft bzw. neutralisiert werden können. Wenn von der räumlichen Konzentration negative Effekte für die Bewohner ausgehen, wäre es eine logische Konsequenz, die räumliche Konzentration aufzulösen. Diesen Weg gehen die USA und

Frankreich. Auch in den Niederlanden wird mit Zuzugssperren und Abrissen von großen Wohnblocks in Gebieten des sozialen Wohnungsbaus versucht, die starke Konzentration von Armenhaushalten abzubauen.

In den USA wurde zwischen 1995 und 2005 ein groß angelegtes soziales Experiment versucht ( »Moving to Opportunity«),<sup>8</sup> bei dem der Umzug von Armenhaushalten aus Quartieren, die eine Armutsquote von über 40 Prozent hatten, in solche Gebiete unterstützt wurde, die eine Armutsquote von weniger als zehn Prozent haben. Bei den Quartieren mit einer niedrigeren Quote wurden günstigere Voraussetzungen für die Arbeitsplatzsuche und für einen besseren Schulerfolg von Kindern und Jugendlichen vermutet. Im Ergebnis zeigte das Experiment, dass die meisten Haushalte nach dem ersten Jahr wieder in Gebiete mit einer höheren Armutsquote umgezogen sind, so dass der Erfolg hinsichtlich der erwarteten Verbesserungen bei der Arbeitsmarktsituation, beim Einkommen und beim Schulerfolg sehr bescheiden blieb. Die Gründe dafür liegen darin, dass die armen Haushalte auch mit einem zusätzlichen Wohngeld in der Regel die steigenden Mieten in den Quartieren mit einem höheren sozialen Prestige nicht bezahlen konnten und ihre Integration in die sozialen Netzwerke in den neuen Nachbarschaften nur selten gelang. Außerdem waren viele Haushalte bei der Organisation ihres Alltags auf die Unterstützung durch die Verwandtschaft angewiesen, die in den Ursprungsvierteln zurückgeblieben war. Insbesondere die männlichen Jugendlichen verblieben so in den Jugendgruppen, deren negativen Einflüssen sie durch den Umzug hätten entzogen werden sollen. Das Experiment hat gezeigt, dass eine schlichte geografische Umverteilung kein Mittel ist, um negative Kontexteffekte zu neutralisieren, denn ein Umzug in eine neue, sozial gemischtere Nachbarschaft bedeutet eben nicht, dass die kulturell oder rassistisch diskriminierten Angehörigen von Minderheiten auch in die sozialen Netze der Mittelschicht-Nachbarschaften aufgenommen werden.

Daraus ist zu schließen, dass eine stärkere soziale Mischung in städtischen Quartieren auf die Verfügbarkeit von bezahlbaren Wohnungen in allen Teilen der Stadt angewiesen ist und eine räumliche Mobilität nur dann auch zu sozialer Mobilität führt, wenn den Familien und ihren Kindern in einem umfassend angelegten Sozialmanagement Unterstützung auf dem Weg in eine andere soziale

Umwelt gegeben wird. Wenn, wie es auch in den USA der Fall ist, die Zahl der Sozialwohnungen laufend abnimmt und sich die »soziale Wohnungspolitik« auf die Gewährung von Wohngeld beschränkt, verengen sich allerdings die Spielräume für eine nachhaltige Politik der sozialen Mischung in städtischen Quartieren.

In Deutschland gibt es seit 1999 das Bund-Länder-Programm »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt«,<sup>9</sup> mit dem versucht wird, die Lebenssituation in den marginalisierten Stadtteilen zu verbessern und den Bewohnern bessere Lebenschancen zu eröffnen. Hier geht es also nicht um eine geografische Umverteilung, sondern um eine Aufwertung von Gebieten, die an den sozialen Rand der Städte gedrängt worden sind. Neben erweiterten Möglichkeiten der Partizipation und neuen Formen der Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren ist eines der zentralen Merkmale dieses Programms, Ansätze zu einer integrierten Politik zu entwickeln, also städtebauliche Maßnahmen mit Anstrengungen zu kombinieren, die Bewohnerschaft zur Eigenaktivität und zu aktivem Engagement für ihr Quartier zu animieren. Die Integration von Jugend-, Familien-, Sozial-, Kultur- und Bildungspolitik, verbunden mit der baulichen Erneuerung von öffentlichem Raum und Infrastruktur wird als ein Weg gesehen, die komplexen Probleme einer räumlichen Konzentration von Armut mit einer Perspektive anzugehen, die insbesondere den Kindern und Jugendlichen die Benachteiligung nimmt, die mit dem Aufwachsen in solchen Quartieren verbunden ist. Dies ist eine neue Form von »Stadtplanung«, die sich nicht nur an den physischen Merkmalen eines Quartiers orientiert, sondern den Sozialraum in den Blick nimmt.

In den Quartieren, die in das Programm »Soziale Stadt« aufgenommen worden sind – inzwischen sind es in ganz Deutschland über fünfhundert –, haben sich nach einigen Jahren tatsächlich Anzeichen für eine Stabilisierung und eine stärkere Integration der Bewohner gezeigt. Die Probleme, welche die »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf« kennzeichnen, sind aber auf doppelte Weise mit einem weiteren Umfeld verflochten:

- **Einerseits** zeigen sich in den Quartieren räumlich konzentriert Probleme, die nicht von diesen Quartieren ausgehen, sondern Resultate überlokaler Prozesse und Verteilungsmechanismen sind. Und das Instrumenta-

rium der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ist weitgehend durch die Bundesgesetzgebung bestimmt.

■ **Andererseits** wird die räumliche Konzentration durch Veränderungen beim Wohnungsangebot in anderen Teilen der Stadt verursacht, in denen der Zugang zu bezahlbaren Wohnungen verengt wird. Die besondere Problemkumulation an bestimmten Orten in der Stadt ist gesamtstädtischen Prozessen zu verdanken. Denn geringe Anteile von Armuts-Haushalten in dem einen Gebiet beruhen darauf, dass diese dort ausgeschlossen und in anderen Quartieren konzentriert werden. Weder ist die Stadt ohne diese Quartiere zu denken, noch entstehen diese Quartiere ohne den selektiven Bevölkerungsaustausch mit der Gesamtstadt. Man könnte auch sagen, die Existenz dieser Quartiere »löst« Probleme für andere Quartiere, weil sie sie stellvertretend aufnehmen. Gelöst sind diese Probleme aber dadurch nicht, denn die Quellen der Probleme – wie Arbeitslosigkeit oder Armut – können auf Nachbarschaftsebene nicht wirksam bekämpft werden. Bei einem »Tunnelblick«, das heißt einer ausschließlichen Konzentration auf die Nachbarschaft, besteht die Gefahr, dass die Strukturen und Prozesse auf gesamtstädtischer Ebene nicht thematisiert und nicht bearbeitet werden und so das Problem, das an der einen Stelle bearbeitet wird, an anderer Stelle immer wieder neu entsteht.

Eine Politik für die »Soziale Stadt«, die nur die problembeladenen Quartiere im Blick hat, betreibt eine *end-of-the-pipe*-Politik, wie sie für die Anfänge der Umweltpolitik ebenfalls typisch war, aber sie kann ihre Ursachen nicht vermindern oder gar beseitigen. Integrierte Quartierspolitik heißt, sich nicht auf einen oder wenige Aspekte der problematischen Situation zu beschränken, sondern – trotz aller strategischen Unhandlichkeit – die Komplexität der Probleme im Auge zu behalten, also Arbeitslosigkeit, die Schulsituation, Drogen-

probleme, materielle Not, soziale Isolation, Bildungsarmut, baulichen Verfall, Konflikte im öffentlichen Raum, Bedrohung durch Gewalt und multikulturelle Koexistenz gleichzeitig zu thematisieren. Wenn die Programmatik auf eine »Sozialpolitik für die benachteiligten Quartiere« eingeengt wird, bleibt der Ansatz von Anfang an zu schmal und an Symptomen orientiert.

Obwohl das Programm sowohl in den Städten als auch in den meisten Bundesländern hoch geschätzt wird, haben sich die Bedingungen für eine Weiterentwicklung unter der konservativ-liberalen Bundesregierung seit 2009 stark verändert. Die Mittel sind im Rahmen der »Sparhaushalte« radikal gekürzt und vollständig auf die Förderung baulicher Investitionen gestutzt worden, womit der integrative Ansatz faktisch beseitigt wurde.

In den Quartieren, in denen die soziale Not am größten ist, haben sich inzwischen vielfältige Initiativen und Kooperationen entwickelt, die jedoch aufgrund mangelnder eigener Ressourcen weiterhin auf öffentliche Förderung angewiesen bleiben. Insbesondere im Bereich von schulischer und beruflicher Bildung hat das Programm einen hohen Stellenwert, weil das durchschnittliche Bildungs- und Qualifikationsniveau in den marginalisierten Quartieren besonders niedrig ist – und weil die enormen Probleme nur durch koordinierte und integrierte Bemühungen verschiedener Bereiche der Stadtpolitik als auch zivilgesellschaftlicher Akteure beseitigt werden können. Die sozialräumlich orientierte und fachlich integrierte Stadtplanung kann also sehr wohl etwas zur Beseitigung der Folgen von räumlich konzentrierter Armut beitragen. Zentral dabei ist die Bekämpfung von »Bildungsarmut«, die langfristig nicht nur für die betroffenen Kinder und Jugendlichen, sondern auch für die ökonomische Prosperität der Städte ein sehr ernstes Problem darstellt.

## Literatur

1 Vgl. Hartmut Häussermann/Dieter Läßle/Walter Siebel, Stadtpolitik, Frankfurt/M. 2008.

2 Vgl. Jan Goebel/Martin Gornig/Hartmut Häussermann, Polarisierung der Einkommen: Die Mittelschicht verliert, in: DIW-Wochenbericht, (2010) 24, S. 2–8.

3 Vgl. Hartmut Häussermann, Armut in der Großstadt, in: Informationen zur Raumentwicklung, (2003) 3–4, S. 143–157.

4 Vgl. Johannes Boettner, Vom tapferen Schneiderlein und anderen Helden, in: Uwe-Jens Walther (Hrsg.), Soziale Stadt – Zwischenbilanzen, Opladen 2002, S. 101–114; Rolf Keim/Rainer Neef, Ausgrenzung und Milieu: Über die Lebensbewältigung von Bewohnerinnen und Bewohnern städtischer Problemgebiete, in: Annette Hardt/Gitta Scheller/Wulf Tessin (Hrsg.), Stadt und soziale Ungleichheit, Opladen 2000, S. 248–273.

5 Vgl. William Julius Wilson, The Truly Disadvantaged, Chicago 1987; Hartmut Häussermann/Martin Kronau-

er/Walter Siebel (Hrsg.), An den Rändern der Städte, Frankfurt/M. 2004.

6 Vgl. Ulfert Herlyn/Ulrich Lakemann/Barbara Lettko, Armut und Milieu, Basel u. a. 1991; Jürgen Friedrichs/Jörg Blasius, Leben in benachteiligten Wohngebieten, Opladen 2000.

7 Vgl. Andreas Farwick, Segregierte Armut in der Stadt, Opladen 2001.

8 Vgl. Xavier Souza de Briggs/Susan J. Popkin/John M. Goering, Moving to Opportunity. The Story of an American Experiment to Fight Ghetto Poverty, New York 2010; kritisch dazu: Edward Glenn Goetz, Clearing the Way. Deconcentrating the Poor in Urban America, Washington, DC 2003.

9 Vgl. Michael Krummacher et al., Soziale Stadt – Sozialraumentwicklung – Quartiersmanagement, Opladen 2003; Uwe-Jens Walther (Hrsg.), Armut und Ausgrenzung in der »Sozialen Stadt«, Darmstadt 2004.



## Die Poetik von Ort und Landschaft – Räumliche Ästhetik und regionale Entwicklung

Wie wirkt sich die Ästhetik eines Raumes auf die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung einer Region jenseits des bekannten Zusammenhangs von »schöner« Landschaft und Tourismus aus? Dieser Frage gehen wir am Beispiel von zwei Regionen in Österreich und Japan nach und versuchen auf empirischen Beobachtungen aufbauend eine theoretische Diskussion des Zusammenhangs von Ästhetik und Entwicklung zu skizzieren. An Hand der Erfahrungen in diesen zwei Regionen soll zunächst die Wirkung ästhetischer Formen und Formierungen auf die Attraktivität einer Region für Menschen und Kapital aufgezeigt werden. In den letzten Jahrzehnten galten vor allem so genannte harte Standortfaktoren als wichtig für die Entwicklung von ländlichen Regionen. Wie gut konnte man die Region erreichen, wie nah ist der nächste Autobahnanschluss, wie gut ist die Versorgung eines Raumes oder sollen zentrale Orte ausgebaut werden? Ist die Versorgung und Entsorgung von Wasser auf dem Stand der Technik organisiert? Ist die Energieversorgung sicher? Es ging freilich auch um die soziale Infrastruktur, Schulen, Krankenhäuser und kulturelle Einrichtungen. Es wäre sicher übertrieben zu behaupten, dass diese Standortfaktoren für die Entwicklung von Regionen keine Rolle mehr spielen. Dennoch hat sich in großen Teilen der Europäischen Union die infrastrukturelle Ausstattung von Regionen angeglichen. Und Ähnliches lässt sich in anderen Teilen der entwickelten Welt beobachten.

Die folgenden Überlegungen gehen von der These aus, dass unter diesen Bedingungen die Ästhetik von Ort und Landschaft zu einem wichtigen Faktor der Entwicklung von Regionen wird. Dabei geht es nicht um eine »Verhübschung« öffentlicher Räume, nicht um irgendein Straßen begleitendes Grün, sondern um eine Linie, ein Konzept für die Qualität von Orten und Landschaften. Für die Beschreibung der Ästhetik in ihrer Wir-

kung auf den Menschen stütze ich mich auf das Konzept der Poetik. Poetik schlägt eine Brücke zwischen der Ästhetik eines Ortes bzw. einer Landschaft und der individuellen Disposition der Wahrnehmung. Der Begriffsbildung Gernot Böhmes folgend entwickelt sich eine poetische Atmosphäre zwischen der Objektivität der Welt und der Subjektivität jedes einzelnen Menschen (vgl. Böhme 1995). Poetik bezieht sich auf die Gestimmtheit der

**Detlev Ipsen**, war Stadt- und Regionalsoziologe und verstarb am 18. Februar 2011.

Der hier abgedruckte Beitrag erschien in: Heike Bartholomäus, Tanja Blankenburg, Katharina Fleischmann, Ilka Schiller, Lutz Wüllner (Hrsg.) (2009): *Wie viel Gestaltung braucht die Stadt*, Regia-Verlag Cottbus, S. 184-200. In der Erstveröffentlichung sind Abbildungen enthalten, auf die bei diesem Nachdruck verzichtet wurde.

Menschen und damit die »Strukturierung der Wahrnehmung«. Sie beruht nicht nur auf einer »Bildwerdung« von Landschaft, sondern zugleich auch auf der Identifikation mit einem Raum. Erst dadurch wird die Poetik eines Raumes für seine Entwicklungschancen von Bedeutung, denn es sind sowohl die Bindung an einen Ort und die Verantwortung für ihn, als auch die biografische Chance, die sich auf den konkreten Ort und die konkrete Landschaft beziehen, die unternehmendes Handeln fördern und so die Entwicklung eines Raumes beeinflussen.

Die theoretischen Zusammenhänge dieser These werden anhand von Beispielen aus Österreich und Japan veranschaulicht. Die Fallstudien, die dafür herangezogen werden, wurden im Rahmen eines japanisch – deutschen Forschungsprojektes durchgeführt, das sich in den letzten zwei Jahren der Bestimmung und systematischen Beschreibung poetischer Orte widmete. Dieses Projekt wird am Institut für kulturelle Studien des Fachbereichs für Architektur und Planung der Tohoku University of Art and Design in Yamagata unter der Leitung von Prof. Takano durchgeführt und vom japanischen Ministerium für Wissenschaft finanziert. Von deutscher Seite ist die Arbeitsgruppe Empirische Planungsforschung am Fachbereich für Architektur, Stadtplanung, Landschaftsplanung der Universität Kassel beteiligt.

### **Über Wälder und Holz, Architektur und Landschaft – das Schöne und das Nützliche**

Anhand einer Beispielregion soll nun die praktische Wirkung ästhetischer Bewegung auf das Bild und die Gestalt einer Landschaft sowie die Entwicklung einer Region gezeigt werden. Anschließend stehen daraus resultierende begriffliche und theoretische Fragen im Mittelpunkt.

Eine der Beispielregionen, die im Folgenden vorgestellt werden soll, liegt in Österreich, genauer gesagt im Bregenzer Wald. Der Bregenzer Wald ist ein Hochtal mit Blickbeziehungen ins Rheintal, auf den Bodensee und ins Hochgebirge. Die Talböden dieses Hochtals dienen als Weidegründe und Heuwiesen, die Berghänge sind bewaldet, die Bergrücken meist Almen. Die ansässigen Menschen in dieser Region wohnen in Dörfern oder kleineren Hausgruppen.

Im Jahr 1999 schlossen sich in diesem Hochtal etwa hundert Handwerker und Architekten zum »werkraum Bregenzerwald«

zusammen. Die Zielsetzungen dieses Zusammenschlusses waren praktischer und pragmatischer Natur, wollte man doch die Vermarktung der Region verbessern, die Qualität der Produkte durch Wettbewerbe und jährliche Ausstellungen erhöhen etc. Nichtsdestotrotz basierte dieses Vorhaben auf Theoremen von »Werk und Raum«. In dem Versuch der Verschränkung von Theorie und Praxis, welcher sich an dem von Bruno Taut geprägten Begriff vom »Gebrauchsschönen« orientierte, sollten Nutzen und Schönheit, Gebrauch und Ästhetik zusammengeführt werden (vgl. TAUT 1963).

Eine weitere Leitlinie bildete die Ausbalancierung von Tradition und Neuerung. Man schätzte die traditionelle Holzbauweise der Bauern, lehnte aber eine Musealisierung ab.

Die Veränderung der Lebensstile und Arbeitsprozesse erforderte die Suche nach neuen Ausdrucksformen. Der Rohstoff Holz ist für die Region wichtig. Die Wälder, die Sägewerke, die Handwerksstuben der Zimmerer und Schreiner bilden nun eine Linie, die die Bergwälder und Tallagen miteinander verbindet und auf diese Weise Natur und Kultur, Ökologie und Ökonomie verschränken soll.

Die Landschaft als Ganzes ist nicht nur Ort, sondern auch leitende Vorstellung der Gestaltung. Mit der Ablehnung von Dogmatisierung finden die Materialien Beton, Glas und Eisen ihren Platz in der Architektur neuer Gebäude. Schließlich geht es den Mitgliedern des Vereins um die Gesamtgestaltung: Nicht nur das einzelne Gebäude mit seiner Innenarchitektur und Möblierung zählt, sondern auch dessen Einbettung in die Siedlung und landschaftliche Umgebung.

Beim »werkraum Bregenzer Wald« macht man sich Gedanken über die etymologische Bedeutung des Wortes »Werk«, da damit nicht nur ein Gegenstand, sondern vor allem eine Tätigkeit bezeichnet wurde. Zudem gibt es eine Bedeutungsverwandtschaft zur Tätigkeit des Webens, dem Herstellen von Vernetzungen. So sehen sich die Vereinsmitglieder denn auch als Initiatoren von Vernetzungen. Ihre »Netze« werden zwischen den einzelnen Handwerkern und Planern, zwischen Produzenten und Kunden, zwischen dem Innen des Bregenzer Waldes und dem Außen gesponnen.

Die Ergebnisse des Konzepts des »Gebrauchsschönen« lassen sich auf allen Ebenen bei einem Spaziergang beobachten. Eine durchgehend stimmige Gestaltung, ein Stil kenn-

zeichnet moderne Wohngebäude, Gemeindeverwaltungen, Kuhställe, Gewerbegebiete und sogar Bushaltestellen [...]. Die Verwendung von Holz dominiert und rahmt Eisen- und Glaselemente ein. In den Räumen des »werkraum Depots«, dessen ständige Ausstellung Möbel, Gebrauchsgegenstände und Textilien zeigt [...], findet alle drei Jahre die Ausstellung »Handwerk und form« statt, die jeweils unter einem bestimmten Rahmenthema Ideen und Produkte zur Diskussion stellt. Im Jahr 2007 stehen Böden, Treppen und Wege im Mittelpunkt.

Zudem hat der »werkraum« das Projekt »Lernwerkstatt« initiiert. Damit wird ein Fokus auf die Vermittlung von Wissen und Können gelenkt. So wird beispielsweise die Sanierung eines 100 Jahre alten Stalls zum Ausgangspunkt für Lehrgänge im Bereich von Denkmalpflege und Sanierung. Nach der erfolgten Sanierung wird das Gebäude als Teil eines Heimatmuseums genutzt werden können. Der Planer Thomas Mennel fasst in einem (eher kritischen) Artikel zur Entwicklung der Baukultur zusammen: »Der Bregenzer Wald gilt als einzigartige Region, in der Betrachtung von Außen wie von Innen. Hervorgehoben werden immer die Besonderheiten der Landschaft, ihrer Menschen und die Ergebnisse ihres Wirkens. Historisch betrachtet nennen wir es das Ergebnis von Natur- und Kulturland« (MENNEL 2006, 5.1).

Das Fallbeispiel Bregenzerwald muss sicherlich tiefer gehend untersucht werden. Es stellen sich vor allem die Fragen, ob und wie sich die ästhetische Formung der Landschaft auf die Entwicklung der Region auswirkt: Gibt es Zuwanderung oder Abwanderung? Wie können Produkte und Dienstleistungen exportiert werden? Wie entwickeln sich die Einkommen und Qualifikation der Bewohner? Deutlich sollte jedoch geworden sein, dass sich die Ästhetik von Ort und Gegenstand, der Bezug von Natur- und Kulturlandschaft zu einem Bild verdichtet, welches die Eigenart dieser Region sichtbar werden lässt.

## Über Orte

Jede Theorie besteht aus drei Elementen. Das sind zum einen Begriffe (auch theoretische Konstrukte genannt), zum anderen Beobachtungsgrößen, die diesen Begriffen zugeordnet werden und letztlich Hypothesen, durch die sich Beziehungen zwischen Begriffen herstellen lassen.

Orte, Landschaft und Poetik sind in diesem Beitrag die zentralen theoretischen Begriffe. Dabei möchte ich betonen, dass ich wenig von formalen Definitionen halte, deren scheinbare einhellige Endbedeutung meist verkennen lässt, dass sich die Begrifflichkeiten jeder Theorie aus historischen und aktuellen Entwicklungen herleiten und sich ihre Inhalte, ihre Bedeutungen vornehmlich aus diesen Entwicklungen heraus verstehen lassen.

Was sind Orte? In welchem Entwicklungszusammenhang stehen sie? Was unterscheidet Orte von anderen Raumbegriffen? Die etymologische Bedeutung des Wortes verweist auf einen nicht räumlichen Ursprung. Das Wort »Ort« bezeichnet im Germanischen die Spitze einer Waffe (vgl. PFEIFER 1995). Die Verwendung des Wortes unterliegt also einem Prozess der Analogiebildung und Abstraktion einer zunächst gegenständlichen Betrachtung. Diese Bedeutung lebt noch in manchen landschaftlichen Bezeichnungen fort. So ist der »Darßer Ort« die Landspitze der gleichnamigen Insel. An diesem Beispiel kann die Verschiebung der Bedeutung des Begriffs von einer gegenständlichen zu einer räumlichen verdeutlicht werden. »Ort« bezeichnet somit eine Anordnung in einem umfassenden räumlichen Gefüge. Dieser relationale Charakter des Begriffs lässt sich aus der Struktur der umgebenden Landschaft verstehen. Es kann festgehalten werden, dass Orte zunächst nicht aus ihrer inneren Gestalt heraus begriffen wurden und dass der Begriff ursprünglich kein Ausdruck räumlicher, sozialer Beziehungen oder kultureller Bedeutungen war, sondern offensichtlich nur die Lage in einer Landschaft beschrieb. Die Kapellen auf den Hügeln der oberbayrischen Moränenlandschaft verweisen noch heute auf diese »Lagequalität«. Während sich das Dorf meist in Tallagen verbirgt, sind die Kapellen ein weithin sichtbares Zeichen. Sie können gelesen werden als »Hier ist ein Ort«.

In der soziologischen Debatte über Orte sind zwei Arbeiten besonders hervorzuheben. Pierre Bourdieu formuliert in seinem Aufsatz »Ortseffekte« (vgl. BOURDIEU 1998) die Beziehung zwischen dem Sozialraum und dem physischen Raum. Er postulierte, dass sich die sozialen Regeln einer Gesellschaft in den physischen Raum einschreiben und sich als Häuser und Denkmäler, Gärten und Kirchen, Geschäfte und deren Auslagen wieder finden. »Ein Teil der Beharrungskraft der Strukturen des Sozialraumes resultiert aus dem Um-

stand, dass sie sich in den physischen Raum einschreiben und nur um den Preis einer mühevollen Verpflanzung, eines Umzugs von Dingen, einer Entwurzelung oder Umsiedlung von Personen veränderbar sind, was selbst wiederum höchst schwierige und kostspielige gesellschaftliche Veränderungen voraussetzt« (BOURDIEU 1998, S.19). An dieser Sichtweise ist zu betonen, dass die Gestalt der Dinge explizit mit sozialer Bedeutung in Verbindung gebracht wird. Allerdings versteht der Soziologe Bourdieu dies noch unter der Maßgabe, dass sich der Sozialraum in den physischen Raum einschreibt. In dem vorliegenden Beitrag wird die These vertreten, dass Häuser, Möbel und Bushaltestellen, also Gegenstände einer inszenierten Landschaft, eines gestalteten physischen Raumes, den Sozialraum prägen. Bourdieu arbeitet darüber hinaus mit dem Begriff des Kapitals, der über seine gängige Bedeutung als ökonomischem Kapital hinausreicht und auf diese Weise auch Kulturelles und Soziales als Kapitalien erschließt. Dies ist für unsere These eine sehr wertvolle Anregung. Unter der Annahme, dass sich Gesellschaft in den Ort einschreibt und es Ortseffekte gibt, könnte es der Ort in seiner spezifischen Gestalt und Lage in einer Landschaft sein, der soziale und gesellschaftliche Effekte erzielt. Das heißt, der Ort ist eine Bedingung für die Entfaltung von Kapitalien. Er zieht im Bereich des Kulturellen, Sozialen und Ökonomischen Kapital an oder stößt es ab.

Eine weitere Argumentation des vorliegenden Beitrages basiert auf den Überlegungen Mare Augés zu Orten und Nicht-Orten (vgl. AUGÉ 1994). Für den Philosophen liegt die entscheidende Differenz von Orten und Nicht-Orten darin, dass bzw. auf welche Weise sich die Entwicklung aus der Schichtung und Überlagerung baulicher Formen ablesen lässt. Nur wenn Entwicklungen lesbar und erfahrbar sind, entstehen Orte. Orte sind aus dieser Sicht nicht nur Lagen in einer Landschaft, nicht nur eingeschriebene Sozialräume, sondern auch Ausdruck der Zeit. An ihnen zeigt sich das Gestern und Vorgestern und lässt sich mit dem Heute und Morgen verbinden. Die These des Philosophen Augé ist, dass die »Übermoderne« Nicht-Orte hervorbringt, wie zum Beispiel Hotelketten, Feriendörfer und Flüchtlingslager, die sich nicht zum Wohnen, sondern nur zur Durchreise eignen. Auch wenn es noch Orte gäbe, die Nicht-Orte sind das Maß unserer Zeit (vgl. AUGÉ: 1994, S. 90ff).

Mit den Überlegungen Augés wird die

Beschäftigung mit dem Ort zu einer Auseinandersetzung mit der Modernisierung der Gesellschaft. Während die Moderne Orte, die Zeit also erfahrbar halten, als »Basston« speichert, verlieren sich diese Momente in der »Hypermoderne«. Damit wird der Begriff des Ortes zu einer gesellschaftspolitischen Kategorie und eröffnet Fragen: Wie soll sich die Moderne entwickeln?, Welcher Bezug soll zur Vergangenheit bestehen?, Können und sollen Orte als Eigenart erhalten werden?

Neben den Ortseffekten und der Unterscheidung zwischen Orten und Nicht-Orten bedarf die hier vorgestellte These noch eines dritten Elements. Es gilt Folgendes zu fragen: Wie wird ein Ort wahrgenommen?, Welche Auswirkungen hat ein Ort in dem sozialen Gefühlshaushalt der Menschen?

An dieser Stelle möchte ich einen kleinen Exkurs anführen, um auf die aktuellen Entwicklungen von Räumen hinzuweisen. In seiner Arbeit zur »Netzwerkgesellschaft« stellt der spanisch-amerikanische Soziologe Manuel Castells die Bedeutung von Fließräumen für die Entwicklung der Gesellschaften dar (vgl. CASTELLS 2001, S. 431 ff). Um sich das Gemeinte vor Augen zu führen, brauchen wir nur an den Verkehr mit seinen Schnellstraßen und Autobahnen, an die Hochgeschwindigkeitszüge, die Flugverbindungsnetze, die Datenströme, die zu jeder Zeit bereitstehenden Datennetze, die mobilen Telefone denken, in welchen sich Fließräume ausdrücken. Fließräume haben rein physisch viele Orte zerstört, Plätze vernichtet, Landschaften zerstückelt. Die reine Geschwindigkeit der eigenen Bewegung macht viele Orte unkenntlich. Sie trägt allerdings auch dazu bei, entfernte Orte schnell zu erreichen und Bilder vieler unterschiedlicher Landschaften vermittelt zu bekommen. Es lassen sich Überlegungen anstellen, ob es die Entwicklungen und Bedeutungen der Fließräume mit sich bringen, dass Orte wieder in Wert gesetzt und die Bedürfnisse nach Orten neu geweckt werden, um eine Balance zwischen Fließräumen und Ortsräumen herzustellen (vgl. IPSEN 2006).

Um den Bezug zu analysieren, den einzelne Menschen oder Gruppen zu einem Raum haben, eignet sich kein Begriff besser, als der des »Ortes«. Der Ort bezeichnet immer eine abgrenzbare und damit erfahrbare Einheit des Raumes. Ein Ort ohne Begrenzung ist nicht denkbar. Gestaltpsychologisch gesehen verhält sich der Ort zum Quartier wie die Figur zum Grund. Der Ort hebt sich vom Grund ab, ist jedoch ohne ihn nicht erfahrbar. Die Ästhetik des Ortes stellt sich in diesem Sinne

immer als Korrespondenz dar (vgl. KNOTT 1994). Die Gestimmtheit des Ortes korrespondiert mit der Eigenart des ihn umgebenden Raumes und umgekehrt. Nur so ist es möglich, positive oder negative Beziehungen zu einem Ort aufzubauen, sich selbst in ihm wieder zu finden und ihn auf diese Weise mit der eigenen Biographie, mit der Eigenart, mit dem Milieu einer Gruppe zu verbinden bzw. sich von einem Ort abzugrenzen und sich mit dieser Abgrenzung zu verorten.

Um die Beziehung zwischen einem Ort und einem Individuum oder einer Gruppe zu analysieren, müssen wir die Eigenschaften von Orten beschreiben: Welche Typen von Orten kann es geben? Eine Typologie der Orte muss sich auf eine bestimmte Kultur und eine historische Phase, die bestimmte Ausprägungen von Orten hervorbringt, beziehen. Es gilt zu überlegen, ob der Unterschied zwischen dem eigenen und dem fremden Ort noch derjenige ist, der sich in den meisten Kulturen und in sehr vielen Epochen der Entwicklung finden lässt. Dies begründet sich durch die definitorische Begrenztheit des Ortes. Diese Begrenzung ist in der Regel nicht physisch, sondern vielmehr sozial bestimmt. Es gibt durchaus Fälle, bei denen Topographien oder gemachte physische Barrieren den eigenen Ort vom fremden trennen. Allerdings sind diese Grenzen häufig nur als physische Artefakte sozialer Tatsachen zu verstehen. Was unterscheidet den eigenen vom fremden Ort? Da ist zunächst einmal die Vertrautheit zu nennen. Das Vertraute findet sich am eigenen Ort. Die Dinge, die einen Ort kennzeichnen, die Menschen und ihre Verhaltensweisen (von der Sprache bis zur Kleidung), die Gerüche und die Klänge sind uns bekannt. Mit der Vertrautheit wird Sicherheit geschaffen, denn man kann das Verhalten des Gegenübers prognostizieren und hat in gewisser Hinsicht einen Anspruch darauf, dass sich der andere gemäß diesen Prognosen verhält. Der Unterschied zwischen dem Vertrauten und dem Unvertrauten kann krass oder fließend sein. Es können Verhaltensweisen oder Gegenstände des fremden Ortes sein, die in den eigenen integriert werden. Sehr offensichtlich ist der Prozess der (bewussten oder unbewussten) Integration im Bereich von Musik und Kulinarischem ablesbar. Hierbei werden die Eigenschaften an die des vertrauten Ortes angeglichen bzw. bestimmte fremde Eigenarten nisten sich im eigenen Ort ein.

Viele Orte sind symbolische Räume. Bereits der Kontext, in dem sich der Ort befindet (ob in einem Dorf, in einem gründerzeitli-

chen Stadtquartier oder in der Nähe einer Fabrik), verweist auf den Status der Personen, die sich an diesem Ort einfinden. Sollte sich der Kontext transformieren, indem eine ehemalige Fabrik oder eine Brauerei zum Kulturzentrum wird, ein Dorf durch moderne Architekturen oder die Verwendung bestimmter Materialien seine Gestalt verändert, werden nicht nur die Orte selbst zu anderen, sie verändern auch ihre Umgebung.

Die Reichweite der symbolischen Bedeutung und Wirkung öffentlicher Orte spiegelt sich in der Unterscheidung zwischen den allgemeinen und den besonderen Orten wider. Auf der einen Seite gibt es öffentliche Räume, wie zum Beispiel einen Parkplatz, deren Gestaltung und Bedeutung sich einzig auf eine bestimmte Funktion bezieht. Auf der anderen Seite gibt es Orte, die sich auf die Geschichte und die Geschichten einer Stadt beziehen, die Markt und Treffpunkt sind.

Besondere Orte sind in vielen Kulturen ein fester Bestandteil der Formsprache. Für die Identität eines Raumes spielen Heilige Orte, Kathedralen, Burgen, herausragende topographische oder geologische Formationen, die räumliche Präsentation geschichtlicher Ereignisse eine gleichermaßen selbstverständliche wie große Rolle (und dies über Jahrhunderte hinweg). Die sich in ihrem Selbstverständnis funktional verstehende Planung und Architektur versuchte sich von diesen traditionellen Elementen zu befreien und formulierte eine auf die Optimierung des Nutzens ausgerichtete räumliche Organisation. Da sich die funktionale Rationalität immer an den gleichen Kriterien, wie Minimierung der Kosten und Maximierung der Nutzbarkeit, maß, entstanden überall gleichförmige Siedlungen, Einkaufszentren und Straßensysteme.

Erst die allmähliche Veränderung der Regulation von Wirtschaft und Gesellschaft in den kapitalistischen Kernländern führte zu einer neuen Situation. Die Konkurrenzverhältnisse bestehen nicht nur zwischen einzelnen Unternehmen, sondern auch zwischen ganzen Städten und Regionen. Somit sollte es immer wichtiger werden, als individuelle Stadt oder Region sichtbar zu sein. Die alten, besonderen Orte wurden somit wiederentdeckt und als Wahrzeichen renoviert und etabliert. Zugleich begann die Suche nach neuen Orten, die Ausdruck der veränderten Leitbilder der Entwicklung sein konnten. Damit hielt nicht nur die Renaissance des besonderen Ortes Einzug, sondern zugleich auch die Frage: Wie groß ist die Bedeutung bestimmter Orte für die Interpretation und

Organisation eines Raumes über den Alltag hinaus? (vgl. HARVEY 1987, vgl. IPSEN 1989). Selbstverständlich lässt sich nicht ungebrochen an alte Strukturen anknüpfen. Die funktionale Gliederung des Raumes verliert sich nicht, dennoch kann eine Dialektik zwischen der symbolischen Wirkung besonderer Orte, den Mythen eines Raumes und seiner ökonomischen In-Wert-Setzung und Verwertung verdeutlicht werden.

### **Landschaft als Sichtweise und Perspektive**

Ist Landschaft etwas, das außerhalb des Ortes liegt, das sich um einen Ort gruppiert oder vor Orten liegt? Landschaft ist im wissenschaftlichen Sinn kein Raumbegriff, sondern eine analytische Perspektive. Landschaft liegt nicht außerhalb eines Ortes, sie befindet sich nicht vor den Toren der Stadt. Dies wäre eine »verdinglichte« Sichtweise, die sich aus dem Alltag einer urbanisierten Gesellschaft erklären lässt. Mit der Verstädterung verflüchtigt sich die Natur als vorherrschende Umwelt: Die Bäche werden verrohrt, das Wasser kommt aus der Leitung, Bäume und Wiesen werden in gesonderten Zonen, den Parkanlagen und Gärten, inszeniert. Bei genauerem Hinsehen finden wir jedoch Landschaft selbst in den Megacities: Als Ruderalvegetation in den Ritzen der Straßenbeläge, als Topografie des urbanen Raumes, als Frischluft, als Wolkenband über den Städten. Landschaft ist somit als ein spezifischer Blick auf städtische wie ländliche Räume zu verstehen. Dabei umfasst der Begriff sowohl die Materialität des Raumes, als auch das Bild, welches sich um diese Materialität formt. In der deutschen Sprache verwendete Goethe zuerst den Begriff der Landschaft. Allerdings bezieht sich sein Verständnis von Landschaft auf die Bildhaftigkeit: Der Landschaftler ist der Landschaftsmaler, der Landschaft als Bild, als Komposition vermittelt.

Das Spannungsfeld des Landschaftsbegriffs, welches sich zwischen den Materialitäten und den Bildhaftigkeiten aufbaut, weist darauf, dass Landschaft nur begriffen werden kann, wenn verschiedene Disziplinen miteinander verknüpft werden. Die Materialität der Landschaft bezieht sich nämlich auf ihre natürlichen Eigenschaften: geologische Formationen, Geomorphologie, Wasserhaushalt, Boden und lokales Klima, Pflanzen und Tiere. Damit weist sich die Landschaft über ihre natürliche Eigenschaften und deren Wechselwirkungen aus. De facto können

Landschaften, zumindest in Europa, nirgendwo von menschlichen Einflüssen isoliert gesehen werden. Die Bearbeitung der Natur und ihre Nutzung beeinflusst die Stoffströme und modifizieren die jeweiligen Standorteigenschaften. Der Eintrag von Dünger verändert die Bodenfruchtbarkeit die Siedlungsdichte verändert das lokale Klima, die Kanalisierung von Fließgewässern verändert den Wasserhaushalt etc. Die Bearbeitung der Landschaft ist nicht nur technologisch gesteuert, sondern unterliegt einer Vielzahl von gesellschaftlichen Regeln. Dies wird die soziale Strukturierung von Landschaft genannt. Eigentumsrechte oder Nutzungseinschränkungen durch Naturschutzgesetze sind berechte Beispiele dafür. Alle planungsrechtlichen Regelungen sind hinzukommende soziale Strukturierungen der Landschaft.

Im Zentrum steht nun der Kulturbegriff. Kultur lässt sich als ein System von Deutungen und Bedeutungen begreifen, welches die Codes enthält, die es uns ermöglichen, eine Landschaft und die Bewertungen, die mit Landschaften verbunden sind, zu verstehen. Das Landschaftsbild ist der wohl wichtigste Bestandteil der Landschaftskultur. Wenn man das Verhältnis von Landschaftsentwicklung und Landschaftsbild betrachtet, spielen die natürlichen Bedingungen und die Nutzungsformen für beide eine gleichermaßen wichtige Rolle. Zugleich beeinflussen sich Landschaftsentwicklung und Landschaftsbild gegenseitig. Das Bild der Rhön beispielsweise, das sich durch Rodung und Beweidung entwickelt hat, geht heute als Leitbild des dortigen Biosphärenreservates in die Landschaftsplanungen ein. Die Rhön ist zu einer Landschaft des offenen Blicks geworden. Um die Flächen offen zu halten, fördert das Biosphärenreservat den Aufbau von Schafherden und die Beweidung durch Rinder, die den natürlichen Gegebenheiten besonders angepasst sind. Den Interessenhintergrund für dieses Leitbild bildet der Tourismus, der sich gerade durch dieses Landschaftsbild in der Rhön entwickelt hat.

Hinter der Form der Bearbeitung und Nutzung der Natur stehen komplexe gesellschaftliche Prozesse, die man in einzelne Regulationssphären gegliedert sehen kann. Damit können wir das, was wir Natur und deren Nutzungen nennen, ausdifferenzieren. Es ergibt sich ein Schema, das die Komponenten des Beziehungsgefüges einer Landschaft, man könnte auch von einem humanökologischen Landschaftssystem sprechen, systemisch be-

nennt. Das natürliche System (z.B. das Klima oder der Wasserhaushalt) wird durch das System der Nutzung (z.B. seine forstliche Nutzung oder die der Naherholung) und das soziale System (z.B. bestimmte Eigentumsverhältnisse) geformt. Alle drei Systeme sind in ihrer Interaktion prägend für die Gestalt eines Raumes. Zur Landschaft wird dies allerdings erst, wenn daraus ein Bild entsteht. Ohne diese kulturelle Konstruktion bleibt das Territorium ein messbarer, bestimmbarer und beschreibbarer Raumausschnitt.

Landschaft ist letztlich ein Bild, das sich aus den natürlichen Gegebenheiten, aus der Nutzung, den sozialen Regeln und Regulierungen und nicht zuletzt aus den kulturellen Deutungen und Bedeutungen zusammensetzt. Diese Bildhaftigkeit geht in den Alltagsgebrauch ein. Sie beruht auf einer Konstruktionsleistung, deren einzelne Elemente dem Betrachter und Nutzer eines Raumes nicht bewusst sind. Die Konstruktionsregeln der Landschaft finden sich in tief liegenden kulturellen Deutungsmustern. Die Vorstellung Petrarkas, dem bei der Besteigung des Mont Ventoux Bedenken kommen, ob er sich Gott, der sich ja »im Oben« befindet, nicht frevelhaft zu nahe kommt, ist in einer heutigen säkularisierten Welt eher fremd. Das Gefühl die Bodenhaftung zu verlieren, das Außergewöhnliche einer Bergbesteigung und die Sehnsucht nach Rückkehr findet sich allerdings bis heute in zahlreichen Publikationen von Bergsteigern (Das Mountain Museum Messners in der Burg Sigmundskron bei Bozen bietet die Möglichkeit sich dies vor Augen zu führen.). Ein anderes Beispiel dazu: Die Vorstellung von Berg und Tal beruht in Japan auf einem Muster, das drei Elemente unterscheidet: Das Tal ist Ort der Siedlung und des Reisanbaus, es folgt an den unteren Berghängen der Nutzwald. Hier sucht man nach Wildkräutern und gewinnt Brenn- und Bauholz. Die höher liegenden Bergbereiche sind Wildnis. Jäger gehen dorthin, um Bären zu schießen. Am Rande des Nutzwaldes steht in der Regel ein Tempel. Mit einem dort gesprochenen Gebet sollen die Geister der Bäume, der Kräuter und Farne beschwichtigt werden. Hier finden sich auch so genannte »Entschuldigungssteine«, um die Geister zu besänftigen, die sich in allem Lebendigen befinden. Heute wird der Nutzwald immer weniger bewirtschaftet und verwandelt sich zunehmend in Wildnis. Dies stört die gewohnte Ordnung der Landschaft und beunruhigt die Bewohner des Tales. Die ansässigen Menschen fühlen sich gefährdet. Das Strukturproblem der Ab-

wanderung von Menschen und die Modernisierung der Alltagsökonomie führen zu einer kulturellen Irritation, denn das Bild der Landschaft ändert sich.

### Poetik– und gestalten

Wie schon kurz erwähnt hat sich Gernot Böhme in einer Reihe von Publikationen mit den Atmosphären von Orten beschäftigt. Seine grundlegende Annahme ist, dass sich Atmosphären in einem Feld zwischen dem wahrnehmenden Subjekt und der materiellen Struktur eines Ortes entwickeln. Auf der einen Seite sind Böden, Pflanzen, Gerüche, Bäume, Luftfeuchtigkeit, die Konstellation des Lichts, der Klang eines Ortes als Angebote an die Wahrnehmung zu nennen. Auf der anderen Seite ist es die Gestimmtheit des Subjektes, die sich mit einer vorfindbaren Formung der Wahrnehmung einem Orte oder einer Landschaft widmet. Hinter der Gestimmtheit, die einer subjektiven Emotion folgt, verbergen sich wiederum kulturelle Muster. Das romantische Landschaftsbild prägt in Mitteleuropa bis heute die Gestimmtheit, mit der man sich einer Waldlichtung, einer Steilküste, einer Heide oder einem Almboden nähert. Es ist schwer, sich von der Vorstellung, dass es einer Gegenwelt zur Stadt bedarf, zu lösen. Vernimmt man auf einer Waldlichtung die Kettensäge der Waldarbeiter, ist das Bild gestört. Entsprechend besteht Freude darüber, dass die Heidelandschaft unter Naturschutz steht und sich so eine modernen Landwirtschaft verbietet. Die sommerlichen Almhänge voller Liftanlagen finden selbst die begeisterten Skifahrer enttäuschend. Atmosphären sind Elemente poetischer Orte. Der poetische Ort, die Poetik einer Landschaft und ihr Angebot an Atmosphäre beruhen auf einer Besonderheit. Zum Teil findet sich dies in der Wortbedeutung wieder: Poetik und Poesie leiten sich von dem griechischen Wort für »handeln«, »schaffen« ab. Die Poetik stellt sich also nicht einfach ein, sondern sie ist gemacht, geplant, gestaltet. Allerdings hat sich im Laufe der Zeit eine weitere und nun zentrale Wortbedeutung entwickelt: Der Dichter, der Poet, gestaltet und entwirft nicht das Alltägliche, sondern überhöht und zielt auf das Wesentliche. So verhält es sich auch mit den poetischen Orten. Poetik enthebt den Ort seiner materiellen Gebundenheit. Sie umgibt ihn mit einem Feld von Deutungen und löst ihn vom Heute. Sie schlägt den Bogen vom Gestern zum Morgen. Ein Projekt in Japan, das sich diesen Fra-

gen widmet, gelangte zu der Überzeugung, dass poetischen Orten immer etwas Verborgenes innewohnt. Sie drängen sich nicht auf, sie sind niemals deutlich fassbar, sie entfalten sich nicht zu jeder Zeit, sie sprechen nur in der Stille.

Poetische Orte sind eng mit dem Suchen verbunden. Tanizaki Junichiro hat versucht, die Grundzüge japanischer Ästhetik zu skizzieren. Sein Werk »Lob des Schattens« verdeutlicht, was Poetik bedeutet (vgl. JUNICHIO 1998). Ich zitiere daraus eine anschauliche und für unsere westliche Kultur vermutlich befremdliche Passage: »Ein japanischer Teeraum ist gewiss ein sehr ansprechender Ort, aber noch mehr ist der Abort japanischen Stils so konzipiert, dass der Geist im wahrsten Sinne Ruhe findet. Solche Örtchen stehen immer vom Hauptgebäude getrennt im Schatten eines Gebüsches, wo einem der Geruch von grünem Laub und Moos entgegenkommt; sie sind mit dem Haus durch einen gedeckten Gang verbunden, und wenn man in ihrem Halbdunkel kauert und, vom matthellen Widerschein der Shoji beschienen, sich seinen Träumereien hingibt oder den Garten vor dem Fenster betrachtet, ist dies ein ganz unbeschreibliches Gefühl.« (JUNICHIO, 1998, S. 9F).

Die Poetik enthebt den Alltag seiner Alltäglichkeit. Dadurch hat sie eine Ausstrahlung, die dem Bedürfnis nach erlebtem Raum, nach Orten und Landschaften durch Gestaltung und Platzierung, durch eigenes Suchen und Entdecken befriedigen kann.

Ein gutes Beispiel für die Ästhetik des Schattens sind die »Drei Heiligen Berge« im Norden Japans. Sie symbolisieren den Lebensweg von Geburt, über den Tod bis zum Himmel. In ganz verschiedenen Details und Varianten erzeugt das Spiel von Licht und Schatten Stimmungen des Geheimnisses, das menschliches Leben begleitet.

### **Identität, Identifikation und unternehmerisches Handeln**

Noch vor fünfzig Jahren war die Entwicklung einer Region vornehmlich durch Rohstoffe oder durch Lagegunst z.B. für den Handel, geprägt. Die ästhetische Eigenart oder gar die Poetik des Ortes war für die Entwicklung Lothringens oder des Ruhrgebietes sicherlich nicht ausschlaggebend. Je effektiver die Mobilitätssysteme und je bedeutender die

Entwicklungsarbeiten im Vergleich zu Herstellungsarbeiten werden, je umfangreicher der Dienstleistungs- und Wissenssektor wird, desto wichtiger wird die Lebensqualität einer Region im Wettbewerb um dingliche, finanzielle und humane Ressourcen. Dies ist der Hintergrund für die These, die Poetik eines Ortes oder einer Landschaft sei ein wichtiger Faktor in der Entwicklung einer Region. Die Entwicklung von München und Oberbayern wäre wohl nicht in dieser Weise verlaufen, wenn nicht zu Beginn des letzten Jahrhunderts in diesem Raum Landschaftsbilder generiert worden wären, die als Versöhnung von Tradition und Moderne gedeutet wurden und werden. Ähnliches findet man im Schwarzwald oder in Brasilien. Andere Regionen entwickeln Landschaftsbilder, die mit dem Urlaub am Meer verknüpft werden. Dies kann, wie es das Beispiel Katalonien zeigt, zu hoch dynamischen Ökonomien führen. Menschen, die ihre Qualifikation auf dem Arbeitsmarkt anbieten oder ihr Geld investieren, haben nun die Wahl oder auch Chance, dies mit ihrem Lebensentwurf zu verbinden. Solche Verbindungen zwischen beruflichen und ökonomischen Interessen sowie ganzheitlichen Lebensentwürfen sind wichtige Bausteine für die Entwicklung einer Selbstidentität. Ein Teil der Identität bezieht sich auf den Raum, in dem man lebt und in dessen Raumbild man sich wieder findet. Diese räumliche Identität ist wiederum die Voraussetzung für unternehmendes Handeln, das sich auf einen bestimmten Raum bezieht und nicht fluide ist. Die auf Dauer ausgerichtete Ästhetik von Ort und Landschaft, eben seine Poesie und nicht das bloße Raummarketing, ist es, was die regionale Entwicklung durch unternehmendes Handeln befördert.

In der folgenden Darstellung sollen die Prozesse und ihre Zusammenhänge aufgezeigt werden: Regionale Entwicklung ist immer in den Makroprozess des Wertewandels und der Modernisierung einzuordnen. Regionen können hier Vorreiter sein, eigene Varianten ausbilden oder Widerstand leisten. So ergeben sich Raumbilder, die als räumlich dingliche Architekturen, Gestaltungen oder auch nur als Betonungen vorhandener, früher übersehener Eigenschaften zu verstehen sind. An sie knüpfen sich konkrete Raumwahrnehmungen an. Dies ist der Ausgangspunkt für Poesie und die poetischen Orte, die dazu beitragen, dass sich Identitäten und raumwirksames, unternehmendes Verhalten entwickelt.

## Ein kurzer Blick nach Japan

Die kulturelle und soziale Regulationsweisen Österreichs und Japans unterscheiden sich voneinander. Dennoch gibt es vergleichbare Denkansätze und Konzepte der regionalen Entwicklung. Dies sind auf der einen Seite ähnliche Verbindungen zwischen der Landschaft und ihren Ressourcen, auf der anderen Seite die Konzepte der handwerklichen Produktion. Kanejama, das in den Bergen Nordjapans liegt, ist ein weiteres Beispiel dafür. Hier wurde wie im Bregenzer Tal ein Konzept entwickelt, das Landschaft, Architektur und Möbelbau miteinander in Beziehung setzt. Wälder, auch wenn sich die Baumarten unterscheiden, spielen eine wichtige Rolle für die Holzgewinnung, Holzverarbeitung und die Verwendung von Holz in der Hausarchitektur und dem Design von Möbeln. Wichtig ist, dass es sich in beiden Regionen, auf die sich die dargestellten Fallstudien beziehen, um ein ästhetisches Gesamtkonzept handelt. Nur wenn es ein Konzept, eine Linie gibt, durch die sich Landschaft, ihre Ressourcen und die Gestaltung von Produkten, Architekturen und Räumen auf einander beziehen, verbindet sich eine Region mit einem Bild, das von den Bewohnern und Besuchern als eigenartig, als typisch begriffen werden kann. In beiden Fällen vermittelt dieses Bild die Identität der Region und die Identifikation der BewohnerInnen mit der Region. In beiden Fällen führt die Verbindung von Landschaft und Ästhetik zu einem erfahrbaren Zusammenhang, einer Kohärenz der natürlichen Umwelt, der Bearbeitung dieser Natur und ihrer Entwicklung als Kulturlandschaft, der Gewinnung von Rohstoffen und ihrer Verarbeitung bis hin zur Architektur und dem Siedlungsbau.

Allerdings gibt es zwischen den ländlichen Regionen in Österreich auf der einen und in Japan auf der anderen Seite eine Reihe von kulturellen Unterschieden. Auffallend ist in Japan die Präsenz religiöser Artefakte und die alltägliche Praktizierung religiöser Handlungen. Animistische, buddhistische und shintoistische Vorstellungen sind für viele Menschen offenbar gleichzeitig und nebeneinander existent und prägen gerade in dieser Struktur den Raum. Ein ganz anderes Beispiel dafür: Berge und Täler stehen in der Vorstellung vieler Menschen in einem sehr klaren typologischen Verhältnis. Täler sind Orte der Landwirtschaft und der Siedlungen, Teile der talnahen Ber-

ge dienen der Holzgewinnung, die höheren Lagen dagegen sind Wildnis und werden als heilige Räume begriffen. In dem Bereich des Wohnens gibt es eine nicht nur definitive, sondern auch stets praktizierte Zonierung zwischen Innen und Außen, zwischen öffentlichen und privaten Bereichen. In der alltäglichen Kommunikation spielt der Altersstatus eine selbstverständlich akzeptierte und erhebliche Rolle. Es ist unklar, ob und auf welche Weise sich diese und andere Unterschiede auf das Muster der regionalen Entwicklung der ländlichen Räume auswirken. Tragen kulturelle Vorstellungen dazu bei, dass bestimmte Personengruppen wie zum Beispiel jüngere Menschen aus ländlichen Regionen abwandern? Diese und weitere offene Fragen sollen zumindest darauf hinweisen, dass die Rolle der Ästhetik und ihr Bezug zur räumlichen Entwicklung zwar angerissen, aber noch lange nicht beantwortet sind.

## Literatur

- AUGÉ, MARC (1994): Orte und Nicht-Orte. Frankfurt a.M.
- BÖHME, GERNOT (1995): Atmosphäre. Frankfurt a.M.
- BOURDIEU, PIERRE (1998): Ortseffekte in Kirchberg. In: Göschel, Albrecht; Kirchberg, VOLKER (Hrsg.): Kultur in der Stadt. Opladen. S. 17-25
- BURCKHARDT, IUCIUS (o.J.): Warum ist Landschaft so schön? Die Spaziergangswissenschaft Berlin
- CASTELLS, MANUEL (2002): Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft Opladen
- GÜNTER, ROLAND (1998): Poetische Orte. Essen
- HARVEY DAVID (1987): Flexible Accumulation Through Urbanisation. Reflections on »Postmodernism« in American Cities. In: Antipode. 19. S. 260-286
- IPSEN, DETLEV (2006): Ort und Landschaft. Opladen
- IPSEN, DETLEV (1989): Die Renaissance des besondern Ortes. Zum Zusammenhang von Kultur und Ökonomie in der räumlichen Entwicklung. In: Haller, Max; Hoffmann-Nowotny, Hans-Jürgen; Zapf, Wolfgang (Hrsg.): Kultur und Gesellschaft. Verhandlungen des 24. Deutschen Soziologentages. Frankfurt. S. 681-690
- JUNÏCHIRO, TANIZAKI (1998): lob des Schattens. Entwurf einer japanischen Ästhetik. Zürich
- KNODT, REINHARD (1994): Ästhetische Korrespondenz. Stuttgart
- MENNEL, THOMAS (2006): handwerklich unförmig und unwürdig. In: [www.werkraum.at/Baukultur.asp?id=2](http://www.werkraum.at/Baukultur.asp?id=2) (Zugriff am 02.10.2006)
- TAUT, BRUNO (1963): Frühlicht 1920- 1922. Eine Folge für die Verwirklichung des neuen Baugedankens. Berlin/ Frankfurt am Main/ Wien



## Kultur als Dienstleistung? Ambivalenzen der Architektur

Kultur oder Dienstleistung: Bei dieser Frage scheint es sich um ein ganz aktuelles Thema zu handeln. Einerseits könnten die Architekten in einer Ära, die von Soziologen als Beginn einer neuen Dienstleistungsgesellschaft gedeutet wird, mit ihrem Status als Dienstleister sich zufrieden zu den neuen Leitberufen zählen. Tatsächlich hat ja seit der Postmoderne in den achtziger Jahren die Architektur eine vorher nie gekannte Prominenz erlangt, nicht nur in den Medien.

Andererseits scheint die kommerzielle Indienstnahme der Architektur an einen Nerv der Profession zu rühren, pathetisch gesagt: ihre Identität. Diese scheint an ihrer nur künstlerisch begründbaren Autonomie zu hängen, so jedenfalls ein breiter Konsens von Aldo Rossibis hin zu Peter Eisenman. Für den praktizierenden Architekten scheint es so etwas zu sein wie eine Charakterfrage, ob er denn nun Architektur machen will oder Kommerzarchitektur. Einige, darunter sehr erfolgreiche Architekten sehen zwischen beidem aber keinen Widerspruch. Natürlich schließe die Orientierung von Architektur, die nicht l'art pour l'art ist, am Bedarf, am Nutzer, also an der Funktion selbstverständlich ihre Dienstleistungsfunktion ein. Seitdem die amerikanische Eventarchitektur etwa eines Jon Jerde salonfähig geworden ist und von hyperkommerziellen brandscapes sogar eine Erneuerung der akademischen Architektur erwartet wird, sind auch die alten Unterscheidungen zwischen E und U, zwischen Avantgarde und Populismus, Ästhetik und Massengeschmack, Kunst und Dienstleistung ins Rutschen geraten.

Die Alternative »Kultur oder Dienstleistung« läßt sich soziologisch zunächst als das konfliktreiche Verhältnis zwischen Architektur als Profession und dem Bauherrn als Auftraggeber und »Souverän« des Bauens fassen. Dieses Verhältnis wird seitens der Architekten als zu ihren Ungunsten asymmetrisch erfahren. Vor einiger Zeit fand im Kulturzentrum von Orleans ein sogenanntes »laboratoire d'architecture« statt, zu dem »die 90

besten Architekten der Welt« eingeladen waren, nach welchen Kriterien auch immer. Von einem Teilnehmer dieses Kongresses war zu erfahren, daß gleich in den ersten Diskussionen bei allen Teilnehmern, von wo sie auch kamen, und sie kamen von fast überall, ein einziger Ton vorherrschte: der des Klagens. Die Architekten, so die übereinstimmende These, stehen mit dem Rücken zur Wand. Der Generalunternehmer, die Bauwirtschaft, die

Werner Sewing, war  
Architekturtheoretiker und  
verstarb am 27. Juli 2011 in  
Berlin.

Der hier abgedruckte Beitrag  
erschien 2001 in: Universität  
der Künste Berlin (Hrsg.): UdK  
Lecture Series 01, Berlin 2001,  
S. 8-25

Auftraggeber drängten sie in die Defensive, bezahlten schlecht, verweigerten ihnen Autorenrechte, entzogen ihnen die Bauleitung. In Deutschland wird die HOAI zusehends unterlaufen, werden Verträge oft nur noch auf die ersten Stufen begrenzt. Die Malaise scheint aber weltweit gleichermaßen groß zu sein: die Architekten begreifen sich als in der Defensive.

Die Gleichgültigkeit der Auftraggeber gegenüber den künstlerischen Anliegen der Architekten, ihren Ansprüchen auf Selbstbestimmung und die Kontrolle über ihr Werk läßt Architektur als Dienstleistung zu bloßem Kommerz verkommen. Ich vermute, daß diese Defensive offensichtlich einer verbreiteten Wahrnehmung entspricht, die den Ansprüchen entgegen steht, mit denen man eigentlich Architektur betreibt, nämlich einen Beitrag zur räumlichen und baulichen Gestaltfindung von Stadt und Gesellschaft zu leisten, der von kommerziellen Rücksichtnahmen frei, also, so wollen es die Statuten der Architektenkammern, am Gemeinwohl orientiert ist und in professioneller Selbständigkeit verantwortet wird.

Auch der Soziologie Hans Paul Bahrdt bestätigte in einem Artikel in der Bauwelt diese weit verbreitete Klage über das Fehlen eines kompetenten und kulturell sensiblen Bauherren. Allerdings erschien sein Beitrag bereits im Heft 15 des Jahres 1959. Es scheint sich also bei aller Aktualität vor allem um ein strukturelles Problem des Berufsstandes zu handeln. Bedenken wir etwa, daß es 1959 die meisten Kammern noch gar nicht gab.

Und wenn wir weiter zurück in die Baugeschichte gehen, so begegnet uns das gespannte Verhältnis zwischen Bauherren und Baumeistern immer wieder. Schinkel etwa litt unter den Zumutungen seines monarchischen Bauherrn, dem er schließlich die Bauakademie als Dokument seiner Selbstbehauptung als autonomer Baumeister entgegengesetzte. Dieses strukturelle Dilemma stellt sich gegenwärtig aber selbst auch bei den Erfolgsmodellen der Architekturpolitik Selbst im Mekka der Architektur der Zweiten Moderne, in den Niederlanden, haben sich nach Bart Lootsma, dem Autor von *Superdutch*, mittlerweile die Bedingungen für innovative Architektur rapide verschlechtert. Die These lautet: In Holland konnte in den neunziger Jahren deshalb so gute Architektur gemacht werden, weil sie von einer vom Marktliberalismus eigentlich überholten Institution gestützt wurde, dem Staat. Dieser war

der eigentliche »Gute Bauherr«, der es durch großzügige Auftragsvergabe und gezielte Wettbewerbspolitik ermöglicht habe, daß relativ junge Büros relativ große Projekte sehr früh machen konnten, was in anderen Ländern kaum denkbar war.

Heute, so Lootsma, ziehe sich der Staat zurück, forcire statt dessen die Liberalisierung der Bodenverwertung und ermögliche den Eigenheimbau, lange ein Tabuthema in der holländischen Architektur. Und jetzt regiere der Markt, und was wird nachgefragt? Historisierende, kitschige Einfamilienhäuser. In Lootsmas Schilderung erscheint diese Hausbauerei, keine Architektur, aber definitiv Dienstleistung im Sinne der Fertighäuser von Kampaals Untergang des Abendlandes Holland. Man habe lange Zeit auf diesen Massengeschmack nicht geachtet. Dieser habe sich aber bereits seit 1995 mit Projekten von Rob Krier und dem New Urbanism angekündigt.

Mit der Orientierung am Staat als Garanten guter Architektur, die wir jetzt auch in Deutschland mit der Initiative Baukultur und in der Rhetorik etwa des BDA finden, wird deutlich, daß die Frage nach der Autonomie der Architektur, der Autonomie der Kunst ein eminent politisches Thema, ein politisches Thema der Profession der Architekten ist. Es geht um Architekturpolitik.

Der Staat als Schutz gegen die Gesellschaft dürfte jedoch in der neoliberalen Ära ein nur schwacher Garant für Qualität sein. Ein heimliches, nicht ausgesprochenes Motiv hinter dieser Argumentation ist Angst: die Angst des Architekten vor dem Markt, vor dem Geschmack des Publikums, den Konsumenten, vor der Masse. Tatsächlich erinnert einiges an dieser Rhetorik an die alte deutsche Kulturkritik im Kaiserreich: Die Masse schwemme alle kulturellen Distinktionen hinweg. Der Heimatschutz, der Werkbund, aber auch die neue Sachlichkeit der klassischen Moderne hatten ihre Wurzel auch in der Abwehr dieses schlechten Massengeschmacks, der sich in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts als Marktnachfrage geltend machte. So gesehen, sind Avantgarde und Elitearchitekt zwei Antworten auf diese Gefahr: Der konservative großbürgerliche Architekt der »Halbzeit der Moderne« (Lampugnani) bewahrt die Distanz zwischen klassizistischer Monumentalarchitektur und den pittoresken oder frugalen »Heimaten« der Arbeiterhäuser. Peter Behrens' Fabrikarchitektur oder seine Botschaft des Deutschen Reichs in St. Petersburg garantieren diese Distanz, seine

Arbeiterhäuser in Henningsdorf verweisen die Untertanen paternalistisch in ihre kleine häusliche Lebenswelt. Die Avantgarden hingegen nehmen die Massen in ihrer dynamischen Zukunftsvision mit, indes bleibt auch hier die Distanz: die Vorhut marschiert immer vorneweg.

Die Angst der Profession vor dem Volk ist also Teil einer fundamentalen Unterscheidung, dem Gefälle zwischen Hochkultur und Massengeschmack.

Autonomie der Architektur ist in dieser Sicht also der durchaus elitäre Anspruch der Profession, ihren Kanon zu definieren, nach Pierre Bourdieu würde man sagen: ihr »intellektuelles Feld«, und dieses gegenüber der Nachfrage von Markt, Staat oder wem auch immer, autoritativ zu verteidigen. Es geht um das Deutungsmonopol.

Damit sind wir beim nächsten Problem der Profession. Autonomie heißt Selbstbestimmung der Architektur. Diese könnte man auch als radikale Subjektivierung begreifen, d.h. die Architektur koppelt sich ab vom Rest der Gesellschaft und entwickelt ihre »Privatsprache«.

Die Kunst, Bildhauerei etwa oder Malerei, hat diesen Weg einer radikalen Subjektivierung seit dem neunzehnten Jahrhundert konsequent eingeschlagen, und auch da, wo die Kunst auf die Gesellschaft zugeht, etwa in der avantgardistischen Idee einer Verschmelzung von Kunst und Leben, geschieht dies nach ihrem Gesetz. Auch Beuys' Diktum, daß jeder Mensch ein Künstler sei, zeugt von diesem avantgardistischen Anspruch, aber der eigentliche Hintergedanke seiner »Kunst als soziale Plastik« ist natürlich, daß nicht die Gesellschaft die Kunst determiniert, sondern umgekehrt, daß die Kunst diese gewissermaßen durchdringt und transformiert. Unter den Bedingungen des Kunstmarktes hat sich dieses ursprünglich subversive Modell längst als kommerziell verwertbar erwiesen.

Diese subjektivierte Kunst, die sich wiederum mit ihrem Geltungsanspruch in die Gesellschaft hinein begibt, lebt schließlich davon, daß die Gesellschaft dieses Kommunikationsangebot annimmt. Sie wird abhängig vom Markt, den sie selbst noch als dessen scheinbare Negation bedient. Ansonsten bleibt sie jedoch in der Beliebigkeit subjektiver Geschmackskulturen: wenden sich die Kunstkonsumenten gleichgültig ab, verschwindet Kunst in privaten Gemächern, wo sie in der Regel auch entsteht. Die Kunst findet sich sozial in den Institutionen ihrer Zirkulation,

im Kunstmarkt, den Museen und in medialen Inszenierungen, ihre Freiheit hängt ab vom Wohlwollen der Kunden und »Gatekeepers«, also Kuratoren, Händlern, Vermarktem.

Interessanterweise hat die Architektur diesen Weg nicht eingeschlagen. Als um 1900 eine Neudefinition der Architektur zur Debatte stand, als der Jugendstil eine ganz kurze Blüte als subjektivierende Tendenz erlebte, setzte sich interessanterweise eine ganz klare objektivierende Hauptrichtung durch. Das Stichwort hieß in Deutschland in der Regel »Sachlichkeit«. Daraus wurde in den zwanziger Jahren mit einer erheblichen Radikalisierung »neue sachlichkeit« (auch in Kunst, Film oder Literatur) und »neues bauen« (nicht: Architektur). In den kulturell konservativen USA erfüllte der Kanon der Beaux-Arts eine ähnlich objektivierende Funktion, gesellschaftliche Nutzungsanforderungen aus dem Reich der Notwendigkeit in eine von Architekten kontrollierten Typologie und Formensprache zu übersetzen und somit deren Unentbehrlichkeit als Profession zu beweisen. Aus der damaligen Debatte, die auch für heute noch exemplarisch ist, ist uns ein Text des Berliner Architektur- und Kunstkritikers Karl Scheffler von 1907 überliefert: »Der Architekt«. Erschienen ist er in der von Martin Buber herausgegeben populären Schriftenreihe, »Die Gesellschaft«, der Einband wurde von Peter Behrens gestaltet. In diesem Büchlein, das einen großen Erfolg in der Architektenszene Deutschlands hatte, feiert Karl Scheffler mit dem Pathos der Nüchternheit den Architekten als den Mann der Zukunft, weil er anders als der Künstler nicht das subjektiv beliebige, die eigene Identität, den eigenen Geschmack, den eigenen Gedanken kultiviere. Der Architekt sei gerade der Agent der Gesellschaft, Repräsentant eines kollektiven Sinnzusammenhangs. In der Architektur manifestiere sich der objektive Bedarf an Raum durch die Gesellschaft, und der Architekt sei der Kontrolleur dieses objektiven Bedarfs. Während also der Künstler das Akzidenz modelliert, das Ornament, schafft der Architekt das Wesentliche, er formuliert den gesellschaftlichen Raum. Damit ist der Architekt viel mehr als nur ein bloßer Künstler, er ist gesellschaftlicher Regisseur. In den zwanziger Jahren lanciert der Berliner Baurat Martin Wagner diesen Gedanken auch für den Urbanismus, indem er den Planer als »Regisseur der Großstadt« feiert.

Die Architektur hat seit dem 19. Jahrhundert einen Führungsanspruch, was die

Gestaltung des gebauten Raumes anbelangt. Ab 1900 wird dieser Anspruch von einer verwissenschaftlichten Städtebaulehre auf den gesamten öffentlichen Raum der Stadt ausgeweitet. Architektur ist in diesem Verständnis mehr als bloße ästhetische Bedienung eines Lebensstilmarktes, als persönlicher Geschmack und künstlerische Exzentrizität, sie ist, frei nach Hegel, die Gesellschaft in Formen gefaßt: dieser Grundgedanke prägt bis heute das Architektenbild, und in diesem Selbstbild der Profession sind auch ältere Architektortraditionen eingeschmolzen, etwa der Architekt als Handwerker, als Wahrer der Konvention, aber auch das Konzept des Hofkünstlers: der Architekt als Vertrauter des Herrschers, wobei die Aura des Herrschers auf die des Künstlers übergeht und umgekehrt der Herrscher sich als Künstler begreift. So ließ sich Ludwig XIV. als Architekt mit einer großen Planrolle in der Hand porträtieren. Diese wechselseitige Auraverstärkung ist beim modernen Architekten in sein Verhältnis zum gesellschaftlichen Auftraggeber übergegangen.

Entsprechend diesem Selbstverständnis kämpften die Architekten in Deutschland seit 1900 um ihre staatliche Privilegierung nach dem Vorbild der klassischen Professionen: Mediziner und Juristen. Beides privilegierte Berufsstände, von denen man annimmt, daß ohne deren Auszeichnung die Gesellschaft in ihrem Kernbestand bedroht sei. Diese staatliche Privilegierung des Architektenstandes in Deutschland, die in den meisten westlichen Ländern unbekannt ist, verpflichtet die Architekten auf das Gemeinwohl. Architektur ist keine bloße Dienstleistung am Markt.

Diese staatlich garantierte Autorität steht mit dem Rückzug des Staates zur Disposition, und daher richten sich alle Initiativen zur Förderung der Baukultur appellativ an den Staat in dessen Eigenschaft als Kulturstaat.

Die seit den achtziger Jahren errungene Position als Leitmedium der Gesellschaft ist bedroht, gleichwohl noch nicht verloren. Der Architekturdiskurs der neunziger Jahre, von dem wir immer noch zehren und in dem sich insbesondere die Holländer und die Schweizer profilieren konnten, ist eine öffentlichkeitswirksame Eventkultur geworden, die es in dieser Breitenwirkung zuvor nicht gegeben hatte. Die ewige Klage der Architekten, die Gesellschaft nehme sie nicht zur Kenntnis, läßt sich bereits beim ersten Augenschein nicht bestätigen.

Architektur ist in fast allen Feuilletons ein wichtiges Thema, es gibt Fernsehfilme über

Architektur, es gibt ständig, auch auf den Lokalseiten, Berichte über Architektur in den Zeitungen. Mittlerweile werden in der Regel auch die Namen von Architekten genannt. Früher wurden sie grundsätzlich nicht erwähnt, sondern nur die der Bauherren. Architekturausstellungen sind überfüllt, ganze Städte und Regionen profilieren sich mit Bauausstellungen wie der IBA in Berlin oder der IBA Emscherpark in NRW. Es ist der Architektur in den letzten zwei Jahrzehnten so gut wie selten zuvor gegangen.

Dieser Siegeszug ist um so aufschlußreicher, als der erste Triumph der Moderne, der mit der Parole Sachlichkeit begonnen hatte und im Siegeszug eines »International Style« nach 1945 weltweit kulminierte, in den sechziger Jahren in einer wenn auch nicht ganz weltweiten Krise untergegangen war.

Wenn also in den neunziger Jahren Architektur als Leitmedium gefeiert werden konnte, dann mußte es eine erfolgreiche Antwort auf die Krise der siebziger Jahre gegeben haben. Dieser Weg aus der Krise ist heute selbst schon wieder historisch geworden, er wird als Postmoderne archiviert.

In aller problematischen Kürze: Es war die Kreativität der postmodernen Anfangsgeneration, zu denen ich Architekten wie Robert Venturi, Aldo Rossi, Charles Moore, James Stirling, die Brüder Krier und in Deutschland vor allem Oswald Mathias Ungers und Josef Paul Kleihues zähle, die Krise der Architektur, die Kritik an der Monotonie der modernen Großsiedlungen, den Rasterfassaden, den horizontalen Bänderungen, den Autobahnen und Hochstraßen und nicht zuletzt am Flächenabriß der »alten Stadt«, eben diese Kritik an einer brutalisierten Spätmoderne aufzunehmen und zu sagen: Jawohl, ihr habt ja recht, wir Architekten sind Opfer unserer Hybris und unserer Anbiederung an die Bauwirtschaft geworden. Und diese damals noch relativ junge Architektengeneration hat es verstanden, durch den Rückgriff auf die rationalistisch oder historistisch reformulierte vormoderne Baugeschichte der Gesellschaft klarzumachen: wir entdecken ein neues Terrain, die Tradition der alten Stadt und damit die Gesellschaft und die Geschichte. Die moderne Architektur habe die Geschichte negiert, nun müsse wieder die historische Typologie ernstgenommen werden, so Aldo Rossi. Andere nahmen historische Formen zu ernst, wie Leon Krier oder Robert Stern, andere nahmen sie zu ironisch, wie Robert Venturi. Entscheidend war die Wiederanknüpfung an die Kontinuität der Geschichte, womit zweierlei

geleistet wurde: Architektur wurde zurückgeholt in die geschichtliche Kontinuität oder zumindest in die vermeintliche Kontinuität und zweitens zurückgebunden an die Stadt als Ganzes.

Professionspolitisch entscheidend war sodann der zweite Schritt: die Definition der Stadt als Kunstwerk. Indem man den Architekten explizit als Künstler definierte, war es der Profession gelungen, ihn zum allein zuständigen achwalter der Stadt und der »Urbanität« zu stilisieren. Versprochen wurde die Korrektur der Verwüstungen der Moderne, die Heilung des kranken Organismus Stadt: der Künstlerarchitekt als Heiler, Architektur als Stadtbaukunst, die schöne Stadt als Ziel. Die schöne Stadt ist eine Synthese aus Baron Haussmann und Camillo Sitte, aus Beaux-Arts und dem Pittoresken: Kultur als Dienstleistung. Das Planwerk Innenstadt in Berlin und der New Urbanism in den USA sind heute wenn auch uninspirierte Erben dieser postmodernen Synthese aus touristischem Massengeschmack und professioneller Stadtbaukunst.

Berufspolitisch war der Erfolg der Postmoderne das Resultat einer im zwanzigsten Jahrhundert seltenen Harmonisierung der gesellschaftlichen Vorstellungen von schöner Stadt mit einer autonomen Rekodierung in einer akademisch-elitären Architekturlehre. Es war diese Verbindung der ästhetischen Modernekritik aus der Bevölkerung mit dem Impuls der gegen Abriß und Spekulation gerichteten sozialen Bewegungen, die es der fachinternen Opposition gegen die Spätmoderne erlaubte, als Stimme des Volkes zu erscheinen. Eine Architektur der Achtundsechziger konnte in dieser Gemengelage nicht entstehen. Deren kulturkonservative Motive werden erst heute richtig erkennbar und erklären vielleicht, warum eine grüne Bundestagsvizepräsidentin oder ein ehemaliger Jusoführer, heute im Kanzleramt, den Wiederaufbau des Berliner Schlosses fordern. Der von Jens Jessen in der Zeit beschriebene Populismus der heutigen Kulturpolitik hat wohl damals seinen Anfang genommen.

Nicht praktische Bürgerbeteiligung, sondern die professionelle Aufnahme eines konsumistischen Stadtverständnisses war die Leistung der postmodernen Architekten, Dienstleistung konnte also immer in Gestalt der Hochkultur erbracht werden. Indes: in dieser auf Bilder fixierten Stilisierung einer synthetischen Geschichtskonstruktion bestand auch eine Gefahr. Die Autonomie drohte in dem Maße zu verschwinden, in dem der

Markt selbst kommerziell Bilder produzierte, was er tatsächlich längst tat, Charles Moore hatte bereits 1972 darüber geschrieben. Disneyland war im Unterhaltungsbereich der Massenkultur das, was die Postmoderne im seriösen Städtebau war: Simulation von Bildern und virtuellen Lebenswelten nach Wunsch.

Diese Wahlverwandschaft wurde erst in den neunziger Jahren offenbar, wo von Frank Gehry über Robert Graves, Robert Stern und Philip Johnson bis hin zu Aldo Rossi und Robert Venturi das postmodern Starsystem für Disney zu bauen begann, so etwa in Celebration.

Die Vulgarisierungen eines Charles Moore oder James Stirling, der Neoklassizismus und Historismus der New Urbanists, der neue Trend zu Simulationen und Attrappen signalisiert die drohende Abhängigkeit der Architektur vom Markt und vom Geschmack der Konsumenten. Gerade die erfolgreiche Generierung von Bildern für beliebige Lebensstile drohte zur Beliebigkeit des architektonischen Kanons zu führen und damit das Monopol des Berufsstandes ad absurdum zu führen. Gegen diese populistische Verflachung der Postmoderne wurde der puristische Minimalismus in den achtziger Jahren zu einer Strategie jüngerer Architekten, die Autonomie der Architektur zu wahren und zugleich ihre durch die Postmoderne wieder gewonnene Aura im Interesse eben dieser Autonomie sogar noch zu steigern. Der Rückzug auf elementare Raumerfahrung, Materialästhetik, aber auch das damit verbundene Spiel mit der sakralen Aufladung von Alltagsarchitektur, die Evokation des Erhabenen etwa bei Peter Zumthor, war eine Verweigerung der Profession gegenüber der selbst mit heraufbeschworenen semiotischen Überfrachtung, der viel kritisierten »Geschwätzigkeit« des Bauens.

Die Postmoderne verfiel zunehmend der Inflation der Form, die bereits im neunzehnten Jahrhundert den Historismus zum Scheitern verurteilte. Ohne verbindliche Weltbilder wurden Stilfragen zu bloßen Accessoires von Lebensstilen, wie es bereits die Arts-and-Crafts-Bewegung erfahren mußte, deren lebensreformerischer Impetus in der Tapetenabteilung des Kaufhauses Liberty in London erstarbte.

Zur Ironie des heutigen Minimalismus gehört es aber, daß sein eben asketisches wie nobel-geistesaristokratisches Spiel mit der Erhabenheit von Räumen sich nun im Leitmotiv der Atmosphäre seit den späten neunziger Jahren wieder mit den an Events ausgerichtete-

ten Populärarchitekturen von Disney bis zu Jon Jerde trifft, wenn er auch deren Opulenz vermeidet – und gerade die eindrucklicheren Atmosphären schafft. Es scheint, als könne die Architektur gleich welcher Provenienz sich den Anforderungen der »Ökonomie der Aufmerksamkeit« (Georg Franck) nicht mehr entziehen und müsse damit unweigerlich Dienstleistung werden.

Innerhalb der akademischen oder professionellen Architektur ist die Postmoderne seit Mitte der achtziger Jahre in der Defensive, die Architekturschulen haben sich fast alle von der Postmoderne abgekehrt. Gleichwohl haben sie deren Rehabilitierung des Künstlerarchitekten nicht rückgängig gemacht, sondern ihn wieder mit der Tradition der Moderne verbunden. Dabei hat diese Tradition aber in der »Zweiten Moderne« ihren sozialen Begründungszusammenhang verloren. Der Architekt wird wieder als umfassender Künstler definiert, selbst da, wo er selbst gar nicht davon redet. Exemplarisch ist die Stilisierung von Rem Koolhaas zum Gesamtkünstler, der nicht nur zwei Schnellverkehrssysteme miteinander koppelt, sondern der ein ganzes Euralille entwirft, als Plastik, obwohl er nie explizit sagt, er sei Künstler. Eher repräsentiert er den neuen Typus des globalen Managers. Ein Raummanager, der für Euralille seine Gelder vom französischen Staat bekommt, einem Staat, dessen Premier zugleich der Bürgermeister von Lille ist und der, so erzählt Koolhaas fasziniert, innerhalb weniger Wochen mehrere Millionen Franc zusätzlich bewilligte: der Traum vom Hofkünstler scheint da auf.

Wie kein anderer hat Koolhaas es verstanden, das Bild des Architekten als kühnen, aber pragmatischen Visionärs zu kultivieren. Offenkundig bedient er sich der klassischen Avantgardekonzeption, befreit diese aber von ihren utopischen und politischen Verstrickungen: Tabula Rasa ist keine Utopie mehr, sondern steht für den Innovationsbedarf einer sich rasant globalisierenden Weltwirtschaft. Von der niederländischen Randstad bis hin zum Pearl-River-Delta entstehe eine Generic City, deren Wachstum mit traditionellen Rezepten nicht mehr räumlich zu fassen ist: Scheitern des klassischen Urbanismus. Daher kann Koolhaas mit souveräner Geste die traditionellen Städtebauschulen ignorieren, seine Zielgruppen sind die großen Bauherren, die Medien, die globale Öffentlichkeit.

Entscheidend für das Modell Koolhaas ist, das der Architekt immer einen Schritt voraus in der Zukunftsschau sein muß, aber ebenso pragmatisch große Projekte realisieren kann:

Der Architekt in der Außenwahrnehmung als pragmatischer Visionär, als kultureller Unternehmer, in der Binnenperspektive der Profession ein Meister des Diskurses, in der Praxis ein Manager. Die Frage, ob dies nun Dienstleistung oder Kultur sei, wird gegenstandslos.

Tatsächlich taugt dieses Rollenmodell aber nur für wenige Architekten. Der Markt der Global Players wird von kommerziellen Großbüros beherrscht, und auch OMA konnte nur durch die Mehrheitsbeteiligung eines großen Bauunternehmens überleben. Auch die Hoffnung auf einen Zugang zum chinesischen Markt zerschlug sich. OMA brilliert aber mittlerweile mit ästhetischen und intelligenten Lösungen konventioneller Bauaufgaben, etwa der Bibliothek von Seattle, einem gebauten Diagramm. Der Bedarf an Visionären in der Architektur ist geringer, als es die akademische Lehre wahrhaben will.

Dennoch: gerade für die intellektuelle und mediale Meinungsführerschaft war die Melange aus Avantgardismus und neoliberaler Turborhetorik die intelligenteste Strategie. Mittlerweile aber weist wachsender Unmut bei den Jüngern, man denke an Sanford Kwinters Kommerzvorwurf auf der Anyhow-Konferenz 1997, aber auch die kurze Halbwertszeit der S/M/L/XL-Sprache auf eine Vernutzung der Images hin.

Bis Ende der achtziger Jahre schien die Perspektive von Hans Kollhoff, der Koolhaas aus der gemeinsamen Mitarbeiterschaft bei Ungers an der Cornell University in Ithaca/N.Y. kannte, in der gleichen neoavantgardistischen Rolle zu bestehen. Damals teilten sie die Faszination der Großformen, der Peripherie und des »Dirty Realism«.

Tatsächlich aber hat er die Gegenbewegung zu Koolhaas eingeschlagen und sich im Verlauf der letzten zwölf Jahre von einem der großen jungen modernen Architekten hin zu einem sehr traditionalistischen, an Konventionen orientierten Baumeister. Lange haben viele Kritiker diese Entwicklung für eine opportunistische Anpassung an den Markt gehalten, tatsächlich war es aber wohl ein klassischer deutscher Bildungsroman. Kollhoff ist im Zuge der Berliner Rekonstruktionsdebatte zusehends zu einem Verteidiger der Konventionen geworden, die erst die Urbanität als Gesellschaft der Häuser gewährleiste. An diesem Thema arbeitet er sich seit Beginn der neunziger Jahre ab. Marktkonform ist diese konservative Wende zunächst noch nur bedingt, denn natürlich weiß er, daß Konventionen als verbindliche Maximen keine Autorität mehr haben.

Aus seiner Sicht war es gerade die unselige Verbindung von Moderne und Massengesellschaft, die den noch im alten Bürgertum selbstverständlichen Sinn für das Richtige, eben die kultivierte Konvention eines in der Handwerkskultur gründenden gehobenen Bauens, zerstört hatte. Daher ist heute das alte Programm vom »Architekten als Erzieher« aus dem späten neunzehnten Jahrhundert wieder gefordert. Sein Programm ist also nicht Anpassung an den Massengeschmack, sein Programm ist der Versuch, das Verhältnis von Architektur und kultiviertem Bauherrn wiederherzustellen. Daß es für Kollhoff diese Bauherren wieder gibt, beweist die Villa Gerl in Dahlem, die er für einen reichen Anwalt gebaut hat.

Ähnlich wie Frank Lloyd Wright mit seinen Villen in Oak Park bei Chicago zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts sich seine eigenen Markt in der gehobenen Middle Class selbst heranbildete, so möchte Kollhoff durch seine Rekulktivierung bürgerlichen Wohnens eine Vorbildfunktion übernehmen - anders als Wrights nur vordergründig konventionelle, raffiniert-innovative Prairiehäuser sind Kollhoffs Häuser autodidaktische Gesellenstücke für das Kaiserreich, Innovation ist tabu. Mehr als ein eher schmales konservatives Marktsegment dürfte er angesichts des steifen Retrohabitus seiner Häuser zwar nicht erschließen, dennoch aber handelt es sich um eine marktfähige Lösung des prekären Verhältnisses von Bauherr und Architekt: Der Architekt liefert den Kanon, dem auch der Bauherr habituell verbunden ist, und dieser bekommt zum Haus noch als Zugabe den Status des Connaisseurs und mediale Aufmerksamkeit.

Im Sinne der Sickertheorie der Kultur könnte, so die Erwartung, der Geschmack der Eliten langsam nach »unten« diffundieren und so auf mittlere Sicht vielleicht gar den Massengeschmack prägen. Es ist eine durch-

aus nicht dumme, obwohl wahrscheinlich begrenzte Strategie, die Bedrohung der Architektur durch den Massengeschmack ganz langsam aufzuheben. Hans Kollhoff ist in diesem zeitlichen Sinne Kulturschaffender und Dienstleister zugleich.

Betrachten wir diese Haltung nun im Kontext der neotraditionalen Erweckungsbewegung, die mit dem New Urbanism aus den USA nun auch nach Deutschland und gar nach Holland schwappt, so dürfte das Aufgreifen verbreiteter Sehnsüchte eines »Back to the Future« und ihre bildhafte Befriedigung nicht weit von der Eventarchitektur der Themenparks entfernt liegen. In dieser Lifestylearchitektur, die im Falle Kollhoffs durchaus Qualitäten hat, verschmelzen Dienstleistung und Kultur. Die Zweite Moderne hingegen tut sich mit den Sehnsüchten der Konsumenten schwerer. Das Fazit könnte lauten, daß eine wohlverstandene Moderne, deren soziale Selbstverortung dringender denn je wird, von Disney, von Kollhoff, von Jerde lernen muß, das Spiel aber nach eigenen Regeln neu beginnen sollte. Koolhaas weiß dies seit langem.

Gute Architektur beginnt dort, wo sich Dienstleistung von selbst versteht und nicht als Gegensatz von Kultur stilisiert wird. Gleichwohl bleibt die Spannung zwischen beiden Ansprüchen gerade eine Quelle der Produktivität. Anders als bei den klassischen Professionen versteht sich die Nachfrage nach architektonischer Qualität nie von selbst. Eine stabile Profession kann Architektur nicht sein. Bei aller Differenz demonstrieren Kleihues, Kollhoff, Koolhaas oder Gehry gleichermaßen, daß erfolgreiche Architekten immer auch kulturelle Unternehmer sind, die ihre Nachfrage im sozialen Feld ständig aufs Neue erzeugen und reproduzieren. Dieses Schicksal teilen sie mit den meisten Dienstleistern und mit allen Künstlern.



## »Und nun?« Fragen zum Open-Source-Paradigma im aktuellen Stadtdiskurs

»Die Stadt der offenen Quellen« – unter dieser Überschrift haben Martin Kohler und Andreas Fritzen kürzlich das »Modell Open Source« für die Stadtplanung zur Diskussion gestellt.<sup>1</sup>

Ausgehend von Beispielen wie dem Betriebssystem Linux, der Online-Enzyklopädie Wikipedia sowie dem Wissensaustausch beim Bau von Windturbinen wird dabei über eine Übersetzbarkeit von Prozessroutinen und Organisationsformen in die Stadtentwicklung spekuliert. Dieser Ansatz regt dazu an, angesichts veränderter soziotechnischer Gegebenheiten gängige Mechanismen der Planung auf notwendige Updates hin zu inspizieren. Es bleiben dabei aber auch Fragen offen, die im Folgenden in loser, assoziativer Reihung umrissen werden.

Im Ursprung meint Open Source Formen kollektiver, auf freiwilliger Beteiligung basierender und somit bedarfsgerechter, weitgehend dezentral und selbstorganisiert stattfindender Softwareentwicklung, welche die freie Zugänglichkeit zum Quellcode für alle Beteiligten zwingend voraussetzt. Die beiden Autoren nehmen über Analogieschlüsse Übertragungen auf der metaphorischen Ebene vor, die es ernst zu nehmen und hinsichtlich ihrer Belastbarkeit zu befragen lohnt. Zunächst ist festzuhalten, dass Open Source nur funktioniert, wenn permanente Überschreibungen ein konstitutives Element im entsprechenden Entwicklungsprozess bilden. Zudem scheint Open Source – die gleichzeitige Bearbeitung eines Problems durch viele – seine Potenziale eher in den Prozessen der Optimierung, der WEITER-Entwicklung von etwas bereits Begonnenem als in der Projektinitiierung, der

völligen NEU-Entwicklung zu entfalten. Da Stadt bekanntlich oft als Palimpsest – als Arbeit am Bestehenden – charakterisiert wird, scheint es zunächst durchaus naheliegend, die Stadt als Zielfeld solcher Übertragungen in den Blick zu nehmen.

Ein zusätzliches Indiz für ihr Unternehmen sehen Kohler und Fritzen offenbar in der Tatsache, dass die Frage der Offenheit immer wieder Gegenstand stadttheoretischer Diskurse ist, etwa im Rahmen von »Open City«, dem Thema der Architekturbiennale 2009 in Rotterdam. In diesem Rahmen stand zwar eher die Offenheit der Stadt hinsichtlich vielfältiger Nutzungen im Fokus als die Offenheit von Stadtentwicklungs-»Produktions«-Prozessen<sup>2</sup>, doch ergibt sich daraus noch kein Widerspruch zu Open Source. Denn wie es scheint, ist es gerade ein zentrales Anlie-



Jörg Seifert, Dr. phil., studierte Architektur in Konstanz und Lyon. Architekturpraxis u.a. in Chicago, Berlin, Paris, Hamburg. Seit 2008 Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der HafenCity Universität Hamburg (Geschichte und Kultur der Metropole). Seit 2004 freier Autor und Fachjournalist, 2002–2006 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Angewandte Forschung, HTWG Konstanz, diverse Lehraufträge und Gastkritiken.  
Aktuelle Publikationen: urbanRESET: Freilegen immanenter Potenziale städtischer Räume / How to Activate Immanent Potential of Urban Spaces, Barcelona, Basel, New York 2012 (Hrsg. mit Angelus Eisinger); Stadtraum, Wahrnehmung, Design. Kevin Lynch revisited. Bauwelt Fundamente 148 (Basel, Berlin 2011).

gen dieses Ansatzes, die Trennung zwischen Nutzern und Produzenten aufzuheben. Damit – so das Ideal – soll jeder Nutzer befähigt werden, das Produkt aufgrund seiner eigenen Erfahrungen und Bedürfnisse anzupassen und zu verändern, um so zum NUTZER-PRODUZENTEN zu avancieren. Auf den Umstand, dass nicht jeder »Stadtnutzer« gleichermaßen befähigt ist, diesen Schritt zu vollziehen und eine derart aktive Rolle bei Planungs- und Aushandlungsprozessen einzunehmen, wird an späterer Stelle zurückzukommen sein.

Eines der Grundprobleme hinsichtlich der Übertragbarkeit offenbart sich dagegen bereits in den »Regeln« von Open Source, die Kohler und Fritzen wie folgt formulieren: »(a) Teile nicht den Kuchen, sondern das Rezept (Sourcecode). (b) Und gib jedem, der das Rezept will, die Freiheit, es nach seinen Notwendigkeiten zu verändern, solange er seine Version unter denselben Regeln weitergibt (Copyleft-Lizenz).«<sup>3</sup> Problematisch scheint hieran zweierlei: Erstens sollte man meinen, es habe sich mittlerweile die Ansicht durchgesetzt, dass es eben gerade KEINE »Rezepte« dafür gibt, wie eine gute, funktionierende Stadt erschaffen werden kann. Zweitens scheint damit die Forderung nach einer Aufgabe des Autorenanspruchs in der Stadtplanung weitgehend ins Leere zu zielen. Evoziert doch die Metapher vom Kuchen ein überschaubares, möglicherweise seit Generationen statisch reproduzierbares Produkt, das aufgrund von Erfahrungswissen bereits als abgerundet – und deshalb als urheberrechtlich schützenswert – gilt, das aber dennoch punktuell verfeinert bzw. auch beliebig variiert werden soll. Der Urheberrechtsschutz zielt dabei auf die Bewahrung des Erfahrungswissens, um eine ökonomische Verwertung des Produkts durch den Urheber sicherzustellen.

Anknüpfungspunkte an die Stadtplanung scheinen hierbei marginal: Im Gegensatz zu Einzelarchitekturen ist das Thema Autor- bzw. Urheberschaft in Bezug auf Stadt ohnehin nur in absoluten Ausnahmefällen wie Brasilia oder Chandigarh wirklich relevant. Dabei ist selbst hier noch einschränkend zu vermerken, dass es sich bei diesen Beispielen lediglich um die je ungewöhnlich konsequente Umsetzung eines Plans handelt, dessen Herkunft eindeutig belegt ist. Es dürfte aber klar sein, dass Stadt sich weder auf ihren Plan noch auf den einmaligen Akt seiner Umsetzung beschränken lässt. Und auch bei den

genannten Beispielen hat die Geschichte gezeigt, dass die Planverfasser gar nicht umhin kommen, die Weiterbearbeitung letztlich in die Hände anderer zu legen.

Kohler und Fritzen können sich künftig »Open-Source-Bebauungspläne«<sup>4</sup> vorstellen und thematisieren das Copyleft-Prinzip im Rahmen eines Open-Source-Workshops zur Stadtteilarbeit in Köln.<sup>5</sup> Letztere Ausführungen werfen die Frage auf, inwiefern es nicht grundsätzlich eine notwendige Bedingung eines jeden Workshops oder Brainstormings ist, Ideen mit der Absicht in einen Prozess einzuspeisen, dass sie von einem Kollektiv weitergetragen werden. Und die Diskussion um Aufgabe der Autorschaft von Bebauungsplänen lässt fragen, ob nicht jeder klassische Masterplan bereits einer Open-Source-Logik folgt. Werden doch schließlich über einen solchen Plan Ideen in den Prozess eingebracht, die dann von anderen Akteuren weiterbearbeitet werden – und zwar ganz unabhängig davon, ob eine Kommune das Feld Autorschaft-Signature-Branding über einen Masterplan von Stararchitekt XY im Standortwettbewerb instrumentalisiert. Zumindest scheint das Masterplan-Verfahren weitaus mehr Offenheit zu gewährleisten, als wenn die gesamte Planung Schritt für Schritt von der lokalen Verwaltung ausgearbeitet wird.

Doch wenden wir uns im Folgenden den drei Open-Source-Referenzbeispielen Linux, Wikipedia und Windkraftturbinen noch einmal etwas näher zu. Sie weisen zwar Gemeinsamkeiten auf, unterscheiden sich aber in einigen Punkten ganz wesentlich voneinander – was die Implikationen hinsichtlich eines Open-Source-Planungsparadigmas unscharf erscheinen lässt. Bei Linux und Wikipedia könnte man wohl in stärkerem Maße als bei der Turbinenentwicklung von Schwarmintelligenz sprechen, wobei folgende Aussage auch auf letzteres Beispiel zutrifft: Eine hinsichtlich Fähigkeiten, Motivationen und Zeitrahmen heterogene Gruppe von Freiwilligen schafft ein gleichwertiges Ergebnis wie ein hoch spezialisiertes Expertenteam. Bei Wikipedia sind die Quellen die Lexikoneinträge im für jeden sichtbaren Bearbeitungsmodus, bei Linux sind es die »Arbeitsdokumente der Entwickler«, die von jedem eingesehen werden können. Damit »kann sich jeder potenzielle Mitarbeiter selbst mit den von ihm benötigten Informationen versorgen«<sup>6</sup> und ist folglich auch befähigt, das System zu verstehen. Der vergleichsweise geringe Komplexitätsgrad des

Systems scheint ein ganz wesentlicher Grund dafür zu sein, weshalb solche Netzwerke funktionieren, die auf absoluter Freiwilligkeit beruhen: Jeder ist frei, sich den kleinen Teil zur Bearbeitung rauszusuchen, der ihm sinnvoll erscheint, der ihn interessiert.

Beispiele wie Linux, Wikipedia und die Windturbinen zeigen, dass bei Open Source grundsätzlich ein Höchstmaß an Freiheit und folglich ein Mindestmaß an Regulierung (Institutionen) erstrebt – d.h. ein Höchstmaß an Liberalismus propagiert – wird. Open-Source-Communities haben den Charakter von Interessengruppen. Für den einzelnen User steht der eigene Nutzen im Vordergrund, den die Gruppe in ihrer Dynamik offenbar auch sicherstellen kann. Daher stellt sich die bereits eingangs angedeutete Frage: Inwieweit stärkt Open Source in der Stadtplanung eben nicht nur die Produzenten – die »selbst selektierten Experten«, wie es im Fall der gemeinsamen Turbinenentwickler heißt<sup>7</sup> –, während alle Gesellschaftsgruppen, die nicht minder berechnete Ansprüche an die Stadt als ihren Lebensraum haben, aber aus diversen Gründen nicht zum NUTZERPRODUZENTEN befähigt sind, aus diesem Model herausfallen?

Open-Source-Communities verbindet jeweils ein ganz partikuläres, spezifisches Interesse. Sie definieren sich über ein gemeinsames Projekt. Was aber ist das »Projekt Stadt«? Und: Wer definiert, was das Projekt ist? Sind es – wie im Fall der Windkraftturbinen – die Experten, die durch ihr Spezialwissen privilegiert sind, und denen man über Open-Source-Ansätze ermöglicht, die Schnittmengen ihre Eigeninteressen durchzusetzen? Wer sind diese Experten der Stadt mit eigenen Partikularinteressen? Sind es Architekten? Immobilienentwickler? Verkehrsplaner? Politiker? Grundeigentümer? Oder heterogene Zusammenschlüsse aus Vertretern dieser Gruppen? Wenn die wichtigsten Voraussetzungen für Open Source die Größe und Heterogenität der Interessengruppe sind, lässt man einer solchen Gruppe dann die Freiheit, ein Stück Stadt zu bauen, wenn sie nur groß genug, aktiv genug ist? Dann ginge es eben gerade nicht um Partizipation, nicht um Anwaltsplanung für Nutzergruppen, die selbst nicht in der Lage sind, ihre Interessen hinreichend zu vertreten.

Ein Übertragungsproblem resultiert aus dem Umstand, dass Open Source seine Ursprünge in naturwissenschaftlich-technischen Kontex-

ten hat. Erfolg lässt sich hier quantifizieren, messen. Daraus ergibt sich im Hinblick auf den städtischen Kontext die Frage, ob Open-Source-Urbanismus gemäß dieser Denktradition nicht vielleicht zu effizienteren Städten führen könnte – Organisationsformen, in denen der Schwarm alles Widerspenstige hinwegbügelt und das »Gute«, »Richtige« sich letztlich durchsetzt. Es mögen sich objektive Kriterien für gute, funktionierende Computerprogramme und Windkraftturbinen finden, objektive Kriterien für »gute Stadt« zu nennen, dürfte dagegen weitaus schwerer fallen. Kommt mit den in ihren Ursprungskontexten attraktiv erscheinenden Open-Source-Ansätzen nicht über die Hintertür ein bereits überwunden geglaubter Reduktionismus in die Planung zurück, der nun zwar nicht auf Machbarkeit durch Technik setzt, sondern implizit auf Selbstregulation – und damit letztlich auf einen Smith'schen Liberalismus?

Ein wesentlicher Unterschied zwischen Linux und den Windkraftturbinen relativiert den Referenzcharakter des letzteren Beispiels für die Stadtentwicklung. Im Fall von Linux entwickelt eine Community gemeinsam ein einziges Produkt. Jeder Einzelne hat permanent uneingeschränkten Zugriff auf diese »work in progress« und kann in jedem Entwicklungsstadium Änderungen vornehmen, von denen dann alle anderen direkt mitbetroffen sind. Dagegen steht im Fall der Turbinen eine Gruppe von Individuen mit einem Mindestmaß an Expertenwissen im gegenseitigen Erfahrungsaustausch, während die Individuen zeitgleich jeweils separate Einzelprodukte entwickeln, die nicht miteinander interagieren, d.h. auf der Produktebene bestehen keine direkten Verbindungen. Vielmehr handelt es sich hierbei um die parallel verlaufende, miteinander vernetzte Vervielfältigung eines Prototypentwicklungsprozesses.

Zwar kann man auch der Stadtentwicklung vielfach einen prototypischen Charakter mit zahlreichen Trial-and-error-Schleifen zuschreiben, aber können wir aus der Übertragung Turbine – Stadt wirklich mehr gewinnen als die Erkenntnis, dass Kommunikation, Austausch helfen kann, Fehler zu vermeiden, die andernorts bereits begangen wurden? Problematisch ist hierbei u.a. der quasiserielle Charakter der Turbinen: Sämtliche Turbinen sind zwar Einzelstücke – sie variieren, aber nicht aufgrund von unterschiedlichen objektiven Rahmen-, sondern lediglich aufgrund von unterschiedlichen subjektiven Ausgangs-

bedingungen. Alle Turbinen sollen eigentlich den gleichen Zweck erfüllen: möglichst effektiv Windenergie in Strom umwandeln. Für alle Turbinen gelten dieselben physikalischen Gesetze. Es variieren lediglich Materialien, Montagearten und Auswahl der Baugruppen. In der Übertragung auf die Stadt könnten diese Differenzen in Materialwahl und Montageart der Turbinen durchaus als unterschiedliche lokale Bedingungen verstanden werden. Darüber hinaus hat jede Stadt aber auch, je nach Kulturkreis, Größe und funktionaler Ausrichtung innerhalb von Städtenetzwerken, ganz unterschiedliche Funktionen zu erfüllen.

Bei Wikipedia wiederum stellt das im Detail nicht kalkulierbare Maß an Sachkompetenz, gepaart mit einer großen Unklarheit über Hintergründe und Motive der Beitragenden, einen der kritischen Punkte dar. Während es sich bei der im Erfahrungsaustausch erfolgenden Entwicklung von Windturbinen um »selbst selektierte Experten« mit starken Eigeninteressen handelt, ist es bei Wikipedia gerade nicht das spezifische Expertenwissen, das zu Entscheidungskompetenzen führt. Zwar besteht hier eine permanente Kontrolle durch die Vielen, die es u.a. AUCH den gegenstandsbezogenen Experten freistellt, sich an Diskussionen zu beteiligen. Allerdings verschafft Letzteren ihre Sachkompetenz keine prädestinierte Stellung, vielmehr besteht durchaus die Möglichkeit, von anderen überstimmt zu werden. Welche Version eines Artikels freigeschaltet wird, entscheidet ein »Wikipedianer« mit besonderen Befugnissen, die er sich durch sein intensives Engagement im Wikipedia-Netzwerk erwirbt. Im Gegensatz zu einer klassischen Print-Enzyklopädie gibt es keine prospektive Redaktion. Wer mit welchen Interessen als Erstautor einen Artikel erstellt und im Diskussionsprozess für dessen Relevanz streitet, ist für den Administrator kaum nachvollziehbar, ebenso wenig kann Letzterer beeinflussen ob bzw. wie intensiv sich Fachexperten in die entsprechenden Diskussionen einschalten. Insofern können hier sehr wirkmächtig vertretene Partikularinteressen eine vermeintliche Relevanz des Vorhandenen – bzw. im Umkehrschluss die Irrelevanz des Nichtvorhandenen – vortäuschen.

Der Vergleich mit Wikipedia wirft deshalb die Frage auf, inwiefern Open-Source-Ansätze in der Planung nicht einen »Stuttgart-21-Effekt« produzieren, bei dem ein besonders vehementes Engagement – dessen Bewertung

im konkreten Fall hier nicht Thema ist – den Eindruck vermittelt, eine Mehrheitsmeinung abzubilden. Der Blick nach Stuttgart lässt jedoch einen weiteren Punkt offen: Unklar ist bislang, inwiefern sich Open Source als Verfahren bei konfliktträchtigen Themen eignet. Fehlt einer Open-Source-Community ein sachbezogener Grundkonsens, wird diese kaum den Bau einer »Kathedrale«<sup>8</sup> bewerkstelligen.

Über all diesen Erörterungen steht die wohl kaum eindeutig zu beantwortende Frage: Was ist der Quellcode der Stadtentwicklung und was soll folglich offengelegt, geteilt werden? Versteht man den Quellcode eher im engeren Sinne als »Bauplan« oder eher im weiteren Sinne als Summe von heterogenen Dokumenten, die Auskunft darüber erteilen, was gerade in einer Stadt gebaut, geplant oder verworfen ist, wer in welchem Maß auf die Prozesse Einfluss nimmt und wie sich die politischen, rechtlichen und ökonomischen Verhältnisse gestalten?

Tendiert man zu letzterer Lesart, so könnte man sowohl die Stuttgart-21-Protteste als auch den aktuellen Entwurf eines Transparenzgesetzes durch eine Hamburger Volksinitiative als Ausdruck eines Bürgerwillens nach Open-Source-Ansätzen begreifen. Die Initiative möchte eine Veröffentlichungspflicht des Hamburger Senats für Informationen von öffentlichem Interesse, also u.a. für Senatsbeschlüsse, Verträge, Dienstanweisungen, Statistiken, Datensammlungen, Pläne, Bauanträge und Gerichtsentscheide bewirken.<sup>9</sup> Open Source in diesem Sinne als Maximum an Transparenz durch Offenlegung von Daten zu verstehen, wäre allerdings kein neuer Ansatz. Im Grunde ist dies ebenso eine prinzipielle Voraussetzung für die Vertretbarkeit von liberalen, an »Nutzerproduzenten« orientierten Planungsansätzen wie für eine jede funktionierende Demokratie.

Stadt ist ungleich komplexer als Beispiele wie Linux, Wikipedia und Windkraftturbinen. Abgesehen von den Dimensionen und Problemen der räumlichen Abgrenzbarkeit, sind Interdependenzen der Systemkomponenten weitaus vieldimensionaler. Das Handeln der Akteure ist weniger einseitig zweckgerichtet, Irrationalismen, Affekte und deren vielfältige Involviertheit machen das System unüberschaubar, intransparent. Das Open-Source-Planungsparadigma bedarf deshalb einer weiteren Konturierung, um Missverständnissen

bei der metaphorischen Übertragung aus den Ursprungskontexten oder einer Diskreditierung durch gezielte Instrumentalisierungen vorzubeugen.

### Anmerkungen

<sup>1</sup> Vgl. Martin Kohler / Andreas Fritzen: „Die Stadt der offenen Quellen“, in *polis*, 02/2011, S. 56–61.

<sup>2</sup> Vgl. Tim Rienitz, Jennifer Sigler, Kees Christiaanse (eds.): *Open City: Designing Coexistence*, Amsterdam 2009.

<sup>3</sup> Kohler / Fritzen, *Stadt der offenen Quellen*, a.a.O., hier: S. 56.

<sup>4</sup> Vgl. ebd., S. 61.

<sup>5</sup> Vgl. ebd., S. 59f.

<sup>6</sup> Vgl. ebd., S. 57.

<sup>7</sup> Vgl. ebd., S. 59.

<sup>8</sup> Vgl. ebd., S. 57.

<sup>9</sup> Vgl. <http://www.transparenzgesetz.de> (Zugriff: 17.01.2012)



## Urbanität – eine Fortsetzungsgeschichte. Teil 4. Was bisher geschah ...

Angeregt von der Allgegenwart des Wortes »Urbanität« in den Welten des Städtebaus und der Stadtentwicklung hatten wir uns auf die Suche nach dessen Bedeutung gemacht. Eine Recherche im Netz und das Blättern in Publikationen wissenschaftlicher Herkunft sollten uns dabei helfen.

Nach diesen Sondierungen stellte sich Verwirrung ein: Offensichtlich herrscht weitgehend Uneinigkeit. Viele verstehen Verschiedenes. Wenn es denn überhaupt einen harten Bedeutungskern gibt, so ist der entweder banal (urban = städtisch) oder er bezieht sich auf spezifische, mit dem Stadtbürgertum assoziierte Verhaltensstile, weist also keine Bezüge zu den Aufgaben und Handlungsmöglichkeiten der raumbezogenen Stadtplanung auf.

Was bleibt ist, mit Musil zu sprechen, »feierliche Unschärfe«: ein in hohem Maße zustimmungsfähig erscheinender Begriff, dessen Inhalt unklar bleibt.

Nach diesen Sondierungen in wissenschaftlichen Gefilden richten sich die Überlegungen in der zweiten Folge der Fortsetzungsgeschichte auf Alltagswelten. Dabei zeigte sich, dass der Alltagsgebrauch des Wortes »Urbanität« wenig über seinen Gegenstand, viel hingegen über diejenigen aussagt, die es nutzen.

Beim Umgang mit »Urbanität« geht es aber nicht nur um Worte, Vorstellungen und Bilder, sondern auch um handfeste Interessen und die damit verbundenen Konflikte: Zum einen ist »Urbanität« auch eine Werbebotschaft, mit der die Immobilienwirtschaft und das Stadtmarketing zahlungsfähige Haushalte (aus bestimmten Milieus und »Lifestyle«-Gruppen) anlocken wollen – vorzugsweise in die hochpreisigen innerstädtischen Wohnlagen. Zum anderen können sich die unterschiedlichen Vorstellungen vom attraktiven städtischen Leben im Raum aneinander reiben, miteinander konkurrieren und zu Konflikten und Verdrängungsprozessen führen. Die Frage, wessen »Urbanität«, wessen Vorstellungen vom »attraktiven Ort« in den dynamischen Prozessen der Stadtentwicklung die Oberhand behält, hat also auch erhebliche praktische Bedeutung.

Hier schloss die dritte Folge der Überlegungen an – insbesondere mit theoretischen Zwischenschritten. Sie sollten dabei helfen, die unterschiedlichen Wahrnehmungen von Stadt und »Urbanität« nicht als Geschmacksfrage misszuverstehen. Zugleich galt es, Hinweise auf die Dynamik von Stadtveränderungen zu geben, die nun Ausgangspunkte für praktische und begriffliche Folgerungen im abschließenden vierten Teil der Fortsetzungsgeschichte sind.



Prof. Dr. Klaus Selle ist  
Inhaber des Lehrstuhls  
für Planungstheorie und  
Stadtentwicklung an der  
RWTH Aachen.

Der Beitrag erscheint  
als vierter (und vorerst  
letzter) Teil einer  
»Fortsetzungsgeschichte«  
zum Thema »Urbanität«, die  
von der Frage ausging, was  
das ist und ob wir sie planen  
oder gar bauen können.

## Teil 4. Was nun – Urbanität?

### Auf der Suche nach praktischen und programmatischen Folgerungen für Städtebau und Stadtpolitik

Der Schluss nähert sich, da werden Folgerungen erwartet. Zudem ist auch noch der Studierenden zu gedenken, die zu Beginn von Folge 1 aufbrachen, um zu erfahren, was Urbanität ist und wie sie es für ihre Projekte und Konzepte nutzen könnten...:

1. Also heißt es am Anfang: Kann man »Urbanität« planen? Die Antwort lautet eindeutig: Nein. Aber dennoch ergeben sich aus der Auseinandersetzung mit »Urbanität« für Städtebau und Stadtentwicklung Aufgaben. Dabei sind vor allem drei Aspekte von Belang: Raum, Nutzung und Akteure. In ihrem Zusammenwirken kann »belebte Stadt« entstehen – mithin ein Zustand, den viele meinen, wenn sie das U-Wort nutzen.

2. Bei der Suche nach praktischen Konsequenzen gilt es aber auch, sich der Kollisionen zu erinnern, die aus unterschiedlichen Vorstellungen vom Leben in der Stadt resultieren und die in Folge 2 und 3 an praktischen Beispielen illustriert und anhand einiger theoretischer Begriffe analysiert wurden. Lassen diese Konflikte sich mindern? Lässt sich vermeiden, dass die ökonomisch Schwächeren stets denen weichen müssen, die ihre »Urbanitätsvorstellung« mit größerer Zahlungsfähigkeit durchsetzen können?

3. Schon die letzten Fragen machen deutlich: In der Debatte um Urbanität steckt letztlich eine ethische Fragen. Sie lautet: Wie soll Stadt sein? Darüber bedarf es der Verständigung in der Stadtgesellschaft. Die Entwicklung der Stadt wird so zur res publica, zur gemeinsamen Sache – und damit könnte eine neue Fortsetzungsgeschichte beginnen<sup>1</sup>.

#### Voraussetzungen für eine belebte Stadt – und was Städtebau und Stadtplanung dazu (nicht) beitragen können

Kann man Urbanität planen? Auf diese Frage hat Edgar Salin eine entschlossene Antwort: »Es ist Lug und Trug, wenn irgendwer sei er Politiker, sei er Planer, sei er Architekt, Ökonom oder Soziologe, sei er Jurist oder Politologe vermeint und verspricht, daß er die Urbanität wieder schaffen kann [...], und es ist Lug und Trug, wenn überhaupt gemeint wird, daß durch irgendein Bauwerk, irgend-

eine Stadtform und nicht durch eine völlige Neuerweckung des Menschlichen und des Geistigen im Menschen leben und ins Leben gerufen werden kann«<sup>2</sup>

Auch Hartmut Häussermann hat sich entschieden geäußert: Nach seiner Auffassung sind Ungleichheit, Ungleichzeitigkeit und Ungleichwertigkeit wesentliche Ingredienzien einer urbanen Situation. Die aber »lassen sich nicht planen. Sie entziehen sich der bewussten Gestaltung und können nur entstehen im Rahmen einer historischen Entwicklung, die von keinem steuernden Zentrum dominiert wird. Wo Planer dennoch versuchen, urbane Situationen zu kreieren ... bleibt alles künstlich. ...In der inszenierten Stadt wird Urbanität lediglich simuliert, und deshalb bleibt sie letztlich immer steril«<sup>3</sup>.

Beiden Autoren wird man auch im Hinblick auf die in Folge 1 dieser Fortsetzungsgeschichte zitierten Definitionen zustimmen müssen: »Urbanität« als Produkt komplexer ökonomischer, sozialer und politischer Prozesse kann ebenso wenig »geplant« werden wie jene »Urbanität«, die ein persönliches Merkmal, individuelles Verhalten oder soziale Verkehrsformen bezeichnet.

Dem klaren »Nein« folgt – zumindest aus der Sicht der Studierenden, die sich auf die Suche nach der Bedeutung von Urbanität für ihre Projekte und Entwürfe gemacht hatten – die Frage: »Was dann?«. Hartmut Häussermann [2006, 32] rät zur Bescheidenheit: »Mehr als die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich Vielfalt und Lebendigkeit entfalten können, sollen sich Architekten und Städtebauer nicht abverlangen. Seien wir also bescheiden. Viel wäre schon gewonnen, wenn Städtebauer in der Lage wären, die Voraussetzungen für eine ›belebte Stadt‹ zu verwirklichen«.

Ist das nicht endlich eine griffige Eingrenzung des ausufernden Gegenstandes und zugleich eine handhabbare Herausforderung für die Fachleute des Planens und Bauens?

Auf den ersten Blick scheint es so.

Aber schon der zweite verwirrt erneut. Denn Häussermanns Frage hat gleich zwei Widerhaken. Sie lauten »Voraussetzungen« und »verwirklichen«.

1. *Voraussetzungen?* Weiß jemand verläss-

lich, was die »Voraussetzungen« für »belebte Stadt« sind? Meines Wissens gibt es bislang nur Mutmaßungen, Glaubenssätze und mehr oder minder willkürlich gesetzte (vor allem aus touristischer Perspektive gewonnene) Hypothesen. Mit ihrer Hilfe gelingt es bestenfalls einige halbwegs plausible *notwendige* Voraussetzungen zu benennen. Etwa in dem Sinne: Wenn dies oder jenes nicht gegeben ist, kann Belebung nicht entstehen. Aber auch da irrt man sich immer wieder. *Hinreichend* sind die Voraussetzungen allemal nicht. Niemand vermag zu sagen: Wenn die Faktoren x bis z gegeben sind, entsteht »belebte Stadt«.

Einige der vermeintlich unstrittigen (notwendigen) Voraussetzungen wurden in Folge 2 aus der Sicht der Immobilienwirtschaft erwähnt – etwa: breites Angebot an Freizeitaktivitäten, reichhaltiges kulturelles Angebot, vielfältige Gastronomieszene, Sehenswürdigkeiten, Erlebnismöglichkeiten, Attraktionen, Möglichkeiten für Spaziergänge und Erkundungen u.a. Und aus Sicht des Städtebaus wurden (in Folge 1) als Voraussetzungen für belebte öffentliche Räume etwa vernetzte Freiräume in gemischten Quartieren, in den Stadtraum ausstrahlende Nutzungen an den Ränder von Straßen- und Plätzen etc.. Aber welche dieser Voraussetzungen können durch städtebauliche Pläne gewährleistet werden? Man kann das alles in Pläne hinein zeichnen (was gern und oft geschieht), aber der Plan allein bewirkt wenig bis nichts. Womit wir beim zweiten Widerhaken wären:

2. *Verwirklichen?* Die bauliche-räumliche Planung und Entwicklung vermag immer nur Rahmenbedingungen zu schaffen, die von anderen Akteuren – z.B. den Grundstückseigentümern, den Projektinitiatoren und -entwicklern, den Geschäftsinhabern, Betreibern von Freizeiteinrichtungen etc. – ausgefüllt und von den Nutzern angenommen werden müssen. Das gelingt vielfach nicht: Oft entstehen die in den Plänen vorgesehenen Einrichtungen, die zum Beispiel zur Belebung der Plätze und ihrer Ränder hätten beitragen können, gar nicht erst: Die ökonomischen Realitäten und die Standortentscheidungen privater Akteure passten nicht zu den Plänen. Und selbst wenn anfänglich Erfolge zu vermelden waren, können wirtschaftlicher Wandel – etwa im Einzelhandel – oder neue Präferenzen der Nutzer zu Leerständen und Verödung führen.

Die Beispiele für gute Absichten ohne Wirkung sind zahlreich.

Hartmut Häussermanns schon bescheidene Formulierung ist also noch bescheidener zu

fassen: Wenn schon nicht *die* Voraussetzungen für einen belebten Ort von Städtebau und Architektur zu *verwirklichen* sind, so kann man aber doch fragen, was diese Disziplinen *dazu beitragen* können, dass zumindest einige (als halbwegs gesichert geltende) Voraussetzungen Wirklichkeit werden können. Dabei wird man den Blick immer wieder über die Kompetenzen der planerstellenden Disziplinen hinaus auch auf andere Handlungsfelder der Stadtentwicklung richten müssen. Womit die Frage dann lautet: Können öffentliche Akteure zu Entstehung oder Erhalt einer »belebten Stadt« *beitragen* – und wenn ja, auf welche Weise?

Um Antworten auf diese Frage zu finden, sind – folgt man den oben angesprochenen »plausiblen Hypothesen« – zunächst *drei* Aspekte zu betrachten: die *baulich-räumlichen* Faktoren, Rolle und Steuerbarkeit von *Nutzungen*, die Bedeutung der *Akteure* und ihr *Zusammenwirken in Prozessen*, die zur Realisierung von Neubauten oder zu Bestandsentwicklungen führen. Im Zusammenspiel dieser Aspekte kann ein Angebot, eine Gelegenheit zur Nutzung und für soziale Aktivitäten geschaffen werden. Ob dieses *Angebot* aber auf *Nachfrage* stößt, ob die Stadt tatsächlich belebt wird, darüber entscheiden die potentiellen Nutzer, oder weiter gefasst und viertens: die *Stadtgesellschaft*.

## Das Gebaute

Eine Feststellung steht am Anfang. Und sie markiert eine unstrittige Kompetenz städtebaulicher Planung und Gestaltung: Wo kein Raum für städtisches Leben ist, kann auch keines entstehen. Das ist plausibel. Aber mehr auch nicht. Denn der Umkehrschluss – also zeichnen wir in unsere Pläne überall solchen Raum ein, dann wird das Leben dort schon entstehen – führt in die Ödnis vieler öffentlicher Räume. Wer die Architektur- und Städtebau-Entwürfe für städtische Quartiere oder größere Wohnsiedlungen aus den letzten vier Jahrzehnten Revue passieren lässt, wird sie überall eingezeichnet finden: Den »Marktplatz«, die »Agora«, die »Piazza«, die »Allmende«, den »Treffpunkt«, den »Siedlungsplatz«, das »Forum«, die »Stadtbühne« ... und was der jeweils zeitgeistigen Bezeichnungen für Räume, die dem städtischen Leben gewidmet waren, mehr sind. Dazu dann die Zeichnungen und Renderings mit schönen Menschen in entspannter Haltung – flänierend, plaudernd, das Leben genießend.

Wer sich dann die gebauten Wirklichkeiten anschaut, findet diese Räume entweder gar nicht (weil weder der Investor noch die Stadt sie bauen und pflegen wollten), oder in Parkplätzen umgewidmet, oder gering genutzt, im schlimmsten Fall ungepflegt und vernachlässigt. Selbstverständlich gibt es auch in neuen Siedlungen belebte Räume, aber es sind Ausnahmen und bezeichnenderweise oft nicht die, die ursprünglich als »lebendige Orte« vorgesehen waren.

Liegt das nun an der Unfähigkeit der entwerfenden Fachleute? Kaum. Schlimmstenfalls kann man ihnen eine gewisse Naivität und klischeehafte Vorstellungen von öffentlichem Leben vorhalten. Entscheidender ist die Feststellung, dass soziale Aktivitäten durch bauliche Angebote *allein* nicht angeregt werden können.

Der Zusammenhang zwischen Bauformen und sozialem Verhalten entzieht sich weitgehend der wissenschaftlichen Analyse<sup>4</sup>. Die planenden und gestaltenden Fachleute können bestenfalls mit einiger Plausibilität sagen, dass die Belegung eines Raumes etwa durch fehlende Aufenthaltsmöglichkeiten *verhindert* werden kann – ob aber bestimmte Ausstattungen und Gestaltungen die erhofften Wirkungen haben werden, entzieht sich ihrer Kenntnis und ihrem Einfluss. So bleibt ihnen nur, in ihren Plänen Möglichkeiten für Nutzung und Aneignung offen zu halten.

Wie begrenzt selbst solche bescheidenen Überlegungen sind, macht etwa die Tatsache deutlich, dass sich bestimmte Nutzergruppen bevorzugt in ausdrücklich nicht geplanten Räumen zusammenfinden – den Reiz von Brachen entdecken, sich in B-Ebenen unter Straßenkreuzungen und auf Parkdecks zu sportlichem Tun zusammenfinden und Party-Meilen zwischen ehemaligen Werkshallen und stark befahrenen Straßen entstehen lassen<sup>5</sup>.

Trotz und in Kenntnis dieser Einschränkungen und Relativierungen müssen sich die Fachleute bei jeder neuen Aufgabe immer wieder auf die Suche nach Lösungen machen. Diese Suche wird von Fragen bestimmt sein, auf die es keine fertigen und überall gültigen Antworten gibt. Themen, um die diese Suche kreist, sind zum Beispiel:

■ *Freiraumstrukturen*: Dass Netz und Qualität der öffentlich nutzbaren Räume von großer Bedeutung sind, ist unstrittig. Aber hinsichtlich deren Gestaltung gibt es sehr unterschiedliche Auffassungen. Waren früher zum Beispiel differenziert gestaltete, »zonierte« Plätze das Nonplusultra stehen heute die

»offenen Stadtbühnen« hoch im Kurs. Was also sind, diesseits aller Moden, Grundanforderungen an die offenen Räume?

■ *Dichte*: Eines der heikelsten Themen ist die städtebauliche Dichte. Gemeinhin gilt: Dort, wo viele leben, kann am ehesten städtisches »Leben« entstehen. Aber schon die misslungenen Versuche der »Urbanität durch Dichte« machten deutlich, dass die Maximierung der Bau- und Nutzungsdichte kein Königsweg ist, sondern in Sackgassen führt. Aber was ist eine jeweils »angemessene« Dichte?

■ *Einbindung in die umgebende Stadt*: Ein »neues Stück Stadt« muss eingebunden werden in die städtischen Zusammenhänge. Das beginnt bei der räumlichen Durchlässigkeit der neuen Quartiere und endet nicht bei einer sinnvollen Vernetzung der Freiräume. Aber sind, um nur eine der damit verbundenen offenen Fragen zu benennen, für das Entstehen sozialen Lebens nicht auch überschaubare sozialräumliche Einheiten – und damit Ein- und Abgrenzungen – vonnöten?

■ *Nutzungsarten*: Nutzungsmischung ist das Zauberwort bei der Frage nach der »lebendigen Stadt«. Aber auch hier manche Fragen. Zum Beispiel: Welche Nutzungen sind miteinander verträglich? Was ist die richtige Korngröße der Mischung – Gebäude, Baufeld, Quartier? Insbesondere zu diesem Punkt unten mehr.

Das sind Fragen, die viele betreffen. Daher können sie auch nicht von den entwerfenden und planenden Fachleuten auf der Basis persönlicher Vorlieben oder Entwurfsmoden beantwortet werden (was dennoch nicht selten zumindest in den Wettbewerbsphasen solcher Prozesse geschieht)<sup>6</sup>, sondern bedürfen vielfältiger Erörterungen mit den relevanten Akteuren.

## Die Nutzungen

Es sind die Nutzungen in den Gebäuden, von denen die wesentlichen Impulse für das Leben in Straßen und auf Plätzen ausgehen. Dabei gilt es in der städtebaulichen Diskussion als ausgemacht, dass »Monofunktionalität«, also die Dominanz einer Nutzung – etwa Wohnen oder Handel, Stadtleben nicht entstehen lässt. Vielmehr sei es, so die herrschende Meinung, die Mischung der Nutzungen, die zu Vielfalt und Lebendigkeit im Stadtraum führe. Mittelalterliche Stadtbilder oder gründerzeitliche Quartiere dienen als Vorbild einer solchen Mischung. Jene Phase des »modernen« Städtebaus, die mit der Charta von Athen und der von ihr propagierten Nutzungstrennung

eingeleitet wurde und bis heute zum Beispiel in der Baunutzungsverordnung fortwirkt, gilt hingegen als kritikwürdig. Dass auch in diesen Überlegungen manche Mythen und Projektionen enthalten sind, bedarf hier nicht der Diskussion. Entscheidend bleibt: Wann immer es um die »belebte Stadt« (oder eben um »Urbanität« geht) ist Nutzungsmischung heutzutage das Zauberwort.

Allerdings ist dieser Begriff interpretationsbedürftig. Welche Nutzungen in welchem Verhältnis, in welcher »Korngröße« (Gebäude, Baufeld, Quartier) »gemischt« werden, ist durchaus strittig. Neue Stadtteile wie das Französische Viertel in Tübingen oder das Quartier Vauban in Freiburg gelten bundesweit als Vorbilder – obwohl sie doch sehr verschiedene städtebauliche und Nutzungsstrukturen aufweisen<sup>7</sup>.

Von Ort zu Ort, von Fall zu Fall sind Neubestimmungen der Nutzungsmischung erforderlich. Das wird auch an einem aktuellen Beispiel deutlich: Jörn Walter<sup>8</sup> beschreibt als verantwortlicher kommunaler Planer die Überlegungen zur HafenCity in Hamburg, in denen Nutzungsmischungen und Bauformen/-typologien miteinander in Verbindung gebracht werden, so:

»Es ist der Versuch, die vielfältigen Bedarfslagen, die für die Schaffung eines lebendigen und urbanen Stadtteils erforderlich sind, in einem großräumig heterogenen, kleinräumig aber homogenerem System zu ordnen« ... »So unterscheiden sich die [...] Quartiere [...] hinsichtlich ihrer Nutzungszusammensetzung (Sandtorkai 50% Wohnen, 50% Büro; Kaiserkai 70% Wohnen, 30% Büro, Dienstleistungen und Sondernutzungen; Strandkai 50% Büro; Strandkai 35% Wohnen, 65% Büro und Sondernutzungen, Überseequartier 20% Wohnen, 50% Büro, 30% Handel und Sondernutzungen), ihrer städtebaulichen Typologie (Sandtorkai: offen, Kaiserkai und Strandkai: Mischung offen/geschlossen, Magdeburger Hafen: geschlossen), ihrer baulichen »Körnung« (Sandtorkai und Kaiserkai: »Gründerzeitliches Haus«, Strandkai und Überseequartier: »Zwanziger Jahre-Kontorblock«)

Walter fügt dieser Darstellung einen Satz hinzu, der für unsere weiteren Überlegungen von Bedeutung ist: Die Beispiele zeigen, »dass die Schaffung der Voraussetzungen für ein urbanes Stadtgefüge von morgen weit mehr verlangt, als lediglich ein gestalterisches Bild im Kopf zu haben oder auf die Kraft des Zufalls zu vertrauen«. Offensichtlich kann man nicht einfach in städtebaulichen Plänen

Nutzungsarten und -mischungen festlegen, die sich dann gleichsam »plangemäß« einstellen. Hier scheint eine sehr viel komplexere Entwicklung gemeint zu sein, an der die städtebaulichen Pläne selbst nur einen kleinen Anteil haben<sup>9</sup>.

Wolfgang Wackerl, der sich in seiner Dissertation mit den Nutzungsmischung auseinandergesetzt hat, bemerkt in diesem Zusammenhang bündig: »Man kann Nutzungsmischung nicht bauen«<sup>10</sup>. Und erläutert: »Nutzungsmischung muss immer wieder neu gemacht werden, und zwar unter aktiver Beteiligung der Stadtgesellschaft«.

Soweit der Neubau. Im Bestand stellen sich ähnliche Aufgaben: Insbesondere an den Erhalt vorhandener Mischungen ist hier zu denken. Was für die städtebauliche Planung vielfach heißt: Ihr klassisches Repertoire – die Bauleitplanung – ruhen zu lassen, denn mit ihrer Anwendung kämen Vorschriften zur Geltung, die sich vielfach nicht mit dem Bestand vertragen. Solange aber nicht neues lokales Recht etwa im Zuge der Bauleitplanung gesetzt wird, haben vorhandene Strukturen »Bestandsschutz«. In diesem Sinne kann auch »Nicht-Planung« eine wichtige Maßnahme zum Erhalt gemischt genutzter Stadtteile sein.

Nun verändert sich der Bestand auch aus sich selbst heraus bzw. den Entwicklungen der (Immobilien-)Märkten folgend. Bevölkerungsverluste, Veränderungen der wirtschaftlichen Situationen der Gesamtstadt oder einzelner Branchen, des Standortgefüges einer Stadt oder der Einzelhandelsstrukturen können zu gravierenden Entmischungen führen. In den letzten Jahrzehnten hat insbesondere das Sterben quartiersnaher Einrichtungen (Stichwort »Tante-Emma-Laden«, »Kneipe an der Ecke«) vielerorts die Ränder von Straßen und Plätzen »funktions-entleert« und so das Leben in den öffentlichen Räumen stark beeinträchtigt.

Vor diesem Hintergrund ist eine Initiative aus Wien bemerkenswert, die die »Erdgeschosszonen« zu einem wichtigen Handlungsfeld der Stadtentwicklungspolitik werden lässt: »Die Arbeiten am neuen Stadtentwicklungsplan 2015 haben begonnen. Ein zentraler Fokus gilt der Entwicklung der Erdgeschosszonen, die gerade für eine gründerzeitlich geprägte Stadt wie Wien von zentraler Bedeutung für die Qualität des urbanen Stadtraumes und des städtischen Lebens sind. Zunehmende Leerstände, der Rückzug des Handels aus den Nebenstraßen und Un-

klarheit über Zukunftsperspektiven erfordern ein engagiertes und vernetztes Handeln<sup>11</sup>«.

Ähnliche, wenn auch nicht so weitreichende Ansätze zur Wiederbelebung von Erdgeschosszonen gab und gibt es in verschiedenen Städten. Zumeist liegt der Schwerpunkt dort jedoch auf einzelnen Geschäftsstraßen oder ganzen Innenstadtbereichen. Dabei erweist sich die Problematik insbesondere in »schrumpfenden« Städten und Gemeinden vielfach als aussichtslos – zumindest was die Wiederherstellung früherer Nutzungen betrifft. Hier sind ganz neue Denk- und Handlungsansätze gefragt: ob nun kulturelle, touristische oder andere Nutzungen an die Stelle der bisherigen treten können, hängt von vielen Faktoren ab – in erster Linie aber davon, ob es Akteure gibt, die bereit und in der Lage sind, in diese Lücken zu springen.

Auch die Überlegungen zu den Nutzungsvoraussetzungen belebter Stadt machen also deutlich, dass die Kernkompetenzen des Städtebaus und der Stadtplanung keinesfalls ausreichen, um wesentliche Beiträge zur »belebten Stadt« zu leisten. Pläne allein führen weder zur Nutzungsmischung noch zu den von ihnen erhofften Konsequenzen im Stadtleben. Es sind immer wieder Beiträge anderer Akteure gefragt. Erst gemeinsam mit ihnen lassen sich Verständigungen darüber erzielen, was im konkreten Fall anzustreben und möglich ist, um dann die ersten Schritte der Umsetzung zu gehen – Stadtleben selbst entsteht dann überhaupt erst *peu à peu*.

Diese Feststellung weist zurück auf theoretische Erkenntnisse, die sich auf die Aufgaben der Stadtentwicklung und Stadtplanung insgesamt beziehen: Horst Rittel<sup>12</sup> hat schon vor langer Zeit darauf verwiesen, dass diese Planungsprobleme spezifische Merkmale aufweisen – als da (z.B.) wären: Sie

- sind nicht abschließend definiert,
- haben keine festgelegten Lösungswege,
- lassen kein »richtig« und »falsch« als Beurteilung zu, sondern nur ein »gut« oder »schlecht«.

Probleme dieser Art nannte Rittel »bösaartig«. Ihrem Wesen nach bedürfen sie der Argumentation, der Verständigung darüber, was das Problem ist, welcher Art die Lösungswege und was gute oder schlechte Lösungen sein könnten. Planung ist demnach als ein Prozess zu verstehen, in dem von vielen Beteiligten »problemrelevante Informationen erzeugt und verarbeitet« werden. Die Konsequenz dieses »argumentativen Modells«: Der

Planungsprozess lebt vom Austausch der Informationen bzw. Argumente.

Eben das gilt auch für die Bau- und Nutzungsstrukturen der »belebten Stadt«. Auch hier muss jeweils fall- und ortsspezifisch mit den Akteuren vor Ort bestimmt werden, was eine gute Lösung sein und wie sie erreicht werden könnte.

#### Die Akteure und ihr Zusammenwirken im Prozess

Aus dem bisher Gesagten folgt: Wenn kommunale Stadtplanung über Absichtserklärungen und Pläne hinaus Einfluss nehmen will, wird ihr an der Gestaltung kooperativer Prozesse mit allen Akteuren gelegen sein müssen. Das ist nun durchaus keine neue Erkenntnis und sie ist auch nicht auf die Suche nach den Voraussetzungen für die belebte Stadt beschränkt. Insofern ist hier ein weiterer kurzer Exkurs in die Planungstheorie erforderlich:

Die Stadtplanung begann als Vermessungsarbeit: Um dem Wachstumsdruck der neuen Industriestädte Raum zu schaffen, wurden Felder vor der Stadt eingemessen, zukünftige öffentliche Flächen – die Straßen, Plätze und Parks – definiert und Fluchtlinien gezogen, hinter denen die Bebauung beginnen konnte. Den Rest besorgten die lokalen Bauordnungen, die – oft mehr schlecht als recht – zumindest Minima für Belichtung, Besonnung und die Abwehr von Gefahren – definierten.

Stadtplanung war öffentliche Rahmensetzung für nachfolgende private Investitions- und Bautätigkeit innerhalb der gezogenen Grenzen.

Das ist sie im Kern noch immer. Instrumentell erheblich verfeinert und unter Berücksichtigung einer ungleich größeren Zahl von Interessen und Belangen werden noch immer Rahmen für ökonomische Eigenbewegungen in Stadt und Region gesetzt.

Diese Rahmen setzende »Angebotsplanung« zerlegt den Planungsprozess in zwei zeitlich oft deutlich voneinander getrennte Phasen: Zunächst die öffentliche »Bauleitplanung«, dann die private Projektentwicklung. In jeder dieser Phasen sind andere Akteure tätig. Die Absichten der einen vermitteln sich den anderen auf dem Wege von Planaussagen und Rechtsvorschriften – und die müssen dann oft sehr flexibel gehandhabt oder gar geändert werden, wenn die Privaten unter ihren Rahmenbedingungen und ihren Interessen tätig werden. Wenn öffentliche

Akteure besondere Qualitäten in dem neuen Baugebiet realisiert sehen wollen, ist dies auf diesem Wege in der Regel nur unter hohen Verlusten erreichbar.

Das war ein Grund, warum sich die Stadtplaner schon früh Gedanken machten, wie sie die Ausfüllung des Rahmens unmittelbarer beeinflussen könnten. Kommunale Eigenaktivitäten (etwa beim Infrastruktur- und Wohnungsbau) und übergreifende Entwicklungsplanung waren Beiträge in dieser Richtung, die auch heute noch – in veränderter Form und Intensität – von Bedeutung sind: So werden etwa (kommunale) Investitionen in hochwertige öffentliche Räume als wichtige »incentives« für die Entwicklung neuer Quartiere angesehen. Und Städte, die sich mit großen Entwicklungsprojekten auseinandersetzen, sollten auch Vorstellungen davon haben, in welchen Kontext sie eingebettet sind.

Aber entscheidender noch war die Entdeckung der privaten Akteure als potentielle Partner: Schon Fritz Schumacher hatte in den 20er Jahren erkannt, dass öffentliche und private Aktivitäten gemeinsam einzelne Projekte und die Entwicklung ganzer Quartiere voran bringen. Und Stadtbauräte wie Rudolf Hillebrecht haben die gleiche Erkenntnis z.B. im Wiederaufbau nach dem zweiten Weltkrieg genutzt. Als Ende der 80er Jahre mit »Public Private Partnerships« begonnen wurde, erschien das damals neu und war für die meisten Beteiligten eine ungewohnte, und durchaus nicht immer erfolgreich verlaufende Erfahrung. Inzwischen hat sich die Einsicht durchgesetzt, dass große Teile der Stadtentwicklung auch weiterhin in der traditionellen Rollenverteilung vollzogen werden, hervorgehobene Projekte mit besonderen Qualitätsansprüchen aber des Zusammenwirkens privater und öffentlicher Akteure bedürfen. Das kann unterschiedliche Formen annehmen – entscheidend aber ist, dass alle Beteiligten frühzeitig zusammengeführt werden und sich auf gemeinsame Ziele und Qualitäten verpflichten lassen. Für die öffentlichen Akteure heißt das, dass sie nicht nur mit traditionellen Plänen hantieren, sondern auf der gesamten Instrumentenklaviatur – von der hoheitlichen Rahmensetzung über die diversen Verhandlungs- und Projektentwicklungsstrategien bis hin zur Organisationsentwicklung im eigenen Hause<sup>13</sup> – zu spielen wissen.

Entscheidend aber bleiben die anderen Akteure – und die »Interdependenzgestaltung« (um in der Sprache der Governance-Forschung zu sprechen) mit und zwischen ihnen: Wer etwa Projekte des Redvelop-

ment von Industriearealen rekonstruiert wird die zentrale Rolle der Initiatoren erkennen. Wenn da nicht jemand ist, der die Chancen eines Areals erkennt und dieses Potenzial mit einer – oft erst noch zu erschließenden – Nachfrage in Verbindung bringt, wird nichts geschehen<sup>14</sup>. Wenn die Initiatoren nicht auf immobilienwirtschaftlichen Sachverstand stoßen (oder ihn selbst mitbringen) und konzeptionell-baulich nicht die geeigneten Partner finden, werden verheißungsvolle Anfänge im Sande verlaufen<sup>15</sup>. Wenn die Immobilienentwickler nicht das richtige Gespür für die Nutzer haben, die als Pioniere fungieren – und dann die »richtigen« nächsten Nutzer anziehen – entsteht nicht jene kritische Masse, die das Projekt benötigt und die im Idealfall auch zu dessen Belebung und Integration in den städtischen Zusammenhang beitragen. Denn gerade hier und gerade mit Blick auf einen »belebten Ort in der Stadt« hat das alte Wort Gültigkeit: »Wo Tauben sind, fliegen Tauben zu« – hier zitiert nach einem Wiener Projektentwickler, der auf die Wiedernutzung von Industriearealen spezialisiert ist<sup>16</sup>.

Weil erst viele Akteure zu den baulich-räumlichen Voraussetzungen beitragen, die das Entstehen belebter Stadt wahrscheinlicher machen, sind die bereits erwähnten Strategien auch auf das Herstellen entsprechender Zusammenhänge, mit anderen Worten: auf geeignete »Governance-Prozesse« ausgerichtet:

- Das gilt für Wien und die dortige Erdgeschoss-Initiative: Aufbauend auf den vielfältigen Initiativen, Studien und Modellprojekten zur Belebung und Wiedernutzung der Erdgeschosszonen, soll eine »Plattform EG-Zonen« dazu beitragen, die verschiedenen Akteure und Stakeholder aus Verwaltung, Politik, Wirtschaft, Kultur und Handel zu vernetzen und deren Interessen und Ideen zielgerichtet zu bündeln. Als Beitrag zum neuen STEP 2015 ist das Ziel dieser Plattform die Entwicklung eines Strategie- und Handlungsprogramms zur Entwicklung der Erdgeschosszonen in der gründerzeitlichen Stadt ebenso, wie in den vielfältigen, urbanen Neubauquartieren der Stadt Wien.

- Und das gilt für die HafenCity in Hamburg, wo Jörn Walter aus städtischer Perspektive darauf hinweist, wie wichtig die Beantwortung der Frage sei, »wie man unter den heutigen Gegebenheiten eine stabile Vielfalt von Akteure einbinden kann, die für ein urbanes Stadtgefüge unverzichtbar sind. [...] Die beiden wesentlichen Instrumente sind das Eigentum an Grund und Boden und ein wett-



bewerblich ausgestaltetes Grundstücksvergabeverfahren, verbunden mit inhaltlichen Zielvorstellungen, die durch das klassische baurechtliche Instrumentarium flankiert werden«.

Solche Governance-Prozesse und eine so verstandene Projektentwicklung weisen ein weiteres zentrales Merkmal auf: Die Prozesse müssen ergebnisoffen angelegt sein. Dieses Prinzip ist schon wegen der kooperativen Projektentwicklung unverzichtbar, erhält aber zusätzliche Bedeutung in Prozessen, die auf Lösungen gerichtet sind, die über das bislang Übliche und Erprobte hinausgehen. Allerdings heißt »offen« nicht »beliebig«. Insofern ist der Hinweis wichtig, dass in den hier behandelten Prozessen sehr wohl Wertsetzungen, Zielvorgaben und Rahmenbedingungen wirksam sind – über die (siehe oben) unter den Beteiligten Verständigung bewirkt werden muss.

Dieses Denken in offenen Prozessen sei wiederum nur anhand von zwei Schlaglichtern auf Erfahrungen in jüngerer Zeit illustriert:

■ »Mein Hintergrund ist der konzeptionelle Städtebau. Dort arbeitet man zunächst sehr strukturell und erst später architektonisch. In der ersten Phase trifft man Vereinbarungen mit wichtigen Partnern – Investoren, Grundeigentümern, Projektentwicklern, aber auch mit der Politik und den Bürgern. So bildet sich ein gewisses Klima des Vertrauens. In der Folge arbeitet man weiter zusammen, macht Wettbewerbe für Teilbereiche und erreicht so stufenweise die Qualität, die man in der Grundkonzeption vereinbart hat. Gleichzeitig gesteht man sich damit ein, dass man heute, am Beginn des Prozesses noch nicht wissen kann, wie das Haus wirklich aussieht, das vielleicht erst in zehn Jahren gebaut wird.«

Dieses hier ausführlich wiedergegebene

Zitat aus einem Interview mit der Berliner Senatsbaudirektorin Regula Lüscher<sup>17</sup> macht deutlich, dass wesentliche Aspekte, die für die Quartiersentwicklung der 90er Jahre als kennzeichnend angesehen wurden, weiterhin Gültigkeit besitzen: Zusammenführen der Akteure, offene Prozesse, Qualifizierung durch Impulse von außen und so fort.

■ Auch das nächste Beispiel, mit dem wir nach Zürich West zurück (vgl. Folge 1 und 2) kehren, illustriert dies<sup>18</sup>: »Hier lädt eine trendy Lounge zum Verweilen ein, dort knallen Abbruchbirnen auf ein altes Industriegebäude, während ein paar Meter weiter die Schiffbauhalle des Schauspielhauses Kulturfreunde anzieht. In den frühen Morgenstunden wird die Gegend zur Party-Meile. Auf der anderen Seite der Brücke liegt in Sichtweite ein kleines Stück Nirgendwo. Dort wuchert bloss Gestrüpp. Wie kann man in einem so zerstückelten Gebiet planen? ›Wir gehen Schritt für Schritt vorwärts und haben akzeptiert, dass Stadtplanung nicht auf dem Reißbrett erfolgen kann.« Franz Eberhard, der Direktor des Amtes für Städtebau erläutert weiter: »Wichtig ist, dass man eine kreative Situation entstehen lässt«, [...] Man liess Architekten Testplanungen machen und diskutierte offen über die Resultate. Mit der Zeit habe sich ein Konsens ergeben, wohin sich das Gebiet entwickeln könnte. Die Bauherren hätten eingesehen, dass sie einen Mehrwert generieren könnten, wenn sie nicht nur auf ihr eigenes Grundstück schauten und dieses bis zur Baulinie überbauten.«

### Stadtgesellschaft

Was ist die schönste Stadt, was das bunt gemischte Quartier, was der bestens gestaltete Prozess, wenn das Ergebnis nicht genutzt wird... Womit auf die zentrale Bedeutung der Stadtgesellschaft für unser Thema hingewie-



sen wird: Es sind die Bewohnerinnen und Bewohner, die »Nutzer«, noch einfacher: wir, die die Stadt »beleben«.

Ihnen und uns kommt bei den Überlegungen zur »Urbanität«, oder – weniger ausgreifend gedacht – zur »belebten Stadt« eine Schlüsselstellung zu: Alle Standortentscheidungen, alle Gewohnheiten und Präferenzen der Stadtbewohnerinnen und -bewohner, ihr Wohn- und Freizeitverhalten, ihre Aktivitäten in allen Räumen der Stadt entscheiden darüber, wo Stadtleben entsteht und wo nicht. Dabei ist eines klar: Baulich-räumliche Gegebenheit allein sind hier nicht maßgebend. Das lässt sich schon daran illustrieren, dass selbst unwirtliche Orte sehr belebt sein können. Auch die Tatsache, dass vormals unattraktiv erscheinende Stadtteile mit einem Mal »hip« oder »angesagt« sein können, illustriert dies. Fragt man nach den Ursachen dafür, wird man auf die oben zitierten Tauben stoßen: »Use begets more use« – Nutzung zieht Nutzung nach sich<sup>19</sup>.

Aber die Stadtgesellschaft könnte nicht nur als »Konsument« räumlicher Angebote in den Blick geraten. Vielmehr zeigen Beispiele, dass sie auch als »Produzent« an der Entwicklung neuer Stadtteile mitzuwirken vermag: In den bereits genannten Beispielen<sup>20</sup> Tübingen (Französisches Viertel) und Freiburg (Quartier Vauban) sowie in zahlreichen kleineren Vorhaben quer durch Deutschland stellen Baugemeinschaften einen großen Teil der Bauträger. Hier sind es also die zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohner, die ihre urbanen Umfeldler selbst (mit-)gestalten.

Und nicht zuletzt ist der Blick auf die Stadtgesellschaft dann unerlässlich, wenn man die sozialwissenschaftliche Diskussion um Urbanität im Auge behalten will: Insbesondere Edgar Salin hat ja darauf aufmerksam gemacht, wie wichtig die »fruchtbare Mitwirkung des Menschen in seinem politischen Raum« für

das klassische Urbanitätsverständnis war. Und auch wer beim Stichwort Urbanität an »Aufgeschlossenheit« oder »Toleranz«, also an den Umgang der Menschen untereinander denkt, müsste der Frage nach der Rolle der Stadtgesellschaft bei der Entwicklung neuer Quartiere besondere Aufmerksamkeit schenken.

Erstaunlicherweise geschieht das selten oder bleibt auf Deklamationen und symbolische Handlungen beschränkt. Hier liegen, um es konstruktiv auszudrücken, noch erhebliche unausgeschöpfte Potenziale. Allerdings gibt es durchaus interessante Ansätze. Als ein Beispiel sei das so genannte »Neue Hulsberg« in Bremen genannt<sup>21</sup>: Ein bislang noch als Klinikareal genutzter zentraler Standort soll zu großen Teilen in ein städtisches Quartier umgewandelt werden. Der Prozess hat gerade eben erst begonnen und bezieht die interessierte Bevölkerung bereits lange bevor es erste Pläne gibt in die Erörterung von Kriterien und Anforderungen mit ein. Selbstverständlich wird auch hier – zumal das Ostertorviertel nicht fern ist – immer wieder vom »lebendigen Quartier« gesprochen, das »quirlig« ist und dennoch »ruhige Wohnlagen« bietet. »Mischung der Nutzungen« aber auch »soziale Mischung« spielen in den öffentlichen Erörterungen eine große Rolle. Geplant ist eine kontinuierliche Fortführung dieser Dialoge und möglicherweise in einer späteren Realisierungsphase dann auch die aktive Einbindung von z.B. Baugemeinschaften.<sup>22</sup> Man darf gespannt sein. Auch in den nächsten Jahren lohnen sich Blicke nach Bremen.

#### Zwischenresümee und Folgerungen

Die Frage nach dem Beitrag der planenden und bauenden Disziplinen zur Entstehung »belebter Orte« mündet zunächst in ernüchternde Antworten: Es lässt sich nicht einmal



mit Sicherheit sagen, welche baulichen Voraussetzungen für das Entstehen städtischen Lebens notwendig wären. Es bestehen lediglich Vermutungen über einige fördernde (Qualität der Stadträume, Nutzungsmischung) bzw. hindernde (Verkehrsbelastung, Monofunktionalität) Faktoren. Aber selbst hier lassen sich auch Gegenbeispiele finden – wenn sich etwa auf öden Parkplätzen lebendige Märkte etablieren oder eine rege Clubszene in unwirtlichen Industriebrachen entsteht. Nur eines scheint gewiss: Stadtleben ist durch baulich-räumliche Maßnahmen nicht gezielt zu »produzieren«. Umso mehr muss überraschen, dass sich dieser Mythos in den innerdisziplinären Diskursen zäh hält. Immer wieder wird der Eindruck erweckt, die in den städtebaulichen Plänen eingezeichneten Stadträume würden sich gleichsam notwendig mit jenem Leben füllen, das in den Renderings so plastisch dargestellt wird.

Die Praktiker wissen, dass das so nicht ist. Sie vertrauen daher nicht nur auf Pläne und Gestalt(ungs)ideen, sondern vor allem auf das Zusammenwirken der Akteure, die investieren, bauen, nutzen. Sie wissen um die Bedeutung der Parzellierung, der ökonomischen Faktoren, der rechtlichen Rahmenbedingungen, der Pioniernutzungen. Und sie wissen, dass erst aus dem Gemenge dieser vielen Faktoren im günstigen Fall Voraussetzungen für das Entstehen von Stadtleben resultieren können. Denn das ist die positive Erkenntnis: Tatsächlich lässt sich einiges bewirken – wenn man über Pläne hinaus denkt, rechtliche, ökonomische und soziale Gesichtspunkte berücksichtigt und es versteht, offene Prozesse zu gestalten. Diese Prozesse sind – planungstheoretisch betrachtet – durch zwei Merkmale gekennzeichnet:

■ Sie sind diskursiv, weil es bei den hier zu lösenden Aufgaben kein »richtig« oder

»falsch«, sondern nur ein »gut« oder »schlecht« gibt – und über diese Bewertungen bedarf es einer Verständigung unter den Akteuren.

■ Sie gehen nicht von der Vorstellung »kausaler Finalität« aus, unterstellen also nicht, dass ein Anfangsimpuls (z.B. ein Plan) ein gedachtes Endergebnis (in grader Linie) erzeugt. Vielmehr müssen in schrittweise konkretisierenden Prozessen auch immer wieder neue Optionen, Reaktionen auf veränderte Rahmenbedingungen etc. möglich sein. Man muss also, um noch einmal an Karl Gansers viel zitierten und (z.B. bei der IBA Emscher Park) praktizierten Grundsatz erinnern, dass es gilt, »Prozesse zu organisieren, deren Ausgang man nicht kennt«.

### Recht auf Stadt: Was kann die Stadtentwicklungspolitik leisten?

Wo die einen einen attraktiven »urbanen« Ort sehen, wohnen andere, denen dieser Ort Lebensumfeld ist. Das kann zu Kollisionen führen, die nach den Gesetzen der Immobilienmärkte verlaufen: Ökonomisch Stärkere verdrängen die Schwächeren – Nutzungen wie Nutzer. Pioniere vertreiben Alteingesessene, Gentrifier vertreiben Pioniere... und so fort. Touristen mischen den Kiez auf, Fastfood-Ketten verdrängen die Kneipe an der Ecke, Antiquitätenhändler und Galerien ersetzen die alternativen Buchläden, Möhren-Ingwer-Suppe statt Döner, Champagner statt Dosenbier... Kurzum: Die auf größere Zahlungsfähigkeit gestützte »Urbanitätsvorstellungen« der einen können den Lebensraum der anderen zerstören. Auf dieses Konfliktpotenzial wurde in Folge 2 und 3 dieser Überlegungen hingewiesen<sup>23</sup>. Bleibt die Frage, was aus diesen Beobachtungen praktisch folgt.



Die Antwort liegt nahe: Es gilt, die ökonomisch Schwachen gegen den Druck der Märkte zu verteidigen und ihnen eine Perspektive des Bleibens zu ermöglichen.

Diese Konsequenz ist schnell gezogen, aber schwer in praktische (Stadtentwicklungs-)Politik umzusetzen. Das sei hier am Beispiel des Wohnens<sup>24</sup> erläutert: Der Hauptgrund besteht darin, dass die staatliche (und auch überwiegend die kommunale) Wohnungspolitik seit den 70er Jahren einen Kurs steuert, der den Forderungen nach einer Sozialorientierung vollständig zuwiderlief und Zug um Zug zum Abbau öffentlicher Verantwortung im Wohnungssektor generell führte:

- Schon mit dem Wohnungsmodernisierungsgesetz von 1974 wurde erstmals die besondere Rolle der privaten Eigentümer hervorgehoben und ihnen im Wesentlichen überantwortet, wie die Bestände zu entwickeln sind;

- Der öffentlich geförderte, vormals »sozial« genannte Wohnungsbau erreichte in den 70er Jahren Raten von 500.000 gar 700.000 Wohnungen/Jahr und sank seither auf Werte um 40.000 WE/Jahr. Zugleich schmilzt der Bestand gebundener Wohnungen weiter ab<sup>25</sup>.

- Die gesamte Wohnungsgemeinnützigkeit – gesellschaftliches Kapital, das über fast ein Jahrhundert angesammelt wurde – verschwand Ende der 80er Jahre mit der Abschaffung des WGG;

- Unmittelbare Folge waren die Veränderung des Wirtschaftsverhaltens vieler ehemaliger gemeinnütziger Unternehmen, ihre Herausnahme aus kommunaler Verfügung und insbesondere die Großverkäufe bislang gemeinnützig gebundener Wohnungsbestände an in- und ausländische Finanzinvestoren. Viele Städte – wie Kiel oder Dresden – verkauften ihre gesamten Wohnungsbestände, sanierten so ihre Haushalte und vergaben

sich zugleich ihrer wohnpolitischen Handlungsmöglichkeiten.

Das Resultat von fast vier Jahrzehnten »Entstaatlichung« im Wohnungssektor: Wohnungspolitik für diejenigen Gruppen, die sich aus eigener Kraft am Markt nicht »versorgen« können, ist als eigenständiger Politikbereich verschwunden und in ihren Restbestandteilen Teil der Sozialpolitik geworden<sup>26</sup>. Wohnfragen wurden wieder Privatsache, wie Hartmut Häussermann und Walter Siebel schon 1981 feststellten<sup>27</sup>: »Diese Ansicht, Wohnen sei Privatsache, ist gesellschaftlich heute so akzeptiert, dass darüber überhaupt nicht mehr nachgedacht, geschweige denn in der Politik diskutiert würde«.

So gesehen könnte man auch feststellen: »Urbanität ist Privatsache«. Wer sich wo in der Stadt ansiedelt oder nur aufhält – sei es, um dort zu wohnen, Geschäfte zu betreiben, zu konsumieren oder nur einen angenehmen städtischen Ort zu genießen – das entscheidet sich über die Mechanismen der Märkte und die (Standort-)Präferenzen und (Zahlungs-)Fähigkeiten der Bürgerinnen und Bürger.

Nun ist es aber nicht so, dass die Kommunen bei dieser Frage (wer die Stadt wie nutzt oder nutzen kann) völlig interessens- und leidenschaftslos wären. Das Gegenteil ist der Fall. Aber betrachtet man ihr Argumentieren und Handeln, ist eine merkwürdig widersprüchliche Haltung, Psychologen könnten von einer »double-bind-situation« sprechen, zu beobachten:

(1) Da richten sich viele Hoffnungen auf die Reurbanisierung, also vor allem die wiedererwachte Lust verschiedener zahlungsfähiger Gruppen – etwa der empty-nesters<sup>28</sup> – am Wohnen in der Stadt. Zugleich hat die Perspektive auf wirtschaftliches Wachstum



seit Richard Floridas Publikationen zum Thema einen neuen Namen: »Kreative Klasse«<sup>29</sup>. Die ist heterogener in ihrer Zahlungsfähigkeit, aber mindestens so sehr umworben wie die »Re-Urbaniten«. Dass deren Zuzüge auch mit Umstrukturierungen, also dem Verlust eingelebter Stadträume, verbunden sein können (Gentrifizierung ist nur ein Wort für diese Prozesse) wird schweigend in Kauf genommen.

(2) Zugleich gibt es immer noch Rudimente einer früheren wohnpolitischen Programmatik auf kommunaler Ebene, die unter dem Eindruck der »Recht-auf-Stadt«-Bewegung in unter Wachstumsdruck stehenden Städten wie München und Hamburg wieder an Bedeutung gewonnen hat. Zumindest in diesen Städten ist es erklärtes politisches Ziel, Lebensräume und preiswerten Wohnraum zu erhalten. Hier denkt man auch darüber nach, welche Instrumente den Städten (noch) zur Verfügung stehen<sup>30</sup>. Klaus Illigmann beschreibt (nicht nur) die Münchner Überlegungen so<sup>31</sup>: »Die wahre Herausforderung für alle prosperierenden (Groß-)Städte mit angespanntem Wohnungsmarkt liegt ... klar bei der Bereitstellung von (bezahlbarem) Wohnraum und der Entwicklung von entsprechenden Strategien ... Ein Mammutjob mit sozialpolitischem Hintergrund! Der Zusammenhalt in der Stadtgesellschaft bröckelt, die Segregation in den Stadtquartieren nimmt zu und das bei zunehmender Finanzknappheit und eingeschränkten Handlungsspielräumen der Kommunen. ... Die ›Stadt des Ausgleichs‹ ist in Gefahr«.

Als mögliche Instrumente zur Gegensteuerung nennt Illigmann

- kommunale Flächenbereitstellung,
- kommunales Wohnungsbauprogramm (in der »reichen Stadt« München immerhin 625 Mio im Zeitraum 2007-2011),

- Abschöpfung des Bodenwertzuwachs bei Konversionen bzw. Re-Developments zugunsten sozialer Infrastrukturen und öffentlichen geförderten Wohnungsbaus,

- Verhinderung von Umwandlung - etwa Erhaltungssatzungen (»Milieuschutz«),

- Wohnungspolitische Bündnisse aller Akteure am Wohnungsmarkt.

Diese Liste lässt sich noch erweitern und verfeinern, aber es ändert nichts daran, dass die Kommunen unter Wachstumsbedingungen in der Defensive bleiben, sofern sie nicht (wie etwa – um ein Beispiel außerhalb Deutschlands zu nennen – Wien) über erhebliche sozial gebundene Bestände verfügen.

Diese eigenartige »Doppelstrategie« – auf der einen Seite Wachstum und zahlungskräftige Zuzüge wünschen, zugleich aber sozialpolitische Absicherung (zumindest programmatisch) betreiben zu wollen – ist schon seit den 80er Jahren zu beobachten<sup>32</sup>. Man kann das mit Stichworten wie »hidden agenda« oder »symbolische Politik« abtun, also die Meinung vertreten, dass das eine (Wachstum fördern und Steuerkraft stärken) tatsächlich gewollt ist, das andere (soziale Sicherung) aber nur behauptet wird. Das würde aber, zumindest in einigen Kommunen, zu kurz greifen.

Hier gab und gibt es tatsächlich Bemühungen<sup>33</sup>, zumindest mildernd und retardierend in die Märkte einzugreifen, aber der Erfolg ist zumeist nicht nachhaltig. Das liegt zum einen an strukturellen Problemen staatlicher Sozialpolitik: Mit den Transferleistungen von Arbeitslosengeld und Hartz IV werden nicht preiswerte Wohnungen geschaffen, sondern teure Wohnungen subventioniert. Zum anderen aber auch an den Grenzen punktueller Marktinterventionen: Ein solches Scheitern beschreibt Jörn Walter, der



Oberbaudirektor Hamburgs, so<sup>34</sup>: »Wir haben in Hamburg mit der Hafencity versucht, über die Grundstückspolitik sehr unterschiedliche Bevölkerungskreise anzusiedeln – mit Hilfe von Genossenschaftswohnungsbau, Baugemeinschaften, Spezialangeboten z.B. für Senioren, bis hin zu privaten Investitionen im Bereich der Miet- und Eigentumswohnungen. Das ist, wenn wir ehrlich Bilanz ziehen, nicht gelungen. Wir haben die Grundstücke zu einem Festpreis von 420 bis 470 Euro/qm BGF abgegeben. Der Grundstückspreis ist verglichen mit dem Hamburger Preisniveau und den Lagequalitäten sehr moderat. Warum ist es dann nicht geglückt? Weil uns der Markt überholt hat. Der Standort wurde so beliebt, dass kurz vor der Finanzkrise plötzlich die zwei- bis dreifachen Preise im Eigentumsmarkt bezahlt wurden«. Schon beim nächsten Eigentümerwechsel lassen sich dann diese Preise realisieren und die öffentliche Quersubvention vom Beginn verwandelt sich in einen Zusatzgewinn für den Eigentümer. Das zeigt lediglich: Die Prinzipien der Sozialbindung auf Dauer, die in der früheren Wohnungsgemeinnützigkeit angelegt waren, hatten ihre Berechtigung. Sie sind unglücklicherweise heute nur mehr dort zu realisieren, wo es noch sozialpolitisch verpflichtete kommunale Unternehmen gibt.

An dieser Stelle gilt es, noch einmal kurz inne zu halten und darauf aufmerksam zu machen, dass wir mit dem Thema »Gentrifizierung« die Aufmerksamkeit nur auf die prosperierenden, die stark wachsenden Städte gelenkt haben. Die aber sind in der Minderheit. Der Großteil der Kommunen in Deutschland wäre froh, wenn sie auch nur Bruchteile des Wachstums von München oder Hamburg mitbekämen, denn sie stehen auf der Verliererseite. Sie verlieren Wirtschaftskraft und

Bevölkerung, ihre Innenstädte veröden, Gebäude stehen leer, Flächen fallen brach ohne dass neue Nutzungen oder Nachfrager in Sicht wären. Die Kumulation dieser Entwicklungen zerstört ebenfalls ge- und bewohnte Umwelten und thematisiert auf ganz andere Weise die Frage nach dem »Recht auf Stadt«. Was aus der »Urbanität« unter »Schrumpfungsbedingungen« wird, bedürfte einer eigenständigen Diskussion. Das gilt sowohl für die Fachwelt – dort wurde sie am Beispiel der öffentlichen Räume begonnen, findet aber keine angemessene Fortsetzung<sup>35</sup> – und das gilt auch für die Menschen vor Ort, die sich in einer ihnen fremd werdenden Umgebung mit den Zurückbleibenden über die Qualität ihrer Städte verständigen müssen.

Insofern ist dieser Hinweis hier nur als Platzhalter zu verstehen, mit dem auf eine Leerstelle in der Debatte (und auch der hier verfolgten Gedankengänge) aufmerksam gemacht werden soll, bevor wir uns nun dem Ende dieser Fortsetzungsgeschichte zuwenden:

### **Ist »Urbanität« noch zu retten? oder: Von der Beliebigkeit zum Stachel**

Das Wort »Urbanität« transportiert etwas, »das sich dem genauen Urteil entzieht und von *feierlicher Unschärfe* ist«. Ein gewichtig klingender, positiv besetzter Begriff – mit nahezu beliebigem Inhalt, geeignet für Sonntagsreden und Werbebezetzel... So lautete schon unser Resümee in der ersten Folge dieser Überlegungen. Und alle weiteren Recherchen haben diesen ersten Eindruck nicht entkräften können.

Ist so ein Begriff noch zu retten?

Eigentlich nicht.

Schon oft hat man ihm daher das baldi-

ge Ende im Brackwasser der Beliebigkeit gewünscht.

Wem an der Verwendung von Worten als Mittel der Verständigung gelegen ist, der wird »Urbanität« von dieser Aufgabe dispensieren. Dass die Werber unerschrocken mit ihm operieren, hat seine Logik, denn sie nutzen ja gerade die Uneindeutigkeit von Bezeichnung und Bezeichnetem. Im wissenschaftlichen Zusammenhang allerdings stiftet »Urbanität« in seiner derzeitigen Verfassung mehr Verwirrung als Nutzen. Also liegt die Folgerung nahe, den Begriff aus ernsthaften Kommunikationsversuchen zu verbannen und durch andere, das Gemeinte treffender bezeichnende zu ersetzen. Entsprechende Versuche haben zum Beispiel Salin (er schlägt »Stadtformung«) oder Eisinger (er hält »Nachhaltigkeit« für angemessen) unternommen.

Unglücklicherweise bleiben diese und ähnliche Überlegungen in der Regel folgen- und wirkungslos: »Die immer auch geäußerte Kritik, mit der [...] der Wert des Begriffs in Zweifel gezogen und von dessen Verwendung abgeraten wird, tut seiner Beliebtheit keinen Abbruch. Urbanität ist ein kritikfestes Faszinosum«<sup>6</sup>. Die wissenschaftlichen Auseinandersetzungen mit Urbanität« zeichne sich, so setzt der Autor Wüst nach, »durch eine besondere Form der Kommunikation aus, nämlich durch Ignoranz«.

Wenn das »U-Wort« also nicht zu vermeiden ist, dann sollte man zumindest nach einem Bedeutungskern suchen, der sich nicht vor-schnell vereinnahmen und gleichsam als Produktkennzeichnung werblich missbrauchen lässt. Rekapitulieren wir:

Am Anfang war die Stadt. Genauer: Es waren die Metropolen ihrer Zeit: Athen und Rom. Die Römer oder Athener schauten auf den umgebenden Erdkreis und stellten Unterschiede fest: Dort das ungebildete Landvolk, hier die verfeinerten Sitten der gebildeten Schichten. Man war »urban«. Die anderen nicht.

Edgar Salin verwies uns dann auf zwei wichtige Weiterungen: Der urbane Mensch ist nicht »höflich«, nicht bestimmt von aristokratischer Herrschaft und den Sitten des Hofes, sondern freier Stadtbürger. Und: Er verfeinert nicht nur die eigene Bildung und Kultur, sondern auch den Umgang untereinander. Genauer: Urbanität ist etymologisch und historisch »nicht losgelöst zu denken ... von der aktiven Mitwirkung einer Stadtbürgerschaft am Stadtregiment« (Salin).

Von hier aus eröffnet sich unmittelbar

eine Perspektive auf die Idee der europäischen Bürgerstadt<sup>37</sup>, auf die Vorstellung von der Stadt als Res Publica, als gemeinsamer Sache der in ihr lebenden Menschen und auf die Rolle der Zivilgesellschaft in den Prozessen der Urbanisierung.

Diese Idee ist zweifellos nicht nur etwas für weltabgewandte Philologen oder Historiker, sondern noch heute präsent und in Grenzen sogar »populär«: Wenn ein historisches Zeugnis, ein Kunstwerk auf Schals und Kravatten gedruckt wird, kann man das wohl als Nachweis einer gewissen Popularität werten. Solchen Bekanntheitsgrad hat inzwischen ein Fresken-Zyklus von Ambrogio Lorenzetti erlangt. Er wurde 1339 im Palazzo Pubblico in Siena fertig gestellt und ist auch heute noch dort zu besichtigen. Eines der Bilder aus diesem Zyklus wird besonders oft reproduziert und präsentiert: Es trägt den Titel »Effetti del buon governo nella città e nella campagna« und zeigt auf fast 14 Metern Länge, wie Stadt und Land gedeihen, wenn sie gut – in diesem Fall von den Bürgerinnen und Bürgern selbst und nicht von Fürsten oder Patrizierfamilien – regiert werden.

Die Bilder sind oft und kundig von Kunsthistorikern beschrieben und interpretiert worden. Städtebauer, Stadtsoziologen und Planungstheoretiker aus aller Welt nutzen sie als Referenz für die Europäische Bürgerstadt und schlagen Brücken vom »Buon Governo« damals zur »Good Governance« heute.

Der Zusammenhang des Bildes mit unserem Thema springt ins Auge: Im städtischen Teil des Freskos herrscht regest städtisches Leben. Nur einige Schlaglichter: Links von der tanzenden Gruppe, die im Mittelpunkt dieser Szene steht, haben sich fünf Männer in einer offenen Loggia versammelt – zu Lehrzwecken (die Eule über ihnen unterstreicht das) und zum Erfahrungsaustausch, wie es scheint. Zwei Knaben sind von der Straße hinzugekommen. Im Hintergrund, wo sich der Platz in Gassen verliert, wird produziert und gehandelt: Ein Schneider, dessen Produkte an einer Leine über das Gasse hängen, ein Goldschmied und ein Tuchhändler, dessen Stoffe auf einer Theke in der Straße ausgelegt wurden, sind hier zu sehen.

Rechts von den Tänzern setzt sich das Markt- und Geschäftsleben fort: Ein Schuster ist zu erkennen, der Schuhe und Stiefel an einer Leine aufgehängt und weitere Waren auf einer Theke ausgelegt hat. Ein Bauer, dessen Maultier schon entladen ist, wendet sich ihm zu – womöglich, um seine gerade erworbenen Einnahmen in neues Schuhwerk anzulegen.

Ein Apotheker oder Gewürzhändler inmitten seiner verschiedenen Gefäße wartet auf eine Lieferung und winkt den Händler, der ihm die Waren bringen soll, zu sich her. Nebenan arbeiten drei Personen in einer offenen Tuchwerkstatt: Eine webt, eine andere zupft Wolle und die dritte prüft die Stoffe. Weiter hinten ahnt man Metzger (die Schinken hängen in der Gasse und ein Tuch verschließt den Laden, auf dass er kühl bleibe) und Bäcker, zu denen Maultiere, schwer beladen mit Mehlsäcken, getrieben werden.

Man könnte noch vielen Details in diesem großen Bilderbogen nachgehen, aber es dürfte schon deutlich geworden sein: In dieser Stadt blühen Handwerk, Handel und Wissenschaften. Es wird produziert, verkauft, gelehrt – und gefeiert. Das alles findet in den öffentlichen Räumen der Stadt und den offenen Erdgeschoss der angrenzenden Gebäude statt.

Diese Darstellung einer florierenden europäischen Stadt illustriert nicht nur mögliche frühere »Urbanitäts«-Vorstellungen, sondern sie macht vor allem deutlich: Ein solches Stadt-Leben wird von vielen Aktivitäten und Akteuren geprägt. Es lässt sich weder durch einen Plan anordnen noch ist es durch Architektur »herstellbar«. Zwar müssen bestimmte bauliche Voraussetzungen gegeben sein – das gilt insbesondere für die verschiedene Grade der Offenheit von Gebäuden und ihre Ausrichtung zu Straße und Platz –, aber alles weitere hängt dann von der Stadtgesellschaft ab, von der lokalen Wirtschaft, von der Qualität des sozialen Zusammenhalts, von der Stadtkultur. Nicht umsonst trägt dieses Fresko den Titel »Effetti del buon governo«: Dieses Stadt-Leben ist Ausdruck der gesellschaftlichen Bezüge in der Stadt.

Wer heute erneut über die Voraussetzungen des Lebens in den Räumen der »belebten Stadt« nachdenkt, wird sich also auch der »Interdependenzgestaltung« zwischen den Akteuren in der Stadt widmen müssen. Dieser etwas sperrige Begriff stammt aus den politischen Wissenschaften und bezeichnet eine Hauptaufgabe lokaler »Governance«: Es gilt, zwischen vielen Akteuren, die mit ganz unterschiedlichem Gewicht, mit verschiedenen Interessen und auf jeweils eigene Weise das Stadtleben mitgestalten, Verbindungen herzustellen, Verständigung zu bewirken und Vereinbarungen über gemeinsames Handeln herzustellen.

Das ist: Stadtentwicklung als gemeinsame Aufgabe. Und das ist auch: eine große Her-

ausforderung. Deren Realisierung liegt noch weit ab von den heutigen Strukturen und Prozessen der Stadtentwicklung, ist im besten Sinne des Wortes eine Utopie.

Und so kehrt zum Schluss dieser langen Geschichte die Urbanität als Utopie zurück. Womit zugleich eine neue »Geschichte« ihre Anfang nehmen könnte: Mit ihr gälte es der Frage nachzugehen, wie diese Stadtentwicklung als Gemeinschaftsaufgabe gestaltet werden kann, wie der Entwicklung lebenswerter und lebendiger Städte und Quartiere als res publica ein Stück näher zu kommen ist.

Womit wir schon bei heutigen Diskurs- und Deutungszusammenhängen wären. Dazu nur zwei Zitate:

■ »Städte wie Warschau, Riga, Prag, Budapest, Bratislava, ausgezehrt und erschöpft von den Katastrophen des Jahrhunderts, haben sich erholt. Es war ein langer zivilisatorischer Akkumulationsprozess, eine Art zweite Urbanisierung. All das bedeutet: Zunahme von Komplexität und Kompliziertheit, Zugewinn an Differenz und Struktur, Anlagerung von Erfahrung und Gedächtnis, Umgangssicherheit, kurz: Reife. Was wir erleben, ist nichts weniger als das coming out einer reif gewordenen Bürgergesellschaft, die über die Vereinfachungen hinaus ist. Sie bedarf der Organisation von oben nicht mehr, sondern organisiert sich selbst. Es scheint, als geschehe überall nur, was fällig geworden ist: die wieder zu Kräften gekommene Bürgergesellschaft richtet sich ein«<sup>38</sup>.

■ »Tatsächlich basiert das Überleben der Mehrheit der Stadtbewohnerinnen und -bewohner auf dieser sozialen Kreativität außerhalb staatlicher Kontrolle und Planung. Eine dynamische, lebenswerte Stadt kann weder durch Planung noch durch die Marktwirtschaft geschaffen werden, sondern nur über die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt selbst«.<sup>39</sup>

Was hier zur »zweiten Urbanisierung« osteuropäischer Großstädte und zur Entwicklung der riesigen Agglomerationsräume in Südamerika, Asien und Afrika gesagt wird, beinhaltet ein nahezu globales Credo: Die Entwicklung der Städte hängt wesentlich von den Entwicklungen der und in den Stadtgesellschaften ab. »Urbanität« kennzeichnet also, mit Schlögel zu sprechen, einen gewissen »Reifegrad« dieser Entwicklungen. Aber hilft uns hierbei das ursprüngliche Verständnis von »Urbanität«? An einem zentralen Punkt nicht: Aus heutiger Sicht fand die

Kennzeichnung »urban« nur Anwendung auf eine relativ kleine Gruppe: Frauen, Sklaven und niedere Stände ebenso wie Zugewanderte waren damals nicht Mitglieder der Bürgergesellschaft.

Eine Bürger-Elite gestaltete das Stadtregiment und attestierte sich »Urbanität«<sup>40</sup>.

Das muss heute komplexer und widerspruchreicher gedacht und praktiziert werden: Stadtgesellschaften unserer Zeit sind durch große Unterschiede und starke Fliehkräfte gekennzeichnet. Die Menschen in der Stadt haben sehr ungleiche Chancen, am gesellschaftlichen Leben und an der Gestaltung der Stadtentwicklung aktiv mitzuwirken. Auch verfügen sie über sehr unterschiedliche

Möglichkeiten, sich die ihnen angenehm erscheinenden Orte in der Stadt anzueignen.

Daher muss, wer heute »Urbanität« sagt, auf die Differenzen und Ungleichgewichte in der Stadtgesellschaft Bezug nehmen, die Vielfalt der Lebensstile berücksichtigen, die Gräben<sup>41</sup> und Konflikte zwischen ihnen thematisieren und darum bemüht zu einem Ausgleich zu kommen und Zusammenhalt zu fördern. Erst ein solcherart geschärftes Urbanitätsverständnis, das »Diversität« zum Ausgangspunkt nimmt und den Umgang damit als Aufgabe ansieht, könnte wieder zu einem produktiven Stachel in den Erörterungen über Stadtpolitik werden.

## Anmerkungen

<sup>1</sup> Ein möglicher Anfang dieser »nächsten Geschichte«: Klaus Selle (2011): Stadtentwicklung als »res publica«: Utopie oder Alltag? Ein Vortrag. In: pnd|online III/2011 ([www.planung-neu.denken.de](http://www.planung-neu.denken.de))

<sup>2</sup> Edgar Salin (1971): Von der Urbanität zur Urbanistik. In: Der Aufbau H. 2/1971; hier zitiert nach Hans-Reiner Müller-Raemisch (1990) Leitbilder und Mythen in der Stadtplanung 1945-1985. Frankfurt [Verlag Waldemar Kramer] S.89; Wie elitär Salin im Grunde dachte wird aus der Textstelle vor der zitierten besonders deutlich: »Die Urbanität ist tot, und es müssen ganz andere Zeiten und Menschen kommen, ehe sie wieder erstehen kann [...] und es ist Lug und Trug zu meinen, daß sie sich wieder schaffen ließe, wenn das Zeitalter der Massen andauert und wenn den Massen entsprechend Hochhäuser gebaut und Verkehrslinien gezogen werden. Urbanität ist immer eine Zeit der Wenigen, ist eine Zeit des Bürgertums, Urbanität ist eine Lebensform, die heute nicht und nirgends gedeihen kann.«

<sup>3</sup> Hartmut Häussermann in: Karen Ziener/Ines Carstensen/Elke Goltz (Hrsg.). Bewegende Räume – Streiflichter multidisziplinärer Raumverständnisse. Praxis Kultur- und Sozialgeographie | PKS 36; Festschrift anlässlich der Verabschiedung von Frau Prof. Dr. Gabriele Saupe am 26.11.2004

<sup>4</sup> Vgl. Wulf Tessin (2004): Freiraum und Verhalten, soziologische Aspekte der Nutzung und Planung städtischer Freiräume, Eine Einführung, Wiesbaden [Verlag für Sozialwissenschaften]

<sup>5</sup> Vgl. hierzu unter anderen: Ben Rodenhäuser (2008): An fremden Orten. Zur Urbanität der Spätmoderne, in: Christa Reicher u.a. (Hg.): StadtPerspektiven. Positionen und Projekte zur Zukunft von Stadt und Raum, Stuttgart/

Zürich S. ff

<sup>6</sup> Zur (Nicht-)Orientierung der planenden Fachleute am Stand der wissenschaftlichen Diskussion: Heidi Sutter-Schurr (2009): Freiräume in neuen Wohnsiedlungen – Lehren aus der Vergangenheit - Qualitäten für die Zukunft? Dissertation Aachen (zugleich: PT\_Materialien Bd. 23 Download: [http://www.pt.rwth-aachen.de/index.php?option=com\\_content&view=article&id=135&Itemid=93](http://www.pt.rwth-aachen.de/index.php?option=com_content&view=article&id=135&Itemid=93));

Vgl. auch: Klaus Selle, Heidi Sutter-Schurr, Lucyna Zalas: Theorie für die Praxis? Untersuchungen einer schwierigen Beziehung In: Annette Harth, Gitta Scheller (Hg.) Soziologie in der Stadt- und Freiraumplanung. Analysen, Bedeutung und Perspektiven. Wiesbaden [VS] S. 87-95

<sup>7</sup> Vgl. zur Entstehung und Entwicklung der Quartiere: Klaus Selle (Hg.) (2000): Arbeits- und Organisationsformen für eine nachhaltige Entwicklung, Bd. 2: Siedlungen bauen, Quartiere entwickeln. Beispiele aus der Praxis. Dortmund [Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur]; zum aktuellen Stand: Freiburg Quartier Vauban – <http://www.vauban.de/> sowie <http://www.freiburg.de/servlet/PB/menu/1167123/index.html>; Tübingen: <http://www.franzoesisches-viertel.com/> oder <http://www.tuebingen-suedstadt.de/9+B6JnJlbnRlclA9NyZjSGFzaDoyNTNlM2JhYWw4.o.html>

Es gibt auch Arbeiten, die »Urbanität« an Projekten diskutieren, die weder Quartiere sind (sondern nur – z.B. – umgenutzte Industrieareale) und in denen die Nutzung Wohnen gar nicht vorkommt; vgl. z.B. Martina Baum (2008) Urbane Orte. Das Urbanitätskonzept und seine Anwendung zur Untersuchung transformierter Industrieareale. Diss. Karlsruhe [universitätsverlag karlsruhe]

8 Jörn Walter (2008): Urbane Partitur. Leitbilder für die Hafencity. In: Bauwelt H.1-2/2008 S. 30 ff.

9 Diese Erkenntnis steht auch am Ende der bereits zitierten Arbeit von Martina Baum (vgl. FN 7) »Ein urbaner Ort, ein Raum mit Orts- und Erlebnisqualitäten ist, wie die vorgestellten Elemente zeigen, so vielfältig und facettenreich, dass er nicht planbar ist. ›Urbanität entsteht aus sozialen und kulturellen Prozessen... Urbane Orte bedürfen, wie die Definition zeigt, einer umfassenden Sichtweise und können nicht sektoral gedacht werden.«

10 Wolfgang Wackerl (2011): Die Entstehung und Entwicklung von Konflikten in Nutzungsgemischten Quartieren. Eine Untersuchung am Beispiel der ExWoSt-Modellprojekte Tübingen-Stadt, Essen-Weststadt und Berlin-Komponistenviertel. Diss. RWTH Aachen, S. 258;

In dieser Arbeit wird die Rolle der Akteure insbesondere mit Blick auf Entstehung und Bewältigung von Nutzungskonflikten deutlich herausgearbeitet: Es ist deren Interpretation der Situation, die ganz wesentlich darüber entscheidet, ob ein Konflikt zu einem Konflikt wird. Und es hängt vom Kommunikationsvermögen der Akteure ab, wie ein Konflikt thematisiert und bearbeitet wird. Dieser mehrfach wiederholte, nachdrückliche Hinweis richtet sich besonders an die planenden und bauenden Professionen, die Nutzungsmischung vorrangig als baulich-funktionales, immobilienwirtschaftliches und/oder rechtliches Problem begreifen und die soziale Dimension häufig ganz ausblenden.

11 Stadt Wien (MA 18)/TU-Wien (Department für Raumentwicklung) (Hg.) (2011): Plattform Erdgeschoßzone Wien; In dieser Broschüre wird auch die politische Grundlage dieser Initiative erwähnt – das Rot-Grüne Regierungsabkommen »Gemeinsame Wege für Wien« von 2010. Dort heißt es (S.28): »Florierende Straßen und belebte Plätze sind essenziell für die Lebensqualität in einer Stadt. Sie rücken daher verstärkt in den Fokus der Wiener Wirtschafts- und Regionalpolitik. Ziel ist es, die vermehrt auftretenden Leerstände von Straßenlokalen (insbesondere in ehemals florierenden Einkaufsstraßen) zu reduzieren, untergenutzte Erdgeschoßzonen zu attraktivieren, Strassenzüge durch einen guten Branchenmix an wirtschaftlichen Aktivitäten wieder neu zu beleben und den Großteil der Wiener Märkte an bestehende ›Best Practices‹ heranzuführen...«

12 Rittel, Horst W.L. (1992): Planen, Entwerfen, Design. Ausgewählte Schriften zu Theorie und Methodik, herausgegeben von Wolf D. Reuter (Reihe Facility Management Nr.5) Stuttgart/Berlin/Köln [Kohlhammer] S. 45;

Vgl. Klaus Selle (2005): Planen. Steuern. Entwickeln. edition stadt|entwicklung. Dortmund, S.385 ff.

13 Vgl. Klaus Selle (2005): Planen. Steuern. Entwickeln. a.a.O. (insbesondere Kap.8 sowie die Darstellung der Prozesse, die zu neueren Siedlungen führten in Sibille Hüchtker, Brigitte Scholz, Klaus Selle, Heidi Sutter-Schurr u. a. (2000): Siedlungen bauen, Quartiere entwickeln. Dortmund [Dortmunder Vertrieb für Bau- und

Planungsliteratur]

14 Es gibt m.W. bislang keine systematischen Untersuchungen, die diese Rekonstruktion der Prozesse aus multiaktorieller Perspektive leistet und dabei insbesondere den immobilienwirtschaftlichen Gesichtspunkten Rechnung trägt. Hier wird also auf eigene Beobachtungen (etwa zum Vulkan-Gelände in Köln Ehrenfeld – <http://www.vulkan-koeln.de/>, zum Zeitenströmung-Projekt in Dresden – <http://www.zeitenstroemung.de/> – sowie einigen Projekten im Ruhrgebiet und im Aachener Raum) Bezug genommen. Vgl. auch aus der Perspektive des Immobilienentwicklers zu einigen ungewöhnlichen Projekten im Züricher Raum: Steff Fischer (2011): Die Chance von Um- und Zwischennutzungen. In: ETH Forum Wohnungsbau (Hg.): Blick zurück nach vorn. Zürich S. 36 ff.

15 Gerade die Architektenschaft erweist sich hier anscheinend zumindest gelegentlich als schwieriger Kooperationspartner, da Architekten, wie das ein Entwickler ausdrückte, »viel zu sehr ihren eigenen Vorstellungen verhaftet sind, sich nicht auf den Dialog mit allen Beteiligten einlassen und so das Projekt erst gar nicht verstehen.«

16 Aus einem Gespräch mit Walter Asmus (Loft City, Wien) in: Der Standard v. 13./14. März 2010 (auch <http://derstandard.at/1268700734332/> Wo-Tauben-sind-fliegen-Tauben-zu; Zugriff 2.Januar 2012). Der Kontext: »Außerdem dürfen Sie nicht vergessen, dass wir den bestehenden Betrieben und den ersten Magnetten, die sich hier ansiedeln werden, preislich entgegenkommen müssen. Das sind Pioniere, die das Projekt marketing- und imagemäßig voll unterstützen. Wo Tauben sind, fliegen Tauben zu.«

17 Lüscher, Regula (2008): Städtebau als Prozess. Regula Lüscher im Gespräch mit Constanze Petrow. In: Garten + Landschaft Juli 2008, S. 15 ff.

18 [http://www.nzz.ch/nachrichten/zuerich/wer\\_urbanitaet\\_sucht\\_zieht\\_in\\_den\\_westen\\_1.760209.html](http://www.nzz.ch/nachrichten/zuerich/wer_urbanitaet_sucht_zieht_in_den_westen_1.760209.html) [Zugriff 2.Januar 2012] Inzwischen gilt der Zürcher Westen bereits als neue touristische Attraktion, womit die weitere Entwicklung zusätzliche spannungsreiche Impulse erhält: Vgl. City Guide Zürich. In: Die ZEIT No. 7/2012 S. 61 ff.

19 In der Konsequenz führt dies dazu, dass man heute zum Beispiel der »Bespielung« des öffentlichen Raumes besonderes Augenmerk widmet.

20 Vgl. FN 7

21 <http://www.neues-hulsberg.de/?tag=Aktuell;> vgl. auch die Beiträge in der Zeitschrift VIERTELLife Ausgabe 4/2011 S. 6ff. [Vision Verlag Bremen]

22 <http://194.95.255.228/NHForum/?p=52> [Zugriff 2.Januar 2012]

23 Dass die, die von »Gentrifizierung« reden, oft auch nur den Erhalt der eigenen Besitzstände meinen und schlicht gegen Veränderung sind, die von anderen ausgeht, bedarf hier nicht der Wiederholung, wurde kürzlich aber noch einmal sehr schön zugespitzt dargestellt: Andreas Thiessen (2012): Neue Spießler. Warum die übliche Kritik an der Gentrifizierung provinziell ist und zu nichts

führt. In: Die ZEIT vom 26. 1. 2012 (Nr. 5) S. 54; Online auch unter:

<http://www.zeit.de/2012/05/Gentrifizierung>

24 Für andere städtische Nutzungen – etwa Einzelhandel, Kultur etc. – müsste man die Entwicklungsdynamiken und Handlungsmöglichkeiten gesondert erörtern. Vgl. zum Folgenden zahlreiche Beiträge in: Gisela Schmitt/Klaus Selle (Hg.): Bestand? Perspektiven für das Wohnen in der Stadt. edition stadt|entwicklung. Dortmund [Verlag Dorothea Rohn]

25 Vgl. Guido Spars (2008): Megatrends und die Wohnungsmarktentwicklung. In: Schmitt/Selle a.a.O. (FN 24); Diese Entwicklung ist seit 20 Jahren bekannt und es kann dann nur mit dem kurzen Gedächtnis der Medien erklärt werden, wenn etwa auf der Titelseite der Berliner Morgenpost vom 13. Februar 2012 alarmistisch das Verschwinden von 50.000 Sozialwohnungen verkündet wird.

26 Zu diesen und weiteren Überlegungen zur Entwicklung der Wohnungspolitik vgl. ausführlicher: Klaus Selle (2008): Bestand? Kontinuität und Wandel eines Themas. Drei Anmerkungen zu drei Jahrzehnten Fachdiskurs. In: Schmitt/Selle a.a.O. S. 654 ff

27 Hartmut Häussermann und Walter Siebel (1981): Unpolitische Wohnungspolitik? In: Leviathan H. 3-4, S. 318 f.

28 Gemeint sind Ehepaare oder allein stehende Elternteile, deren Kinder die Vorortwohnungen und -häuser verlassen haben und die nun in für sie attraktive Kernstädte ziehen.

29 vgl. u.a. das Schwerpunktheft der disP (175/2008) zu diesem Themenkomplex

30 Siehe dazu z.B. Jan Bielicki (2011) Hauptstadt der Mieter. In: Süddeutsche Zeitung Nr. 212/2011 S. 4

»Viele Städte (haben) sich ihres wichtigsten Instruments beraubt, mit dem sie Einfluss auf den Wohnungsmarkt nehmen können ... Es geht darum, den sozialen Zusammenhalt in den Städten zu bewahren. In Berlin wie in den anderen Großstädten konzentrieren sich die Mietsteigerungen vor allem auf die gefragten Szeneviertel und angrenzende Gebiete. Die natürliche Folge: Bürger, die sich die teuren Wohnungen nicht mehr leisten können, werden verdrängt. Es muss aber für alle Schichten der Bevölkerung bezahlbaren Wohnraum geben – und zwar gut über das Stadtgebiet verteilt, nicht nur in unsanierten Problemkiezen und Großsiedlungen am Stadtrand. Nötig ist dabei nicht der große Wurf. Dazu sind die Probleme in den einzelnen Städten, ja sogar in den einzelnen Stadtvierteln zu unterschiedlich. Nur die

Kommunen wären in der Lage, in den Wohnungsmarkt genau da einzugreifen, wo es Not tut. Dazu müssen sie die finanziellen Mittel bekommen – und das Recht, selbst zu entscheiden, wo und wie sie den Wohnungsbau fördern.«

31 Klaus Illigmann (2010): Mut zu mehr Stadt. Zur Segmentierung des Wohnungsmarktes in den Großstädten. In: polis - Magazin für Urban Development H. 3/2010 S. 16 ff.

32 Gelegentlich ist die Agenda nicht mehr »verborgen«, sondern es wird offen ausgesprochen: »Was hat es uns denn gebracht, als wir für die Einkommensschwachen bauten? Die Probleme verfolgen uns noch heute. Jetzt sind einmal die anderen dran...!«

33 Vgl. z. B. die Beiträge von Uhde und Schwarzendahl in Schmitt/Selle (FN 24); zum Umgang mit kommunalen Wohnungsbeständen vgl. auch: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hg) (2011): Strategien der Kommunen für ihre kommunalen Wohnungsbestände – Ergebnisse der Fallstudien und Gesamtergebnis. Schriftenreihe »Forschungen« des BBSR. Berlin

34 Jörn Walter (2011): Wohnstandort Hamburg: Bewährtes und Begehrtes. In: ETH Forum Wohnungsbau (Hg) a.a.O. S. 13 ff. [FN 14]

35 Vgl. Heinz Nagler, Riklef Rambow, Ulrike Sturm (Hg) (2004) Der öffentliche Raum in Zeiten der Schrumpfung. edition stadt und region. Berlin [Leue Verlag]; Nina Overhageböck (2009): Öffentliche Räume unter Schrumpfungsbedingungen. Diss. RWTH Aachen

36 Wüst 2004, 43

37 Wer an dieser Fortsetzung interessiert ist: Siehe FN 1 38 Karl Schlögel (2005) Europa neu: Abenteuer der Zeit, Abenteuer im Raum. In: werkundzeit H. 1/2 2005; S. 14

39 Rüdiger Korff (2011): Einführung: Wie urban ist die Welt? Megastädte und die zunehmende Urbanisierung. hgg. von der Bundeszentrale für politische Bildung; <http://www.bpb.de/themen/3XWP6D.html>

40 Auch Salin war dieser Idee der Herrschaft einer bürgerschaftlichen Elite verpflichtet. Bereits zitiert wurde der Satz »Urbanität ist immer eine Zeit der Wenigen« (FN 2)

41 Hier ist einem Rückfall in den Mythos der »bunten Stadt«, der Einheit der Vielen vorzubeugen und an die in Folge 3 illustrierten Trennungen zu erinnern. Thomas Krämer-Badoni spricht in diesem Zusammenhang zutreffend vom »Nebeneinander von Vielheit« (zitiert nach: Felicitas Hillmann (2010) Internationalisierung von unten. In: Johannes Müller (Hg.) Architektur und Baukultur. Reflexionen aus Praxis und Wissenschaft. S. 98-111

## A Review on Recent Literature: Public-Private Open Space Development in the United States



### I. Introduction

This paper surveys the recent literature and findings from municipalities on public-private relations in open space development in North America. This review showcases case studies and strategies for small-scale open space development, beginning with incentive zoning (for atriums and plazas) and Business Improvement Districts (BIDS)/Park Improvement Districts (PIDS). In addition, large-scale open space development strategies are examined, in particular a) the use of large park development corporations, b) non-profit involvement in maintenance and operations and c) philanthropic model.

A survey of recent literature suggests that overall, academics and theoreticians in North America are extremely wary of the public-private open space development. According to the academic world, privately owned public spaces (POPS) are an assault on the public body and threaten free speech and civil liberties (Kohn 2004). POPS within the City of New York have undoubtedly undergone the most critique. This is due to the attention they have received as a result of the implementation of new incentive zoning initiatives beginning in the 1960s, and William Whyte's (1988) associated studies of these subsidized plazas during the 1970s. Since then, NYC POPS have been scrutinized by many authors (Miller 2007; Kohn 2004; Cybriwsky 1999; Kayden 2000).

The practitioner's viewpoint and developer's viewpoint suggests just the opposite of skepticism for future public-private partnerships. In fact, no longer are developers disinterested in the production of open spaces or willing to provide the bare minimum as Whyte (1988) and Barnett (1982) once thought. As Shepard and Smithson (2011:58) note, this »cheaper developer« argument no longer holds true. On the contrary, the future appears hopeful for both planners and developers. Evidence produced in a joint study by the Urban Land Institute (ULI), Gensler and the Urban Investment Network (2011:3) found that 84% of real estate developers, investors, consultants and public sector workers across Europe believe that both the private sector and the public sector should be responsible for park develop-

Nicola Szibbo is a PhD student in the Department of City and Regional Planning at UC Berkeley. At UC Berkeley, Nicola has worked for the Center for Resource Efficient Communities (CREC) and Global Metropolitan Studies (GMS) researching sustainable community strategies. She has also worked for the City of Surrey, in British Columbia and the Port of San Francisco on their greenways, parks and open space designs and best practice guidelines. Nicola obtained her BA in Anthropology from the University of British Columbia, and her Masters in City and Regional Planning from UC Berkeley. Her dissertation research is centered on sustainable urban design and community energy systems.

ment. In addition to this, the study also found that 100% of developers are willing to engage in the development of park spaces. In short, developers around the world are realizing that there are large financial benefits to integrating publicly accessible parks & open space within their developments. The ULI study showed that 95% of respondents believe that open space adds value to commercial property. Undeniably, the private sector »wants in« and is willing to take part in the provision of open spaces and parks.

The numerous public-private co-productions in North America—The High Line in New York, Brooklyn Bridge Park, Millennium Park in Chicago, Seattle's Olympic Park—all reveal that city governments and the private sector are collaborating on a daily basis, mainly for large-scale park infrastructure. Incentive zoning is no longer the only strategy that is utilized, the range of tools has expanded to BIDs for small-scale open space development, and for large scale development corporations, cooperation with non-profit groups, and philanthropy. The planner's toolbox has drastically expanded since incentive zoning began in the 1960s, to include a much wider palette for ensuring vibrant city spaces.

## I. Small-Scale Open Space

### a. Incentive Zoning & POPS in New York: The Early 2000s

Kayden's (2000) joint work with the City of New York sought to document New York's POPS systematically for the first time. With a law degree in hand, Kayden's perspective brought a fresh approach to the planning field. Instead of focusing mainly on the user or amenities as Whyte (1988) had previously done in his work, Kayden analyzed the legal property relationships and the various actors involved in the open space production, and documented them spatially in his work. In this aspect, Kayden's work was »relational« in the sense that he sought to expose seemingly invisible private and public boundary lines. Accounts are also given for process and enforcement, and in that sense his work provides practical utility to the planner. What was interesting about Kayden's work is that he was the first to construct a typology for these POPS. Included in his typology were »open air concourses«, »sidewalk widening«, »covered pedestrian spaces«, »through block connec-

tion«, »through block galleria« and »elevated plazas« (2000:31-38). Kayden's study is useful as, although it does not focus specifically or go into great detail regarding the open space development process of one or two POPS, it does illustrate a comprehensive attempt to thoroughly and meticulously create an initial inventory for public perusal.

Németh and Schmidt (2007; 2011) and Németh (2009) have more recently followed up on Kayden's work, by examining the bonus density space management in New York. They laud his work by suggesting that few have worked with the valuable database he created or conducted a secondary analysis from his compilation (Jeremy Németh 2009:2466).

In 2007, the authors developed an interesting methodological approach that includes an index, which quantifies the degree to which behavioral control is exerted over users of publicly accessible spaces. The index is comprised of 20 variables that measure everything from regulations on access to intensity of policing and surveillance. Half of the variables measure user control, and half measure the free, open use of space. For categorical purposes, the variables were then organized into seven main categories based on previous public space literature developed by Smithsimon (2008): filtered spaces, uninviting spaces, fortress environments, panoptic places, consumption spaces, eyes on the street and small-scale design. A scoring system of 0, 1 or 2 was then used to judge the presence and frequency of specific elements or characteristics, versus subjective feelings of security and control. The overall score is calculated by subtracting the score for all features that control users, from the score for all features that encourage freedom of use.

Németh (2009) applied this index to 163 bonus spaces within 93 buildings in Central Midtown Manhattan within New York, periodically visiting the sites from 10am-2pm, when the highest usage generally occurred. »Filtered spaces« usually scored well, as many of the bonus plazas had elements such as subjective and general rules posted, public art & statues, small-scale food consumption and security personnel. With the regards to »uninviting spaces«, the plazas scored in the negative, meaning that within these spaces, there were not various microclimates available, there were a lack of diverse seating, a lack of lighting at nighttime and the absence of signs announcing public. Németh references that these spaces are evocative of what Kayden's

(2000) and Whyte (1988:134) describes as 'marginal' bonus plazas. The scoring for the »Fortress environments« categories suggested that there were constrained hours of operation for the bonus plazas, yet a lack of accessible/convenient entrances. With regard to »panoptic places«, the plazas were high scoring, with over 95% of the bonus spaces in Central Midtown possessing two or more cameras. In assessing »consumption spaces«, Németh found that provision for washrooms was high, in areas of restricted use (cafes, restaurants), mostly due to a phenomenon Kayden (2000) and Kohn(2004:5) call »café creep«, »trattoria trickle« or »brasserie bulge.« This occurs when the private restaurant or café extends their boundary over the legally sanctioned property line. The category »eyes on the street« received high scores as well, and in this case was measured by the variable of whether or not janitors, doorkeepers, waiters were present (contrary to Jane Jacob's notion that 'eyes on the street' should consist of local neighbors). The final category—»small-scale design«—consists of design elements to imply inappropriate use in a public space, such as unsittable ledges, or spikes and metal facets to prevent skateboarding. This category scored quite highly, so it is Németh's opinion that it represents the manipulation of a public space to seem like a private realm.

From this empirical analysis, Németh (2009: 2480) has found that bonus space / POPS managers implement a variety of techniques to control who uses the space and how. Filtered spaces and the use of panoptic techniques, such as 'eyes on the street' can create limitations on activities that take place in the space.

### a. POPS in New York: A Case Study Critique of Atriums

#### The IBM Atrium

Whereas Kayden's (2000) study is not as aggressive in its critique (as it is jointly produced by the City), and Németh's (2009) is fairly quantitative —some authors have chosen to illuminate the precarious nature of POPS by examining the process of management through detailed case studies. More recently, Christine Miller (2007) has examined the outcome of three atrium POPS case studies in New York City: IBM, Sony Plaza and Trump

Tower. Atriums are interesting POPS as since they are almost always wholly enclosed and surrounded by private retail, the tendency for them to function as truly public spaces is highly variable.

According to Miller (2007: 71) in 1983 when the IBM atrium opened, it had fulfilled most of the POPS regulatory requirements set out by New York City. The POPS requirements included the provision of moveable chairs, clear view out to the street, a food kiosk, and entrances at street level. Edward Larrabee with Zion & Breen (of Paley Park fame) designed the IBM atrium, in consultation with Whyte, who had defined POPS criteria based on his user studies. Included in the design were 11 bamboo plants, which created a grove-like atmosphere within the building and lent to its popularity among the public. For 10 years, the IBM atrium was considered to be one of the exemplary POPS in New York City.

However, when the ownership of the IBM building changed in the 1990s, the new owner and real estate developer, Minkshoff decided to make some changes. Within the POPS New York regulation, there is provision for changes, both major and minor. Major changes consist of when the square footage is altered and required a land use review by the planning commission, versus minor changes, which do not (the difference is supposed to be »intuitive.« As Minkshoff was not changing the square footage but merely rearranging the space to display supposedly 'public art', he was allowed to alter the original design without much due process. The City merely required that none of the art on display could be for sale, since it would stipulate a conflict of interest.

Sadly, he removed 3 of the 11 bamboo pots, which had added to the arboreal nature of the space. In addition, the moveable chairs Whyte had so dutifully propounded as necessary to a vibrant public space were also replaced by 'fixed' furniture. To make matters worse, Minkshoff temporarily shut the new 'gallery space' for private events and functions.

In brief, the IBM atrium study illustrates the fragile nature of amenities provided within a POPS, and how POPS cannot guarantee vibrant spaces when mercenary interests become involved. Miller makes it clear that the problem is with contract enforcement and regulation, which is still a continuing problem today.

### Sony Plaza

Miller's (2007: 93) case study on Sony Plaza illustrates how easily a seemingly public place can become a private place in terms of restrictions on public use. Once Sony had acquired the old AT&T building, they had to go through an approval process with the planning commission for the re-design of the atrium, as they required a reduction in the amount of square footage. Their proposal was approved as they played calculus with the numbers and illustrated that even though they were providing less square footage than the original in the AT&T building, they would in turn be providing the public with more amenities (moveable tables & chairs, restrooms etc) and it could now be used year-round since it formerly had been an arcade space.

While changes between 1975-1999 have been critical in increasing amenities such as trash receptors, they have not been able to secure public access. Miller vies that the space is increasingly less and less public, since there is a code of conduct that is imposed on all users. Because the targeted consumer at Sony Plaza is children, enforcement of the code of conduct is quite stringent. The code of conduct does not allow sleeping, loitering etc. As such, the homeless are removed from the plaza if they are found to be infringing on the code. According to the NLCPH, the »criminalization« of homelessness is a problem in indoor spaces in New York City. A few lawyers have attempted to litigate against Sony's restrictive code, but with vagrant plaintiffs such cases become difficult. Such restrictive codes of conduct reflect the campaign against homelessness in the City. Miller suggests that from the Sony Plaza case study that access must be secured for all types of users, as it is the right to the city, in a non-discriminatory fashion.

### Trump Tower Atrium

The Trump Tower Atrium & POPS best illustrates how intended public spaces can easily be demarcated as visually private spaces. Unbeknownst to most, Miller (2007: 118) states that Trump tower has a surprising amount of POPS hidden within the building. The plethora of POPS within the building is mainly due to the fact that Trump acquired several zoning bonuses for adding 5 extra floors of retail—which allowed him to build more residential and make a profit (he even secured

the air rights above Tiffany's so he could use the view-in-perpetuity as an extra selling point for his condos!). Unfortunately, many of the POPS are tucked away into the building (for example, the public washrooms are below grade).

Most authors have tended to steer clear of Trump's garish building, as aesthetically it is considered to be a rude awakening to the excesses squandered by the upper echelons of New York. Miller vies that the Tower itself does not facilitate access to the open space within, but rather allows people to discover a »private empire.« The iconic doorkeeper, of The Apprentice fame, even guards the entrance to the tower, and acts as a symbol of one's transition into the private realm.

What is interesting is that records show that once the building opened, Trump began to disobey the contract with the City about its opening and closing hours (there is a provision that POPS must be made available for public access 7am-8pm/10pm (NYC Department of City Planning 2011)). In addition, benches, originally designed as public seating spaces, were turned into decorative elements, imposed with flowerpots on them. The City perceived this non-compliance to be problematic, which resulted in members from the planning department continually sweeping the building in order to enforce the regulation. Although Trump Tower is considered to be one of the more successful POPS in New York, Miller contends that is mainly a result of the close scrutiny the New York City Planning Department has kept on the Tower. The bottom line, however, is that Trump Tower, although public, is ultimately a place to demonstrate private wealth and excess. Other authors, such as Shepard & Smithson (NYC Department of City Planning 2011) are skeptical as well of Trump Tower and its POPS, and see it as emblematic of the future of gated, private spaces to come.

### a. POPS in New York: A Critique of Plazas & Process

In an effort to critique the bonus plazas in New York, Shepard & Smithson (2011) have developed an interesting method to assess the success rate and relationships between actors. In a multi-method approach, they collected a variety of data from diverse sources in order to illustrate more clearly the public-private relationships. They have compiled quantitative

data (scores & grades) from Kayden's (2000) *Privately Owned Public Spaces*, individual architect and planner interviews, the NYC Planning Department archives and field operations in order to reach some conclusions about roles, behaviors and the involvement of developers in the plaza development process.

Quantitative findings from this process reveal that the architects had less influence in the quality of a New York Plaza than did the developers. By correlating the series of grades earned for bonus plazas on a scale of 1-5 (5 being the 'best' or highest on the scale) between architects and developers, Shepard & Smithsion (2011: 62) were able to critically assess not just the spaces, but also the success rate between the actors. The developers and the architects who received the highest and most consistent scores (and the least standard deviation) had produced more successful places and »controlled the shots« (Shepard and Greg Smithsion 2011:61). Interestingly, overall, the developers were more consistent than architects, had less deviation, and therefore more influence. Shepard and Smithsion (2011) argue that it is essentially the patrons, the developers that control and produce the space—not the architects.

This questions the presumption that barren plazas in New York are the result of developers simply endeavoring to »be cheap«, functional, and concerned with maintenance & liability (Barnett 1982) and nothing more. Barnett (1982) in his writing has stated that developer's concerns are constitutive of two worries within a 'profit motive' framework: insurance and liability being one, and maintenance on the other hand. As such, if these two goals are met, the developer is satisfied as the plaza space merely becomes a place for people to admire it briefly and then be on their way. However, this situation is not so simplistic, and Shepard and Smithson argue against this claim.

Interviews with architects confirm Shepard & Smithsion's (2011: 65) claim that a profit motive would not lead developers to disinvest money in their plazas. In fact, most interviewed architects stated that the developer usually wanted plazas to succeed because attractive, well-used, well-maintained plazas added to the appeal of the building. Thus, in fact, it is the developer that actually played the role in architectural style and outcome. Thus, Shepard & Smithsion also question Jane Jacob's and Tom Wolfe's attacks on modern plaza architecture as the cause of the barren

plaza. In short, developers are the actors who should be questioned regarding the failure of the plaza, due to the ultimate influence they exert.

#### **a. POPS in LA, San Francisco & the Bay Area: A Critique of Plazas**

While POPS have traditionally and most notoriously associated with New York, admittedly the privatization of public spaces is occurring on the West Coast of North America as well. In her study of Los Angeles, Loukaitou-Sideris (1993) illustrates that urban plazas are not equally accessible and cannot be used in the same manner and with the same liberties that traditional public spaces offer.

In her study, Loukaitou-Sideris (1993: 143) examines the »effects of privatization on the physical layout and the social uses of space.« She selects three plazas in different parts of LA: Security Pacific located in Bunker Hill, Noguchi in Little Toykyo and Citicorps within the financial core. In terms of methodology, Loukaitou-Siderious used a multi-method approach: she obtained interviews with key actors such as developers, architects & CRA (Community and Redevelopment Agency) officials, collected archival material and developer agreement documents, user surveys following a standard questionnaire and also structured observations at specific time intervals on both weekends and weekdays. Her appendices at the end of the article are useful as they include the survey questionnaire/numerical results and her observation protocol.

Similar to Shephard and Smithson (2011), Loukaitou-Siderous (1993:150) found that developers in the 1980s in LA had the upper hand in the negotiation process, and wielded the most power in the plaza development process. She further found that since the CRA wanted to encourage development and private initiative, that the guidelines created for these plazas and parks were »loose and flexible«, as a result of their dependency in the matter. She vies that from an architectural perspective, the designers played second fiddle to the wants and desires of the developers. Thus, control, protection, social filtering and manipulation of user behavior were evoked in the orderliness and rigidity of the plazas designs. From an aesthetic perspective, they are cold, corporate, post-modern spaces with little life.

In terms of management and control, the Bunker Hill plazas were marked by stringent

regulation. Political events, and generally harmless users, such as ‘bag-ladies’ and noisy children, were considered a threat to the space by those whom the author interviewed. Like Barnett (1982), she propounds that private developers are concerned with three main issues: maintenance, liability and marketing. Any users that threaten the safety and order of these practices are excluded from the plaza, such as the homeless or those practicing free speech.

From her observational studies, Loukaitou-Sideris (1993: 155) also notes that the plazas were used mainly by individuals, since originally they were constructed for white-collar office employees during lunch breaks. »Solitude« was noted as a common survey response as to why people come to these three plazas—not for communality or mixing with people from different social strata. She argues that these three corporate plazas are segregated from truly ‘public life’ and do not allow for public engagement.

In brief, Loukaitou-Sideris (1993) makes the case that the private sector is in a better position to determine the outcome of the plaza development process, and collaboration between the CRA and the developer is unequal in terms of power relations. She contends this needs to be re-balanced. She also calls for a new plurality and diversity within the provision of public open spaces—new spaces, which are not just for white-collar workers. She argues that the lack of strategic planning in LA toward handing out density bonuses is dangerous, and it opens up a ‘can of worms’ with regard to creating a fragmented, public environment.

In Crawford’s (1995) article, which followed on the heels of Loukaitou-Sideris’ paper, she takes a more positive approach, in opposition to those who lament the loss of open space. She vies that people are re-defining the public sphere through their »lived experience«, and initiating counter-publics in the wake of recent privatization of public realms. Here she investigates street vending by Latinos, and the plight of the homeless as forms of »insurgent citizenship.« These two groups of actors articulate their demands and right to the city in the face of global corporatism. Although less rigorous an article in its scholarship and methodology compared to Loukaitou-Sideris’ article, it does remind the reader that contestation is occurring within privately-owned public spaces within the bounds of LA, and that not all public plazas are devoid of life.

### a. BIDs (Business Improvement Districts)

Business Improvement Districts (otherwise known as BIDs, or self-assessment districts) are districts that provide services to a municipality. These services usually consist of: cleaning streets, providing security, making capital improvements, marketing the area, and the construction of pedestrian and streetscape enhancements. These businesses pay an additional fee or self-assessed property tax in order to fund these services and improvements within the district’s boundaries, which they decide themselves how to spend or in some cases the city will apportion the funds appropriately. In some instances, the businesses can even receive tax abatements from the municipality for implementing a BID. Business Improvement Districts are most appropriate for the scale of the streetscape and the pedestrian plaza, versus large-scale open space development.

As Symes & Steel (2003) note, BIDs were originally implemented in Canada beginning in the 1970s, and thereafter became more widespread in both Canada and the United States during the 1980s and 1990s, especially in cities that had weakened tax bases during the recession period. Combating crime and promoting a clean, safe, walkable neighborhood is a common goal of these districts, with revitalization in mind.

Interestingly, most of the literature on BIDs in North America comes from either a legal or an economic development focus, which is logical given the role they play in urban rejuvenation. Anecdotal findings from the work of Symes and Steel (2003:311) suggest that the hardest part of implementing BIDs is convincing business owners that they are beneficial and overcoming initial stakeholder scepticism regarding the process. If a pilot BID scheme can initially be set-up in one part of the city, this usually can demonstrate their success, and convince local business owners that ultimately BIDs are profitable. Thus ‘pilot’ BIDs are an excellent initial strategy, especially if they have the support of the city. Grossman (2010) notes in a 2008 study of BID managers in the US, that managers identified their BIDs as PPPs (public-private partnerships) and themselves as managing a PPP. In addition, the BID managers stated that a key factor in determining the success of a BID was how well the partnership was managed. As such, the relationships and shared roles between actors in BIDs have important implications for urban governance and management.

Once implemented, business owners within a BID are willing to pay higher fees or 'taxes' on a yearly basis, but only if they maintain a high degree of control over how these annual fees are spent. Although Symes and Steel (2003: 311) judge BIDs as a relative success story in the United States, they bring up issues of access and portray BIDs as instigators of both 'Disneyfication' and gentrification, since they are »increasingly manicured and designed with a certain type of citizen in mind.«

In his recent study of BIDs in Washington, DC, Lewis (2010) found that BIDs provide a 'watchdog' role within neighborhoods, keeping the City on its toes in terms of service provision and leading by example. On one hand there is tension in that the BIDs do not want to let the municipal government »off the hook«, yet often they find themselves not only in the role of the civic booster, but also the primary service provider. In DC, BIDs often care not only for decrepit and forgotten alleyways, but also for the hundreds of derelict parks, which are in fact the responsibility of the federal government but a low priority compared to larger federal parks such as Yellowstone (Lewis 2010:205). In effect they save the city a lot of work, but they aren't 'legally' supposed to take on this role, since it is technically the responsibility of the municipality to provide services in these open spaces. However, BID services provision is not »uniform« throughout cities, as noted by Mitchell (2003:230), and in his study found that BIDs with large budgets are likely to take on a range of services including maintenance and operations, while smaller BIDs provisioned only capital improvements. Lewis (2010) notes that aside from the success of the BIDs, questions regarding the further retreat of the municipality, public accountability and marginalization of users are hindrances to the implementation of BIDs. They are simultaneously effective as urban regeneration tools but problematic at the same time.

Although BIDs have no strong academic proponents at the moment (most cite social exclusion and access as irreconcilable predicaments), they have gained a lot of ground in the United States and Canada as regeneration strategies for small parks, corridors and streetscapes. Current examples of successful business improvement districts in the Bay area include the Rockridge District Association in Berkeley-Oakland, and Union Square in San Francisco.

## I. Large Scale Open Space

### a. Development Corporation

During the 1990s, the development corporation model and strategy for parks and open space creation began to take hold in California. Sagalyn (1997) has reviewed the public-private development project of California Plaza in Bunker Hill in Los Angeles, and compared it with San Francisco's Yerba Buena Gardens, which the SFRA (San Francisco Redevelopment Agency) built directly. In this article, Sagalyn (1997) takes an economic cost-benefit perspective with regard to the public-private relationship in open space development, choosing to emphasize the fiscal gains and losses within each development, rather than focusing on the user or provision of amenities.

With regard to LA, the CRA (California Redevelopment Agency) chose to »avoid the problems and liabilities of brick and mortar development« (Sagalyn 1997:1967), handing over the project in a turnkey strategy for the private side to develop upfront. In this sense, the CRA was giving up immediate financial return for the project, in exchange for front-end investments in the park and related amenities. Due to the contractual obligations set force, there were financial incentives for the developer to move from one phase to the other, thus enabling the public sector to monitor potential slippage. Walking out on the project is not an option for the developer, given the performance-based incentives for hitting benchmarks.

In contrast, the City of San Francisco wanted to maintain control over the Yerba Buena Gardens project, given the sensitive nature of past redevelopment projects in the city. As such, they pursued a 'bucket approach' of phasal development, parceling up the site and developing it in pieces so that they collected revenue gradually and did not move into the next phase until the prior had been completed. This provided the SFRA with a degree of control over the project, but increased risk if they failed to proceed accordingly.

Sagalyn (1997) notes that neither of these two park development projects proceeded without hindrances, but they each illustrate a way of balancing risk and control in a project. In LA, the CRA ceded the risk to the developer in a formalized P3 contract. Conversely, the SFRA maintained control of the project, but held the fiscal risk. She notes that private development is not the best way to determine public capital-investments, but given increa-

sing fiscal pressures faced by city officials, it has now become mostly the exception rather than the rule.

Importantly, since Yerba Buena and Bunker Hill, the development corporation model has gained ground in other cities in the 2000s, especially New York. No theoretical work has yet been published on these new emerging cases, but municipal actors such as Adrian Benepe have begun to analyze projects such as the Brooklyn Bridge Park which brings to the forefront of parks planning the prospect of emerging strong park development corporations. In the case of Brooklyn Bridge Park, a 17-member development corporation was appointed by Mayor Bloomberg to oversee all aspects of park development (including maintenance and operations). Brooklyn Bridge Park's financing model is unique because the corporation plans to dedicate a few select parcels within the park toward housing and residential land use. From these parcels, they hope to leverage the increase in tax revenue to be directed toward park operations and maintenance (Brooklyn Bridge Park Development Corporation 2011). As such, the park will ultimately be »self-sustaining«, in combination with funds from concessions throughout the park. Other waterfronts are following this model. The plan for San Francisco's south waterfront also hopes to capitalize on this revenue-generating residential development model. Whether this model will ultimately be successful in Brooklyn is in question, and already there are increasing concerns that private residences will block public views and increase traffic. However, the Park construction is currently proceeding in phases, collecting concession funds in the process. The Brooklyn Bridge Park Conservancy, a registered non-profit, also raises annual funds for park programming, although they play 'second fiddle' to the development corporation.

#### a. Non-Profit

In contrast, the development of the High Line in Manhattan, NY and Concrete Plant in are exemplary case studies in which a non-profit group has taken on a primary role in maintenance and operations, and in the case of the High Line, helped with financing. Beginning with a few outspoken residents, the Friends of the High Line group managed to mobilize and save the defunct elevated rail infrastructure that was once slated for demolition. Since registering and becoming a recognized 501(c)

(3) non-profit group, the »Friends of the High Line«(2010) has so far managed to provide over 70% of the High Line's operating budget, no small feat. Their volunteers regularly patrol the park and provide a public presence. The High Line is now one of the most recognized and innovative park models in the world, providing much needed green space within Manhattan's urban jungle.

Following this non-profit model, Concrete Plant Park, located in the Bronx, is special because it truly illustrates how a grassroots, community development project can materialize with regard to environmental justice issues. Once the site of a decrepit concrete manufacturing plant, in an area plagued by environmental health issues such as asthma and obesity (NYC Department of Health and Mental Hygiene 2003, 2007), the idea of creating a local park was incredibly important from a public health perspective. The local Bronx community banded together through the Youth Ministry for Peace and Justice and the Bronx River Alliance, and engaged in a partnership with the City of New York to preserve the space for parkland (NYC Department of Parks and recreation 2011). The Bronx River Alliance is now responsible for maintenance and operations in the park, and the project is a testament to how non-profit groups can contribute to planning 'in their own backyard.'

#### a. Philanthropy

Seattle's Olympic Sculpture Park is more representative of the 'beneficiary' model of park development. In the development of Olympic Sculpture Park, the Seattle Art Museum (SAM), the Trust for Public Land (TPL) and the City of Seattle and King County and UNOCAL (Union Oil Company of California) all collectively came together in the Olympic Park development process. The SAM was fortunate enough to receive a \$30 million dollar donation toward the park from John & his wife Mary Shirley, SAM Trustee and former Microsoft president (Alan Berner 2010). The SAM worked with the TPL to purchase the property from UNOCAL. While SAM owns the UNOCAL parcel, the Parks Department within the City of Seattle and King County have leased part of the Alaskan right-of-way on Broad Street to SAM in order to ensure full public access to the waterfront. Today, the park stands as a successful reminder of returning Seattle's waterfront back to the public.

Other examples of philanthropy and the private donor model include Chicago's Millennium Park, where just under half of the park's capital funds (200 million US) came from private donors (Green 2004). Sprinkled throughout the park are places named in honor of the private contributors: BP Pedestrian Bridge, McCormick Tribune Plaza, the Lurie Garden, Wrigley Square, Bank One Promenade. However, exclusion issues have arisen when facilities have been booked for private all-day events, preventing public access to supposedly open spaces (Herrmann 2006; Ahmed-Ullah 2005). It is pressing questions like this regarding public access, programming and event planning that will need to be addressed in the near future if such public-private partnerships are to be at all successful.

### Conclusion:

This paper has examined the recent literature regarding parks and open space development. It suggests that strategies for park development can be broken down by scale: incentive zoning and BIDs for small-scale parks, plazas, open spaces and corridors, and development corporations, non-profit involvement and benefactor models for larger park development. It is a step forward in attempting to reconceptualize for city governments how to develop parks and open spaces effectively, given spatial constraints and context. The current retreating role of municipalities (fiscally and politically) suggests that research into public private park development is not only necessary, but imperative at this time.

### Works Cited

Ahmed-Ullah, Noreen. 2005. »No Walk In The Park.« Chicago Tribune (IL), September 9 Retrieved August 2, 2011 ([http://articles.chicagotribune.com/2005-09-09/news/0509090139\\_1-millennium-park-xavier-dominicis-toyota-motor-sales-usa](http://articles.chicagotribune.com/2005-09-09/news/0509090139_1-millennium-park-xavier-dominicis-toyota-motor-sales-usa)).

Barnett, J. 1982. An introduction to urban design. Harper & Row New York.

Crawford, Margaret. 1995. »Contesting the Public Realm: Struggles over Public Space in Los Angeles.« Journal of Architectural Education (1984-) 49(1):4-9. Retrieved June 15, 2011.

Cybrivsky, Roman. 1999. »Changing patterns of urban public space: Observations and assessments from the Tokyo and New York metropolitan areas.« Cities 16(4):223-231. Retrieved June 15, 2011.

Green, M. Spencer. 2004. »Chicago finally gets it Millennium Park.« USA Today, May 16 Retrieved ([http://www.usatoday.com/news/nation/2004-05-16-millennium-park\\_x.htm](http://www.usatoday.com/news/nation/2004-05-16-millennium-park_x.htm)).

Grossman, Seth A. 2010. »Reconceptualizing the Public Management and Performance of Business Improvement Districts.« Public Performance & Management Review 33(3):361-394. Retrieved August 14, 2011.

Herrmann, Andrew. 2006. »Allstate pays \$200,000 to book Millennium Park for one day.« Chicago Sun-Times (IL), May 4, Final, 16 Retrieved August 2, 2011.

Kayden, Jerold S. 2000. Privately owned public space: the New York City experience. John Wiley and Sons.

Kohn, Margaret. 2004. Brave new neighborhoods: the privatization of public space. Routledge.

Lewis, Nathaniel M. 2010. »Grappling with Governance: The Emergence of Business Improvement Districts in a National Capital.« Urban Affairs Review 46(2):180-217. Retrieved June 15, 2011.

Loukaitou Sideris, A. 1993. »Privatisation of Public Open Space: The Los Angeles Experience.« The Town Planning Review 64(2):139.

Miller, Kristine F. 2007. Designs on the public: the private lives of New York's public spaces. U of Minnesota Press.

Mitchell, Jerry. 2003. »Business Improvement Districts and Innovative Service Delivery.« Pp. 217-240 in New ways of doing business, edited by Mark A. Abramson and Ann M. Kieffaber. Rowman & Littlefield.

NYC Department of City Planning. 2011. »Current Public Plaza Standards.« Privately Owned Public Space. Retrieved July 19, 2011 ([http://www.nyc.gov/html/dcp/html/pops/plaza\\_standards.shtml#hours](http://www.nyc.gov/html/dcp/html/pops/plaza_standards.shtml#hours)).

Németh, J., and S. Schmidt. 2007. »Toward a methodology for measuring the security of publicly accessible places.« Journal fo the American Planning Association 73(3):283-297.

Németh, Jeremy. 2009. »Defining a Public: The Ma-

nagement of Privately Owned Public Space.« *Urban Studies* 46(11):2463 -2490. Retrieved July 18, 2011.

Németh, Jeremy, and Stephan Schmidt. 2011. »Publicly Accessible Space and Quality of Life: A Tool for Measuring the Openness of Urban Spaces.« Pp. 41-66 in *Quality-of-Life Community Indicators for Parks, Recreation and Tourism Management*, vol. 43, edited by Megha Budruk and Rhonda Phillips. Dordrecht: Springer Netherlands Retrieved July 20, 2011 (<http://www.springerlink.com/content/ko75324m6861532g/>).

Sagalyn, Lynne B. 1997. »Negotiating for Public Benefits: The Bargaining Calculus of Public-Private Development.« *Urban Studies* 34(12):1955 -1970. Retrieved June 15, 2011.

Shepard, Benjamin, and Greg Smithsimon. 2011. *The*

*Beach Beneath the Streets: Contesting New York City's Public Spaces*. SUNY Press.

Smithsimon, G. 2008. »Dispersing the crowd: bonus plazas and the creation of public space.« *Urban Affairs Review* (43):325-351.

Symes, Martin, and Mark Steel. 2003. »Lessons from America: The role of Business Improvement Districts as an agent of urban regeneration.« *Town Planning Review* 74(3):301-313. Retrieved August 14, 2011.

ULI Europe, Gensler, and Urban Investment Network. 2011. »Open Space: an asset without a champion?« Retrieved June 15, 2011 (<http://uli-europe.org/content/open-space-asset-without-champion>).

Whyte, William H. 1988. *City: Rediscovering the Center*. Doubleday.

## Privately owned Public Space: Japan's uncontested corporate Commons

This essay discusses the proliferation of one of the most significant categories of publicly usable space in contemporary metropolitan Japan. It explores when and why the government began to shift the production of public spaces to private actors and discusses how these spaces changed over the last forty years from 'dead public spaces (Sennett 1992) to "total landscapes of work and leisure" (McDowell 1997). Interestingly, this qualitative transformation of a significant chunk of urban matter was less triggered by the pressure of civil society, or government planners for high quality urban environs but rather stemming from market mechanisms that identified public space as important means for location branding.

So-called 'privately owned public spaces' (POPS), or *Kôkai Kûchi* in Japanese, are a quantitatively important phenomenon in the geography of major Japanese cities. Over the last four decades they have been created at the foot of hundreds of downtown high-rises through incentive planning. In this public-private partnership the public sector facilitates and regulates the private production, ownership and management of publicly usable space by granting builders bonus floor area that exceeds the limits stipulated by zoning. Although these spaces remain legally in private ownership, regulations requires them to be open to the public.

Often POPS are cited as key witness for a supposed privatisation of the public realm, but this notion can be misleading. The term privatisation suggests a process, in which previously public assets are given to private

hands, thus somehow diminishing public space. This is rarely the case with reference to incentive zoning in Japan; a planning tool that creates new publicly usable spaces on private land that was not necessarily accessible before. When Loukaitou-Sideris (1993), Cybriwsky (1999), or Sorensen (2003) criticise privatisation of public space in this context, they support this misconception. Clearly, no existing public space is taken away here, but instead a specific kind of, admittedly, privately controlled, yet publicly usable space is newly added to the public realm. This alone is an important achievement for Japanese cities that are marked by extreme densities, a severe shortage of open spaces and are disaster prone.

Examining POPS is significant as their occurrence marked a major turning point in Japanese urban governance: The public sector



Christian Dimmer received his PhD in Urban Engineering from the University of Tokyo. He was a JSPS post-doctoral fellow at the Interfaculty Initiative in Information Studies of the University of Tokyo and has collaborated as urban design consultant with architectural firms such as Arata Isozaki & Associates, and property developers like Mitsubishi Estate Inc. He is partner at the architectural and urban design practice Frontoffice Tokyo and is co-founder of the Tokyo chapter of the charitable disaster response organisation, Architecture For Humanity. He is assistant professor in urban design at the University of Tokyo and also teaches courses on sustainable urbanism, public space, megacities and planning theory at Waseda University.

GRAPHIC 1a. As incentive zoning comprises a trade-off between building height and bulk for publicly usable open space, harsh conflicts erupt where massive buildings materialize in small-scale neighbourhoods.

GRAPHIC 1b. Other than in New York City with its fully developed basic infrastructure, such as ubiquitous sidewalks, many areas in Tokyo even lack these most basic amenities. High hopes were therefore put on incentive zoning in order to overcome these shortages.



gave up its hitherto dominating role as sole provider of urban public space and delegated it systematically to private actors. This focus on POPS also allows transcending conventional government-centred perspectives by also being perceptive to values and meanings, attributed to public space by private actors and the market. What were the reasons for delegating the creation of public space to the private sector and which necessities and visions of the government shaped this radical system change? How successful has the system been?

### Beginnings

This fundamental paradigm shift in urban planning began with the abolition of the absolute height system that had hitherto prevented the construction of buildings higher than 30 meters and that had forced builders to build up their sites completely in order to maximize profitability. Since the early 1960s absolute height regulations were gradually replaced with the floor area ratio (FAR) designation. In 1963 the exceptional 'Specified Block' (Tokutei Gaiku) was introduced, which allowed the stipulation of building volumes for specifically designated districts. As FAR only states the gross floor area, permitted on a site, divided by its net area, it encourages the construction of slimmer, higher buildings and the preservation of (initially private) open space on the building plot.

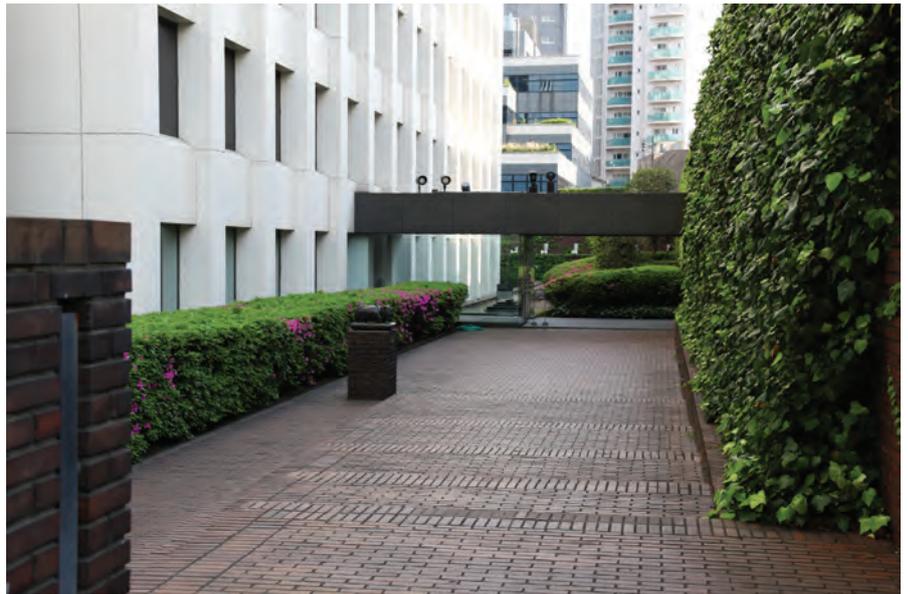
Facilitated was this policy change by the technological progress, now permitting earthquake proof high-rise buildings and by the lobbying of the real estate and construction industry. Furthermore, among planners it was consensus that Corbusier's towers in the park was the superior city model. For this reason the abolition of absolute heights, and with it the implicit rejection of the low rise vernacular city, was uncontested. Decisive was also the environmental degradation after a decade of rampant urban growth with a rapid loss of open space. Ishikawa Mikiko details for instance the persistent encroachment on Tōkyō's greenbelt, which was finally abolished in 1969 after it had been scaled down 29 times since 1949 (2001: 263-4). Fragmented landownership, lack of funds for urban planning, as well as weak planning powers vis-à-vis private property rights further frustrated the authorities' efforts to create sufficient open space. Much hope was therefore put in the new FAR system and subsequent incentive zoning (Tateishi 1973; Yanagisawa 1973). The

new planning tool was modelled after New York's groundbreaking zoning ordinance of 1961 and was introduced to Japan by a young government bureaucrat, who studied at the University of Philadelphia from 1962/63 under Paul Davidoff, one of the 'fathers' of New York's zoning ordinance.

From 1964 on incentive zoning was also applied in Japan to produce the first POPS at the country's first skyscraper. Based on a directive of the Ministry of Construction (MoC), cities with a population greater than 250.000 were encouraged to offer floor area bonuses and other zoning concessions to builders if they in turn agreed to provide plazas, arcades, atriums, and other outdoor and indoor spaces, governed by explicit, yet minimal, design standards. Generally indoor spaces like atriums, appearing more private, generate less bonus floor area than open air spaces like sidewalk substitutes or plazas. In 1969 the 'Intensive Land Utilisation Area' (Kôdo Riyô Chiku) designation followed, in 1970 the 'Comprehensive Design System' (CDS, Sôgô Sekkei Seido) and in 1988 the 'Redevelopment-type District Plan (Saikaihatsu Chikukeikaku). All four systems equally encourage the creation of POPS and other amenities but differ in project scale and planning process. Specified Block (60),<sup>2</sup> Areas of Intensive Land Utilisation (104) and Redevelopment-type District Plan (41) are used for whole blocks and districts and require a city planning decision to conclude a discretionary review process with public participation. A city planning commission seeks to harmonise projects with their urban context and influences the allocation of public spaces. In contrast, the CDS applies to smaller developments on single plots. After a non-discretionary review, a building permit is granted as-of-right, if only plans comply with building regulations. An urban design review is commonly not performed and thus its frequent utilisation (506) indicates accordingly its popularity among builders.

### A missed opportunity?

How has this marriage of private ownership and public use fared in over 40 years? What kind of spaces were produced? By quantitative measures, the results are outstanding. Until 2008 alone the CDS has produced in Tôkyô POPS at more than 670 offices, and residential buildings, totalling 1.85 million m<sup>2</sup> or equalling 11.5 times the size of the city's central park, Hibiya Park. However, most of



these spaces concentrate in the three central city wards Minato (22%), Chiyoda (13.5%) and Chûô (16%) and more than 75% are located outside residential areas. Such downtown areas are however best equipped with sidewalks and parks, and the per-capita park supply ratios are high because of low residential densities. Conversely, few POPS were created in the most disaster prone, dense and under-developed areas, where open space ratios remain despite all planning efforts extremely low.

Measured in qualitative terms the results are uneven. At their best, these spaces have furnished residents, employees, and visitors with public places for social, recreational, cultural, and utilitarian experiences, otherwise only accessible within the city's publicly owned parks, or within privately owned privately controlled domains. A comprehensive study in Osaka showed, however, that the majority of POPS users were visitors and employees of the connected buildings during lunchtime (Matsushita et al. 2003). Consequently, little non-business related activities occurred outside working hours. Especially older POPS are often barren and offer little user comfort.

GRAPHIC 2a. A typical marginal privately owned public space of the 1970s. No seats are offered and the space is hostile to user appropriation by design.

GRAPHIC 2b. Another marginal private plaza of the first generation at the foot of the 1974 completed Shinjuku Sumitomo Building. Fronted by dead walls, public space is here little more but a derivative of movement.

GRAPHIC 3. Completed in 2007 the Tokyo Midtown project created more than 40.000 m<sup>2</sup> of publicly usable downtown open space. 24.000 m<sup>2</sup> of these green spaces are in private property while 16.000 m<sup>2</sup> were designated as public park and given into municipal management.



In their accumulation these bleak spaces contributed to atrophied downtowns. At their worst POPS have been hostile to public use by design and operation because for developers more visitors amount to higher security, maintenance and insurance costs, cause conflicts with the primary building functions and thus reduce the overall profitability (Flusty 1994; Kayden 2000; Smithsimon 2008).

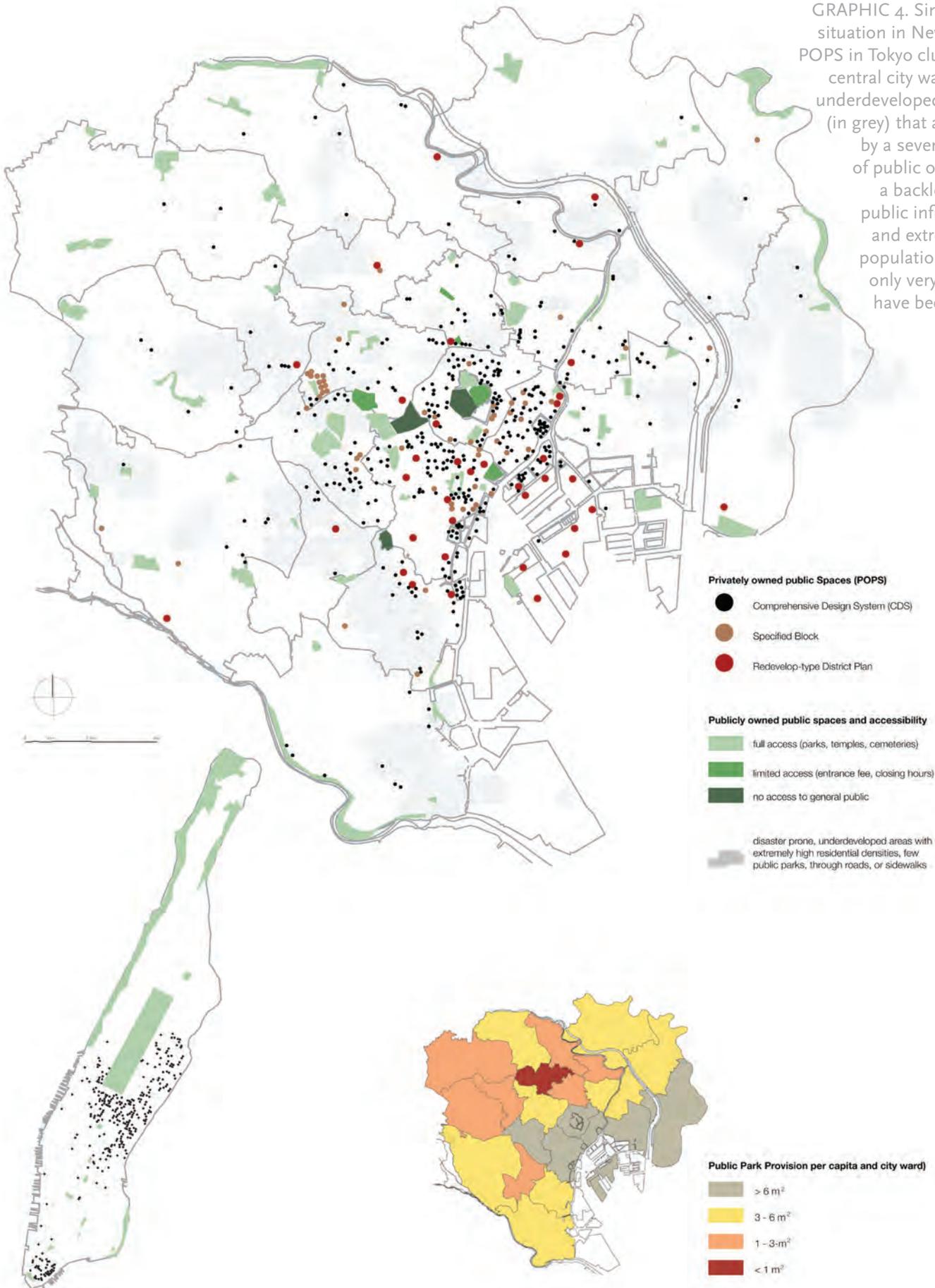
In order to analyse the problems of incentive zoning in Japan more systematically the following three dimensions are evaluated: First, how do lower building parts relate to adjacent POPS; second, how does the privately owned public space relate to neighbouring open spaces; and third, how do the property rights inform the planning, design and management?

First, it is often pointed out that the articulation of the lower building parts in relation to the adjacent public space is crucial for its perception (Whyte 1980, Kayden 2000). If fronted by mirrored glass, blind walls, or iron shutters the result is „dead public space“ (Sennett 1992: 12): „No diversity of activity takes place on the ground floor; it is only a means of passage to the interior. (...) A miniature public square (...) is declared (...), but the function destroys (its) nature (...), which is to intermix persons and diverse activities“ (ibid.). Roger Scruton adds that publicness, in the sense of attracting public activities, is the chief condition. „Spaces do not become public merely by ceasing to be private or by being provided in

quantities and shapes that no private purpose requires“ (1987: 17). Controlling the relationship between a building and a POPS is hardly possible with formal planning tools in Japan. For better or worse, it is left to the discretion of developers and architects who may ‚design out‘ unwanted activities that conflict with the development's primary function.

Second, for the two-dimensional open area, important quality criteria are context integration, legibility, visibility, connectivity between adjacent open spaces, cleanliness and a sense of security (Whyte 1980). Conventional planning instruments in Japan cannot tackle these parameters pro-actively. Although rules require POPS to meet minimum design standards in terms of size, layout, physical and visual connectivity to adjacent sidewalks as well as greenery before zoning concessions are granted (TCDSR 2002), such mechanised check-list-style regulations prevented the worst, but could not facilitate the evolution of coherent public space networks. Interestingly, in the USA detailed design conditions for more context-sensitive zoning were in fact devised (See Getzels et al. 1988; Kayden 2000). In Japan, however, POPS and connected tower developments cannot be prevented if the minimum requirements of sufficient width of fronting road and plot size are met. Due to the absence of a city-wide open space vision, only few ‚accidental‘ open space networks developed along Tōkyō's waterfront.

The rights of disposal mark a third major influence on the appearance and use of public space. These can be approached from two angles: First, how far can private property owners limit the public use of places whose creation was government subsidised? Second, which activities do government implicitly or explicitly permit developers to curate in their POPS? It may come as a surprise that few explicit specifications were made in the first respect. Regulations only vaguely require spaces to be „generally open to the public“ and in agreement with local governments specified nightly closing hours are permissible (TCDSR 2002). The management is required to file a yearly maintenance report, but a comprehensive monitoring or inventorying is absent. Management and control issues remain thus effectively in private discretion and consequently the scope of prohibited activities, displayed on signboards and inconspicuously enforced by the ubiquitous security personnel and CCTV cameras, differ among places. In newer POPS the standard catalogue lists about a dozen interdicted activities such



GRAPHIC 4. Similar to the situation in New York City POPS in Tokyo cluster in the central city wards. In the underdeveloped city areas (in grey) that are marked by a severe shortage of public open space, a backlog of other public infrastructure and extremely high population densities only very few POPS have been created.

as the entry with bicycles or skateboards, littering although waste bins are absent, unauthorised photography, gatherings, sales activity, events, distribution of handbills, smoking, drinking, or pets. This raises the question then to which degree one can still justifiably talk of public space.

From the second angle, well until the mid-1990s authorities discouraged more active, shop-lined spaces. As officialdom defined these as places for disaster evacuation and pedestrian circulation, bustle would contradict such objectives. Apart from 'hard' design issues, the management was also restrained. Similar to parks, every event in POPS must be authorised out of fear of permanent commercial encroachment. This frustrated attempts to revitalise mono-functional downtown areas. Only in 2003 the urban renaissance policy of the Koizumi Cabinet and Tōkyō's governor Ishihara led to a revised government stance with the aim to brush up the capital's image for international tourists and business people. Beautification of public spaces and the cityscape as well as staging of events in parks and POPS became also an important part of Tōkyō's 'Metropolitan Guideline for tourism-centred City Planning' (2004).

To summarise, by design, size, visibility and location the majority of POPS invited little public use. Against the original anticipations of their inventors, they became imagined as a mandatory requirement in formulaic bureaucratic procedures. The underlying understanding was quantitative, as governments were happy enough with ever increasing open space figures on their balance sheets. Good design and usability mattered little. As incentive zoning is a trade-off of 'building bulk for open space' other urban resources like cityscape, sunlight exposure, microclimate, or neighbourhood character were often compromised, in the name of a questionable amenity. For developers in turn POPS were a convenient vehicle to boost the rentable floor area by concurrently curbing maintenance costs.

However, a visit at the spectacular POPS of more recent developments suggests that these attitudes towards public space have changed dramatically since the early 1990s. Because the institutional framework of planning regulations wasn't modified significantly to account for this change, the question arises, where this re-evaluation of public space came from? What were the forces that led to the recent after-the-fact revision of government politics and what made private developers spend more effort and funds? The following

sections seek to answer these questions by examining two influential precedents: First, in a government-led approach by the City of Yokohama, POPS became an important part of a comprehensive public space strategy. Second, in Tōkyō's prestigious Ōtemachi-Marunouchi-Yūrakuchō (OMY) business district over 80 private landowners committed themselves voluntarily to a unitary area development and open space vision.

### Local Planning Culture and the Yokohama formula

With 3.5 million inhabitants Yokohama is Japan's second largest city. After the opening of the country in the nineteenth century it became Tōkyō's port and Japan's gateway to the West. The city takes therefore pride in a distinct local culture. This identity was threatened by the rapid urban growth since the 1960s and the massive concentration of heavy industries. The allied occupation of the historic Kannai centre delayed war reconstruction until the late 1950s, deprived the city of its traditional centre and funnelled urban growth to the fringes. In only two decades the population doubled thus from 1.5 in 1963 to 3 million in 1983 and the sprawling suburbanisation led to the factual absorption of Yokohama into greater Tōkyō. A top priority on the agenda of the reform mayor Asukata Ichio (1963-78) became consequently the countering the marginalisation and promoting sustainable urban growth.

The progressive Asukata assembled a interdisciplinary team of young professionals from in and outside of the public administration, whom he entrusted with the development of a comprehensive renewal strategy. As head of the restructured urban planning administration he won Tamura Akira over, who had previously served the city as external urban design consultant. In 1965 the team around Tamura presented an integrated, long-term revitalisation program that centred on the famous '6 Big Projects'. Symbolically most significant was the initial restoration of the historical Kannai area and its integration within the new city centre around Yokohama station, from which it had been cut-off by a shipyard (Yokohama 1965: 48-51). Already the title of the plan was a strong statement against the established top-down governance principles of the time, as it called for "the citizen to design future Yokohama"). For a seamless realisation of the showcase projects and to faci-

litate lateral coordination, the typical vertically segmented municipal administration was re-organised. With unprecedented political support for a municipal planner in Japan, Tamura established a planning and coordination office in 1968 that aligned the agendas of all related departments. Two years later Japan's first municipal urban design bureau was established to safeguard that all major projects would comply with the objective to „pursue publicness“ and create “places, where people can come in contact with each other and communicate” (Nishiwaki et al. 1992: 25). Backbone of this public space strategy was the vision of an open space network, linking the city's major parks, historical and cultural assets, shopping streets as well as the waterfront. By actively involving the citizens in the planning and management also its publicness would be increased. Incrementally the network would be complemented through strategic public projects like promenades, greenways, or squares as well as through guided private development and POPS.

In order to increase the feasibility of this vision and to provide for a development in line with the urban design principles, the city produced its own variant of incentive zoning. The name ‚Urban Environmental Design System‘ (UEDS, Shigaichi Kankyô Sekkei Seido) stressed its unique character but it was only one component of Tamura's ambitious effort to combine all available tools into a far-reaching local planning culture that became known as ‚Yokohama Formula‘.

As the rapid population influx of the 1960s caused unchecked, haphazard development, municipal planning could no longer keep up with providing basic infrastructure such as roads, sidewalks, or parks. The city therefore embraced the new incentive planning, which was introduced concurrently with other planning innovations such as the growth control system, new land use zoning, and height control areas. The UEDS would add to the city's open space stock, provide greenery and, through exceptional exemption from building form restrictions, reward context-sensitive buildings. Without building height caps, however, the system allowed for unpredictably high buildings, depending on how much land developers assembled – thus inevitably compromising other public goods. Unparalleled, Tamura's team designated citywide height control areas and re-established in effect height caps. These were combined with the lowest permissible FAR designations under the Building Standard Act (Kenchiku Kijun

Hô). Exemptions thereof were only granted, if in turn POPS or other bonusable amenities were created or historical landmarks preserved. Height caps and low FAR values meant also that more buildings than elsewhere became subject of a design review process, in which urban designers could exert influence. To preserve the city's character as port town, additional incentives were offered for the provision of POPS facing river promenades or the sea, or natural green space preservation in the hilly northern woodlands.

Another singularity of Yokohama is an additional, informal planning layer, in which incentive zoning was embedded. Within so-called ‘Town Planning Council Districts’ (TPCD, Machizukuri Kyôgi Chiku) detailed urban design visions were initially developed in public deliberations between urban design office, local residents and the business community. Informal district guidelines were then legislated to facilitate the incremental realisation; in sensitive areas further backed by the stricter district plans. Other than elsewhere his extra-legal administrative guidance addressed both, adjacent buildings and public open space, as it stipulates wall setbacks on private land, vitalising building functions in the ground floors, allocation of parking lots off important pedestrian areas, massing of buildings in order to maintain a sense of human-scale in public space and reduce shadow fall, promotion of greenery as visual amenity, or control of advertisement signboards around „dignified“ civic spaces. Generally it seeks to complement scarce public space around important parks, symbolic buildings and important intersections. The significance for incentive zoning is, that within TPCD an additional design review takes place. Before projects enter into the building permit process, proposals must comply with the district rules and respect the local character. Unlike Tôkyô, this system enhances the probability that POPS do not materialise out of context but contribute to the city's long-term public space vision.

There has been no bolder municipal attempt to embed the private production of public space into a more comprehensive planning framework. Available instruments such as low FAR designations, citywide height control areas, TPCD backed by district plans, specified block, and UEDS were used to restrict incentive zoning. The Asukata administration politically prioritised good urban form, developed a precise spatial vision around an integrated public space system and readjusted the planning institutions to assist its realisa-

tion. Compared to other Japanese cities the results of the last 40 years are encouraging. 444 POPS were produced citywide until 2004 at office, residential, and community facility buildings, equalling 7 times the size of Hibiya Park.

However, even within this sophisticated framework certain problems pertain. My own survey of 133 downtown spaces found that many were unsatisfactorily maintained, or did not invite public activities due to small size, adverse layout, hidden location, missing amenities or encroachment by shops and parking (Dimmer 2008: 301). Only 20 percent qualified as destination spaces, offering a pleasant stay and encouraging diverse activities. 80 percent were pure circulation spaces like substitute sidewalks, sidewalk widenings, through-block connections or arcades. Since their size correlates with that of the overall development, the biggest spaces are found in suburban areas, where residential densities are relatively low and natural green spaces and big parks exist. Downtown POPS in turn tend to be much smaller and more fragmented.

### POPS for image branding at Ôtemachi, Marunouchi, Yûrakuchô

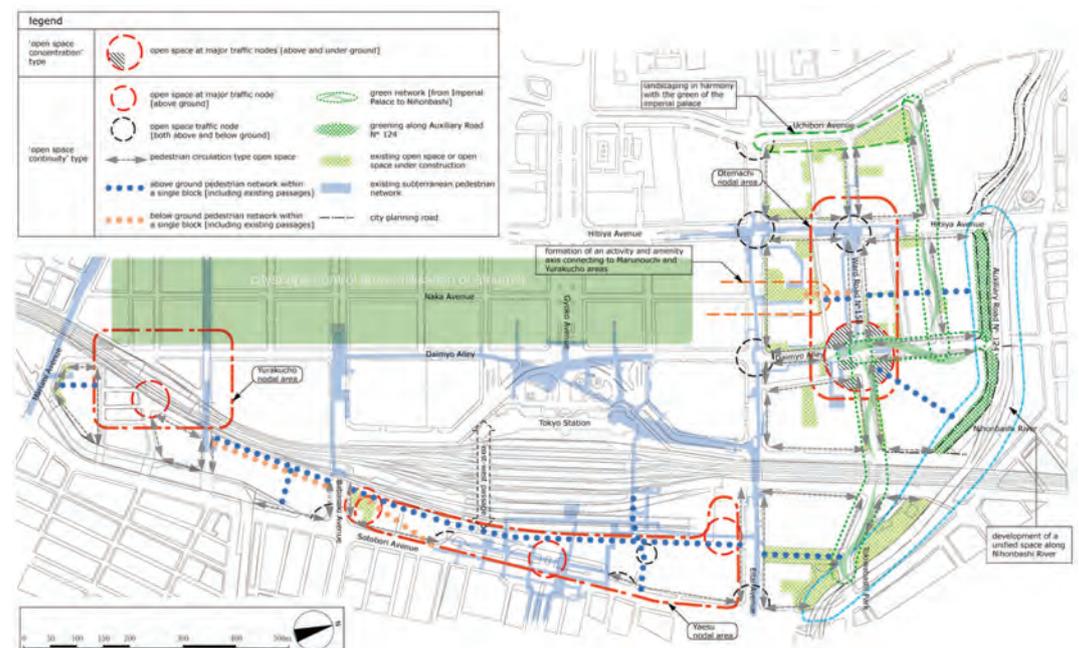
Another pioneering attempt to integrate the private production of public spaces into a comprehensive strategy was undertaken at Tôkyô's Ôtemachi, Marunouchi, Yûrakuchô (OMY) district, sandwiched between the city's

major landmarks Tôkyô Station and Imperial Palace. At its heyday in the late 1980s, 6,500 companies were conducting business here, employing some 240,000 people while over one million commuters passed daily through the 13 train and subway station. In the 120-hectare district 95 corporations own land, of which Mitsubishi Estate Company (MEC) alone holds 30 percent and consequently has a strong interest in unified development. While one of Tôkyô's fanciest shopping locations today, only one decade ago Roman Cybriwsky described it justifiably as

"(...) a no-nonsense setting, where the important work of big companies can go on without needless distractions. (...) There are not even many restaurants or drinking places - highly unusual for a crowded commercial area in restaurant-rich Tôkyô (...). A walk through Marunouchi reveals its single-minded dedication to work. (...) Almost no one speaks. (...) The buildings themselves (...) all reflect the sameness" (1998: 119).

Today the area image differs remarkably, which is most visible in Nakadori, the central pedestrian promenade. Where streets were once lined with hard-nosed counter rooms of banks, dropping their iron window shutters in the afternoon and on weekends, today fashionable boutiques, cafés, and restaurants attract contemporary flâneurs. While the public spaces frequently figure as trendy backdrop for TV programs, or life style and fashion magazines, one can also enjoy here the rare Tôkyô experience of sitting under shady trees and watching strollers. The atrium of the Ma-

GRAPHIC 5. Three-fold, proactive POPS strategy in the urban design guideline of the OMY district. First, in the 'Cityscape Control Area' (green rectangle, centre) of Yûrakuchô and Marunouchi, POPS are allocated inside buildings as atriums, gallerias, or passages. Second, in Ôtemachi POPS are concentrated in order to create a central square around the Ôtemachi subway station. Third, along the Nihonbashi River and on the Yaesu side of Tôkyô Station, POPS are to be interconnected in order to allow a continuous pedestrian connection from the restored future riverside promenade towards Yûrakuchô Station. (Adapted from OMY 2005: 44)



runouchi Building serves as a popular spot for exhibitions, TV and radio shows, farmer markets, or sports events. The Shin-Marunouchi Building attracts visitors with its public terrace at 30 meter height and a panorama on Imperial Palace and Tōkyō Station. The Marunouchi Park Building features an art and water park between a historic building replica and a massive office tower.

Besides the exceptional design quality, the public spaces are all part of one comprehensive urban design strategy, centring on a unitary open space network and developed through an unprecedented public-private cooperation. How did it come to this revaluation of public space within just a decade? How was it possible that a diverse coalition of stakeholders jointly agreed on a future vision and committed to its realisation? To understand the complex socio-political context and the unique urban morphology, a closer look at its development history is necessary.

Since the dawn of modern history, the area in front of the palace has played a vital role in the becoming of the economic super power Japan. The country's most important firms had their headquarters here and the first modern office buildings lined the streets. Over a century MEC managed to rejuvenate its office buildings and adapt them to the latest needs of the day.

In the late 1980s MEC launched its latest redevelopment cycle, which became deeply entangled in the ideological battle over the future development of greater Tōkyō and OMY as its traditional central business district (CBD). From the beginning of the decade, plans and policies had been devised by various government entities that identified the main reasons for the worsening quality of life and over-congestion of Tōkyō in a uni-polar concentration of business functions around Tōkyō Station. Consequently, the long-term development plans of governor Suzuki Shunichi (1979-95) envisioned a multi-polar metropolitan region with sub-centres along the Yamanote ring line (Sorensen 2001). While these would absorb future development, further CBD growth would be curbed. This policy change was symbolically stressed by the relocation of the city hall to the western sub-centre Shinjuku.

Although over-concentration was stated as main problem and the metropolitan government pursued its decentralisation paradigm, the policies of various public agencies were contradictory. In the heated real estate market with skyrocketing land prices and a seemingly

endless demand for office space, MEC presented therefore its 'Marunouchi Redevelopment Plan' (1988), later ridiculed as 'Manhattan plan'. Based on the capacity of the existing public infrastructure, it shocked the public with a simulation of sixty new, 200 meters high, office towers. Unsurprisingly, the bold scheme was massively attacked, because it promoted further concentration and had passed over TMG. Further criticism was levelled at it for the visual impact on the cityscape vis-à-vis the Imperial Palace and the insufficient public infrastructure (Hara 1989: 149).

Soon after TMG announced its 'Waterfront Sub-centre Basic Development Plan' and began the construction of a new business centre on a landfill in the bay (Saitō 2003), effectively shelving downtown renewal for the time being. As redevelopment was stalled at the end of the economic bubble, new state-of-the-art office buildings mushroomed in other parts of the city that began enticing tenants from OMY with lower rents. In this beginning fierce competition between office locations MEC and other major landowners realised that only a concerted renewal could win TMG's approval and retain competitiveness. Only months after the Manhattan plan disaster and supported by Chiyoda ward, 74 companies formed the 'OMY District Redevelopment Council' and debated redevelopment strategies before concluding a development agreement for a unified international business centre „in harmony with the environment and the urban context“ (OMY 2001: 116).

1995 brought not only a profound political climate change, but also numerous studies of private think tanks advocated active downtown renewal. A strong centre would enhance the global competitiveness of the traumatised post-bubble metropolis and revive the ailing national economy. In the same year the newly elected governor Aoshima Yukio (1995-99) began cutting back the loss-making operations on the waterfront and proposed 'New Development Principles for the Central Wards' that sought to re-imagine the old mono-functional CBD as a new 'amenity business core (ABC)' by emphasising quality of life and urban beauty. TMG began to take an active stance and set up the 'Advisory Committee on OMY Area Redevelopment'. In an unparalleled public-private partnership TMG, Chiyoda ward, East Japan Railways as the owner of Tōkyō Station, and the members of the redevelopment council drew up a unified urban design guideline. This was assisted by external experts from academia and debated

in public forums (OMY 2005).

August 1997 brought OMY's redevelopment into the headlines, when the *Nihon Keizai Shinbun* opened with the line 'Twilight in Marunouchi' because OMY's redevelopment wasn't keeping up with competing office areas. Although the revitalisation of Marunouchi was already under way, the article damaged the area image. MEC as chief property owner realised that immediate action was needed for rebuilding tenant confidence, attracting further foreign businesses, more sensitive to their working environment, or female employees, making up an ever growing share of Japan's labour market. A first short-term measure was the renovation of Nakadori as a shady cobble stone promenade, lined with fashionable shops in the ground floors. In a prominent spot the Marunouchi café opened as a 'free-space' for chilling, free internet use, and events and as a result the media representation began to shift and the revitalisation project began to figure positively in life style magazines (Fukuzawa 2000: 69).

Soon after Ishihara Shintarô assumed office as governor (1999 - ) and as a result of the devastating Hanshin Awaji Earthquake (1995) that had provided developers with a pretence to 'renewal' for the sake of earthquake proofing, the 'hard' redevelopment speeded up. Ishihara took an active stance on the restoration of Tōkyō Station in its pre-war state; as a highly symbolic show case project for the revitalisation of Japan and its ailing economy. His sense of urgency was manifested in the 'Strategy Plan for overcoming the Crisis' and the 'Tōkyō New City Planning Vision'. Both stressed that the revitalisation had to be actively promoted and should hinge on the downtown. In order to safeguard 'dignified' public spaces Ishihara demanded a comprehensive development plan for the vicinity of Tōkyō Station and Imperial Palace.

In 2000 the 'OMY District Development Guideline' was released, which demands a harmonious skyline with varying building heights from 100 to 200 meters, environmentally sensitive design respecting cultural and historic assets, induction of mixed functions and an elaborate system of interconnected, attractive public spaces above and below ground (OMY 2005). Nakadori serves as the main amenity axis, while around Ōtemachi, Yūrakuchō and Tōkyō attractive station front squares will cater to public life. In order to create distinct area characters new planning tools were introduced, such as transferable development rights. In the guideline public space is also no

longer treated as two-dimensional open space but additionally active management as well as responsive building forms and vitalising functions seek to animate it. In particular the following three public space related objectives are outlined:

First, representative spaces such as Nakadori, or the sidewalks facing the palace will be lined with 'vitalising land uses' such as shops, restaurants, cafés, or galleries, whereas in other areas office functions dominate. The building design has to safeguard the creation of 'intermediate zones' at the public-private interface, which stimulate a host of public activities (OMY 2005: 28-30).

Second, as part of this strategy POPS complement proactively the overall public space network in three different ways: In Yūrakuchō and Marunouchi, both marked by an exceptionally regular street-scape, bonus spaces will be created only within buildings. In the less regular Ōtemachi area, open air spaces will be concentrated around the station, to form a central square. Finally, along the Nihonbashi River and at the Yaesu side of the station POPS will form a coherent pedestrian promenade. As a part of the wider Nihonbashi River revitalisation, involving the removal of the elevated expressway, they will supplement a future riverfront promenade. Around major stations multi-storied atriums or sunken garden-type POPS facilitate the vertical circulation between underground concourses and spaces at ground level.

Third, for area branding, an integrated, total management of public space was developed and a management organisation with NPO status was set up for its implementation. Events like the Cow Parade (2003-) or the Millenario (1999-2005) brought millions of visitors here and the publicity effect was multiplied through a skilful media orchestration. 'Hard', coordinated improvement of the physical environment is complemented by 'soft' management techniques like event curation, private policing, cleaning and upkeep of public space, monitoring of customer and tenant satisfaction, unified retail and tenant mix for storefronts and media orchestration (Kobayashi 2005).

The OMY example has shown that the real estate sector increasingly took an active interest in the creation of 'new public spaces' at large mega developments such as OMY, where it served as a distinguishing element in a growing area competition but also responded to changed socio-cultural values. While quantitative matters like a boost of rentable office

space played a chief role in the controversial Manhattan plan, a decade later more qualitative, soft issues like historical preservation, environmental design and an attractive public realm became equally central to create a distinguished area image. This shift reflects also broader societal trends towards more stimulating work environments that no longer solely cater to middle-aged Japanese businessmen, but increasingly also to young female employees and shoppers, foreign tenants or international city tourists. The result is a „total landscape of work and leisure“ (McDowell 1997: 139), in which boundaries between work and fun blur. Also the recent renaissance of

outdoor life styles, expressed in phrases like *machi aruki* (city walking) and expressed through the proliferation of Starbucks-type open sitting terraces influenced plans and projects like the OMY redevelopment guideline and created a vast body of popular literature and magazines. In a feedback relation the same media feature in turn those ‘new public spaces’ that again alter lifestyles. The perceived loss of competitiveness of the world city Tōkyō vis-à-vis its burgeoning rivals Shanghai, Singapore, or Taipei also made the political level aware of the importance of public space for nation branding.

## Acknowledgement

This study was supported through a post-doctoral fellowship by the Japan Society for the Promotion of Science (JSPS).

## References

CYBRIWSKY, R. A. (1998). *Tōkyō: The Shogun's City at the Twenty-First Century*, Wiley & Sons, New York.

CYBRIWSKY, R. A. (1999). „Changing Patterns of Urban Public Space: Observations and Assessments from the Tōkyō and New York Metropolitan Areas.“ *Cities*, 16(4), 223-31

DIMMER, C. 2008. „Renegotiating Public Space - A Historical Critique of Modern Public Space in Metropolitan Japan and its Contemporary Re-valuation.“ Dissertation at Department of Urban Engineering, Tōkyō University

FLUSTY, S. (1994) „Building Paranoia: The Proliferation of Interdictory Space and the Erosion of Spatial Justice.“ *Los Angeles Forum for Architecture and Urban Design*, Los Angeles, 16-8

FUKUZAWA, T. (2000). *The Economics of Marunouchi - This Quarter Is Pulling Forward the Tōkyō of the 21st Century's*, PHP Kenkyusho, Tōkyō (in Japanese)

GETZELS, J., JAFFE, M., BLAESSER, B. W. and BROWN, R. F. (1988). *Zoning Bonuses in Central Cities*, American Planning Association, Chicago

HARA, T. (1989). *Rebuilding Tōkyō - Tōkyō kaizo, Gakuyō Shobō*, Tōkyō

ISHIKAWA, M. (2001). *Cities and Green Space: Moving Towards the Creation of a New Environment - to*

shi to ryokuchi: atarashi toshi kankyō no sōzō ni mukete, Iwanami Shoten, Tōkyō

KAYDEN, J. S. and NEW YORK DEPT. OF CITY PLANNING MUNICIPAL ART SOCIETY OF NEW YORK. (2000). *Privately Owned Public Space: The New York City Experience*, J. Wiley, New York

KOBAYASHI, S. (Ed.). (2005). *Area Management - Planning and Management through District*, Gakugei Shuppansha, Tōkyō (in Japanese)

LOUKAITOU-SIDERIS, A. (1993). „Privatization of Public Open Space.“ *Town Planning Review*, 64(2), 139-67

MATSUSHITA, N., WATANABE, K. and IWASAKI, Y. (2003). „A Study on Mutual Functional Substitution with Respect to Utilizing Facts between Central City Urban Parks and Semi-Public Spaces“ *Journal of the City Planning Institute of Japan*, 241, 59-66 (in Japanese)

MCDOWELL, L. (1997). *Capital Culture: Gender at Work in the City*, Blackwell, Oxford

MEC, MITSUBISHI ESTATE COMPANY, (1988). *Marunouchi Redevelopment Plan*, Tōkyō (in Japanese)

NISHIWAKI, T., KITAZAWA, T. and KUNIYOSHI, N. (1992). „Possibilities in Urban Design - 20 Years of Urban Design in Yokohama and Prospects for the Future“ *SD Space Design*, 22(Extra Issue), 25-32 (in Japanese)

OMY ADVISORY COUNCIL FOR AREA REDEVELOPMENT. (2005). *Ōtemachi, Marunouchi, Yūrakuchō District Development Guideline*, OMY Kondankai, Tōkyō (in Japanese)

OMY ADVISORY COUNCIL FOR AREA REDEVELOPMENT WG COMPILATION TEAM. (2001). „The Rebirth of Marunouchi“ *Zōkei (Special Issue 3)*, 110-27 (in Japanese)

SAITŌ, A. (2003). „Global City Formation in a Capita-

- list Development State: Tōkyō and the Waterfront Sub-Centre Project." *Urban Studies*, 40(2), 283-308
- SCRUTON, R. (1987). „Public Space and the Classical Vernacular." *The Public Face of Architecture: Civic Culture and Public Spaces*, Glazer, N. and Lilla, M. (eds.), Free Press, New York, 13-25
- SENNETT, R. (1992). *The Fall of Public Man*, W. W. Norton & Company, New York
- SHIMADA, A. (2002). *Tōkyō Revival Report*, Nihon Keizai Shinbunsha, Tōkyō (in Japanese)
- SMITHSIMON, G. (2008). *Dispersing the Crowd: Bonus Plazas and the Creation of Public Space*. *Urban Affairs Review*, 43, 325-351.
- SORENSEN, A. (2001). „Subcentres and Satellite Cities: Tōkyō's 20th Century Experience of Planned Polycentrism." *International Planning Studies*, 6(1), 9-32
- SORENSEN, A. (2003). „Building World City Tōkyō: Globalisation and Conflict over Urban Space." *The Annals of Regional Science*(37), 519-31
- TATEISHI, M. (1973). „New Land Use Zoning and the Comprehensive Design System – shinyōto chiiki to sōgō sekkei." *Urban Redevelopment and the Comprehensive Design System*, Zenkoku Shigaichi Saikaihatsu Kyokai (ed.), Zenkoku Shigaichi Saikaihatsu Kyokai, Tōkyō, 15-8 (in Japanese)
- TCDSR, TŌKYŌ COMPREHENSIVE DESIGN SYSTEM RESEARCH GROUP. (2002). *Comments on the Tōkyō Metropolitan Comprehensive Design System Permit Principles*, Tōkyō Society of Architects & Building Engineers, Tōkyō (in Japanese)
- WHYTE, W. H. (1980). *The Social Life of Small Urban Spaces*, The Conservation Foundation, Washington D.C.
- YANAGISAWA, A. (1973). „Explanation of the Permission Standards for Comprehensive Designs – sōgō sekkei kyōka junsoku ni tsuite." *Urban Redevelopment and the Comprehensive Design System*, Zenkoku Shigaichi Saikaihatsu Kyokai (ed.), Zenkoku Shigaichi Saikaihatsu Kyokai, Tōkyō, 19-30 (in Japanese)
- YOKOHAMA CITY. (1965). *Yokohama's City Planning - Yokohama's Future Made by Its Citizens*, Yokohama-Shi Somu Kyoku, Yokohama. (in Japanese)

## Lesetipps 1|2012

Von Johann Jessen

### Schade, dass Beton nicht brennt....

Wie der Titel des Buches deutlich zeigt, hat diese geschichtswissenschaftliche Arbeit ihren Fokus in den städtischen Konflikten, die inzwischen ein halbes Jahrhundert zurückliegen. Darin zeichnet der Autor in zwei detaillierten Fallstudien zu Stadtsanierungsprojekten in Köln und der US-amerikanischen Stadt Philadelphia nach, wie sich im Detail der Wandel des Planungsverständnisses von einer technisch orientierten Planung hin zu einer eher sozial- resp. beteiligungsorientierten Planung vollzog und welche Bedeutung der Bürgerprotest für die Herausbildung einer neuen »Planungskultur« hatte. Für beide Städte hat er den übergreifenden nationalen Politik- und Planungskontext skizziert, die lokale Geschichte von Stadterneuerung und Bürgerbeteiligung in beiden Städten (Köln 1960 – 1973 und Philadelphia 1940 - 67) aufgearbeitet und schließlich als empirischen Kern der Arbeit die beiden großen Stadterneuerungsprojekte der Epoche in diesen Städten (»Stollwerck« und »Crosstown Controversy«) analysiert, die beide von jahrelangem, schließlich erfolgreichem Bürgerprotest begleitet waren. Dafür ist er tief in die lokalen Archive eingetaucht, ohne in dem aufberei-

teten Material unterzugehen. Im Gegenteil, es sind dem Autor ausgezeichnete und gut lesbare Monographien der jüngeren Stadterneuerungsgeschichte beider Metropolen gelungen.

Die Arbeit geht aber deutlich über das Monographische hinaus. Sie gehört zu der anspruchsvollen Gattung der international vergleichenden Stadtforschung, an die besonders hohe methodische Anforderungen gestellt werden; denn es müssen nicht nur die lokalen und regionalen, sondern auch die nationalen politischen, sozialen und kulturellen Kontexte im Blick gehalten und voneinander unterschieden werden können. Diese Arbeit zeigt, wie fruchtbar ein international vergleichender Ansatz im Falle seines Gelingens auch im Forschungsfeld Stadt sein kann.

Ein zentraler und sicherlich bei vielen Lesern nicht unumstrittener Befund der Arbeit von Sebastian Haumann ist die These, dass nicht Bürgerprotest den Wandel der Planungskultur angestoßen habe, sondern dass dieser in der widersprüchlichen Anforderung der technokratischen Planung selbst schon an-

Sebastian Haumann:  
» ‚Schade, dass Beton nicht brennt...‘ – Planung Partizipation und Protest in Philadelphia und Köln 1940 –1990« . Beiträge zur Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung. Frank Steiner Verlag. Stuttgart 2011, 335 Seiten

gelegt sei. Der Protest habe vielmehr nur die Ausprägung dieses Wandels bestimmt, wie er sich in den schließlich gefundenen Stadterneuerungslösungen manifestiert habe. Dies steht gewiss im spannungsreichen Kontrast zur Deutung dieser Epoche durch die beteiligten Protagonisten, die die Wirkung des Bürgerprotests und damit auch die ihres eigenen Beitrags gern überhöhen. Des weiteren arbeitet Sebastian Haumann heraus, dass mit dem Übergang von technokratischer zur beteiligungsorientierter Planungskultur der jeder öffentlichen Planung innewohnende Widerspruch zwischen der Selbstverpflichtung zum Gleichheitsgrundsatz einerseits und dem Wunsch, möglichst umfassend individuellen Bedürfnissen gerecht zu werden, keineswegs abgemildert wurde, sondern sich immer wieder reproduziert. Schließlich beeindruckt es,

wie der Autor neben den offenkundigen Parallelen auch die kulturellen Unterschiede in der Transformation der Planungskulturen in Deutschland und den USA herausarbeitet, etwa wenn er zeigt, warum der Begriff der »Betroffenheit« bzw. der »Sanierungs-betroffenen«, der in der deutschen Debatte beim Übergang von der Flächensanierung zur Erhaltenden Erneuerung für die Legitimation der Bürgerbeteiligung bei der Sanierung zentral war, in den USA kein Äquivalent hat, dort also die Legitimation der Bürgerbeteiligung andere politische und kulturelle Wurzeln hat. Es ist sehr erfreulich, dass diese Dissertation nicht als Pflichtexemplar in der Universitätsbibliothek verschwunden ist, sondern in der angesehenen Buchreihe »Beiträge zur Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung« veröffentlicht wurde.

### Stadtentwicklung und Integration Jugendlicher in Deutschland und Frankreich.

Wüstenrot Stiftung/ Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.): Stadtentwicklung und Integration Jugendlicher in Deutschland und Frankreich. Ludwigsburg 2010, 351 Seiten

Das Buch ist der vorläufige Endpunkt einer Reihe gemeinsamer Publikationen dieser beiden in Ludwigsburg ansässigen Institutionen, die sich mit Fragen der Stadtentwicklung und Stadtpolitik in Deutschland und Frankreich befassen. Die erste ihrer Art erschien bereits vor fast 20 Jahren und stellte zum ersten Mal in Deutschland die französische Politik zur Bewältigung sozialer Konflikte und Probleme in den »Banlieues« französischer Großstädte vor. Dieses kürzlich vorgelegte Buch kann zum einen als eine Fortschreibung und Aktualisierung gesehen werden, zum anderen ist es um den Vergleich mit den entsprechenden Konzepten und Strategien in Deutschland erweitert. Mit Falldokumentationen wird auch der direkte Bezug zu den Kommunen beider Länder gesucht, die sowohl der Stiftung wie dem Institut als Adressaten ihrer Aktivitäten besonders wichtig sind, wie sich auch in dem Workshop zeigt, den die Herausgeber zum Thema veranstaltet haben und dessen Beiträge die Grundlage für dieses Buch lieferten.

In den beiden sehr informativen Einführungsbeiträgen geben die Vertreter der beiden Herausgeber einen gut strukturierten Überblick über die bisherige aktuelle Praxis kommunaler und staatlicher Strategien zur Integration Jugendlicher in Frankreich (Wolfgang Neumann, Deutsch-Französisches Institut) und Deutschland (Stefan Krämer, Wüstenrot Stiftung). Sie bilden den vorbe-

reitenden Einstieg in die insgesamt dann folgenden zehn Fallberichte, wobei jeweils eine französische Stadt einer deutschen Stadt ähnlicher Größe und Problemlage gegenüber gestellt wird. Die Auswahl orientierte sich an den besonderen in Frankreich typischen Konstellationen, denen die Herausgeber dann möglichst affine deutsche Städte als Gegenpart zugeordnet haben: Paris La Courneuve und Berlin, Narbonne und Lörrach, Leipzig und Vaulx-en-Velin bei Lyon, Essen und Nantes, Stralsund und Montbéliard. Die Fallberichte wurden von Stadtforschern aus beiden Ländern sowie lokalen Expertinnen und Experten aus der kommunalen Verwaltung und den Wohnungsbauträgern verfasst; die Darstellungen folgen keinem gemeinsamen Gliederungsraster, sondern den jeweils eigenen Akzentsetzungen der Autorenschaft und dem besonderen Profil der lokalen Strategien. Die Stadtauswahl umfasst eine bunte Mischung: zum einen »übliche Verdächtige«, auf französischer Seite La Courneuve (Lelévrier) und Vaulx-en-Vélin (Genin), die seit Jahrzehnten immer wieder Adressaten staatlicher Förderprogramme sind, und auf deutscher Seite Berlin, wo schon Mitte der 1990er Jahre das Konzept des Quartiersmanagements modellhaft entwickelt wurde (Hannemann), und Essen, das mit seinen für neue Ansätze offenen Strategien einer kompensatorisch orientierten Stadtpolitik seit langem bundesweit als ein Vorbild gilt (Wermker/ Mayer). Ähnliches

ließe sich für die engagierte Politik des Stadtumbaus in Leipzig sagen (Wölpert/ Thomas). Es ist ein Verdienst dieses Buches, dass es der Großstadtlastigkeit, die diesem Thema in der Stadtforschung anhaftet, sehr informative Berichte über weiterführende experimentelle Ansätze in kleineren Städten entgegensetzt, zum Beispiel über die Aufwertungsstrategien einer Wohnungsbaugesellschaft in Lörrach (Britz/ Brunen) oder Konzepte, die im südfranzösischen Narbonne (Pérea/ Rennes) entwickelt und umgesetzt wurden; gleiches gilt für die Fallstudien aus Stralsund (Schmidt/ Wieck) und Montbéliard (Lebocq-Cestan). Wie immer bei solchen Zusammenstellungen von Einzelberichten verschiedener Autoren sind nicht alle Beiträge gleich gründlich recherchiert, klar strukturiert und elegant geschrieben; gleichwohl ergeben sie zusammen ein sehr facettenreiches und informatives Bild.

Im Resümee bestätigt sich, dass die sozialen Problem- und Konfliktlagen in der Peripherie französischer Großstädte wohl schärfer sind als bei uns und dass trotz aller Dezentralisierungsreformen der frühen 1980er Jahre die Vorgaben des Zentralstaats sehr viel stärker die lokale Strategien prägen; dies zeigt sich allein schon darin, dass die in die Förderprogramme einbezogenen Quartiere von »Paris« und nicht von den Kommunen, in denen sie liegen, ausgewählt werden. Diesem Zentralismus entspricht dann zum einen ein Dickicht der Politikverflechtung, der noch undurchdringlicher ist als in Deutschland, zum anderen aber auch eine deutlich verbindlichere Evaluation der Programme in Frankreich. Auch wird deutlich, dass die Stadtpolitik in

Frankreich seit einigen Jahren die Lösung der sozialen Problemen und Konflikte in den »banlieues« im massiven Stadtumbau sieht – fast als ultima ratio. Große Teile der Siedlungen werden abgerissen und durch neue Wohnungen, die anderen städtebaulichen Bildern folgen, ersetzt.

Der Gesamtüberblick über die deutschen Projekte zeigt dem gegenüber, welche zentrale Rolle in allen fünf Städten das Programm »Soziale Stadt – Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf« spielte, ohne das viele neue Ansätze zur Förderung der lokalen Ökonomie, in der quartierbezogenen Jugend- und Bildungspolitik und nicht zuletzt zur Integration von Migranten nicht hätten auf den Weg gebracht werden können. Die radikale Kürzung des Programm »Soziale Stadt –> im Haushaltsjahr 2011 auf ein Drittel des bisherigen Umfangs bleibt auch eineinhalb Jahre später unbegreiflich. Zwar ist das Programm im Haushalt 2012 geringfügig auf 40 Mio. EUR aufgestockt worden, ohne aber auch nur annähernd früheres Niveau zu erreichen. Noch schwerer wiegt, dass es auch weiterhin nicht mehr möglich sein wird, hieraus Mittel für nicht-investive Maßnahmen einzusetzen, wie der neue Name des Programms »Soziale Stadt – Investitionen im Quartier« unterstreichen soll. Gerade aber die bis 2010 gegebene Möglichkeit, im Rahmen des Programms investive und nicht-investive Maßnahmen zu verknüpfen, galt als ein Kern seiner unbestrittenen Erfolge, wie auch die in diesem Buch dokumentierten deutschen Beispiele eindrucksvoll bestätigen.

### Bicycle Diaries.

Der in New York lebende schottische Musiker David Byrne ist ein Flaneur auf dem Fahrrad und gleichzeitig engagierter Kämpfer für das Fahrrad als alltägliches Fortbewegungsmittel in der Großstadt. Schon seit Ende der 1970er Jahre und bis heute legt er seine Wege durch Manhattan auf dem Fahrrad zurück. Vor über dreißig Jahren war dies eher lächerlich und verlangte im New Yorker Verkehr ein beachtliches Maß an Todesverachtung. Der frühere Frontmann der Talking Heads (»Burning down the House«) springt also nicht auf einen fahrenden Zug, er hat eher dazu beigetragen, ihn anzuschieben. Inzwischen ist Fahrradfah-

ren in NYC cool und erfreulicherweise auch nicht mehr so gefährlich. David Byrne hat es sich außerdem zur Gewohnheit gemacht, sein Klapprad auf seine Konzertreisen mitzunehmen und aus Neugier und Freude an der Stadterfahrung durch die Tourneestädte zu radeln. Dieses Buch versammelt Eindrücke, Beobachtungen und Meinungen, die er auf dem Sattel in seiner Heimatstadt und in den Metropolen der Welt gewonnen hat. Es sind bicycle diaries aus Berlin, Istanbul, Buenos Aires, Manila, Sydney, London, San Francisco, aber auch aus seiner Stadt New York. Das Buch ist inzwischen unter gleichem Titel

David Byrne: Bicycle Diaries.  
Faber & Faber. London 2009.  
297 Seiten

auch auf Deutsch im Fischer Verlag erschienen. Byrnes Reflexionen zeigen einen sehr gut informierten Intellektuellen mit wacher Aufmerksamkeit und kritischem Geist, der Städte liebt und den seine unorthodoxe Neugier immer schnell von den üblichen Pisten der Touristen wegführt. So faszinieren ihn etwa in Berlin die Galerien der künstlerischen Avantgarde und das Stasi-Museum. Was er an neuen Eindrücken aufnimmt, wird ihm zum Anlass zu weiteren freien Assoziationen und vergleichenden Querverweisen, denen man meist gern folgt. Man erfährt auf den Stadttouren auch das, was David Byrne in diesen Städten erlebt, wenn er vom Sattel absteigt. In Manila ist er auf den Spuren von Imelda Marcos, um Stoff für ein Musical über die Frau des früheren Diktators zu recherchieren (vgl. CD »Here lies Love« 2006). Wer sich jedoch von dem Buch tiefere Einblicke in die Musik von David Byrne erwartet, wird enttäuscht werden. Dafür gibt es beiläufig fachkundige Kommentare, wie es dem Fahrradfahrer als Verkehrsteilnehmer in der Stadt ergeht, ob er sich deplatziert und gefährdet oder re-

spektiert und behütet fühlt, und warum das so ist. Auch seine Äußerungen zur Stadt und Architektur zeigen vielfach eine feine Beobachtungsgabe und überraschende Deutungen; nur ein Beispiel aus seinem Berliner Tagebuch: »The German colors, not the color of the flag, but the color one sees most often, are yellow, mostly a dull sulfur hue; green, leaning towards a dull forest tone, and brown, ranging from a muddy beige to a rich brown earth tone. These warm earth colors and their combinations are the most popular ones for buildings, clothes and accessoires. To me they signify Germanness - the national and cultural identity. This is national stereotyping for sure, but it makes me wonder: does every culture have a palette?« (p. 48). Ich habe danach einen Blick aus dem Fenster meines Arbeitszimmers auf die Häuser in unserer Straße geworfen: David Byrne könnte recht haben. Wer an solcher Art Beobachtung und Rasonnement sich erfreuen kann und wer selbst auch gern die Großstadt mit dem Fahrrad erkundet, dem kann man das Buch empfehlen.

## Eine Rezension: Auf den zweiten Blick

»Auf den zweiten Blick« ist ein Sammelband, der schon auf den ersten Blick begeistern kann. In dem reich illustrierten und attraktiv gestalteten Sammelband geht es um die Neubauten aus den 1950er, 1960er und 1970er Jahren in Nordrhein-Westfalen, die den meisten Betrachtern erst in der jüngeren Zeit durch ihre ästhetischen Qualitäten gefallen. Dies gilt nicht nur für die Ruhr-Universität Bochum, die »Beton Schönheit« (S. 81), die die Herausgeber in einem Ausschnitt auch für das Titelbild gewählt haben. Dies gilt vielmehr ebenso für die zahlreichen weiteren Beispiele, die in dem Sammelband von einigen renommierten Autoren sowie den Lehrenden und Studierenden am Lehrstuhl für Geschichte und Theorie der Architektur an der TU Dortmund für das einwohnerstärkste Bundesland dargestellt und behandelt werden. Schätzungen gehen davon aus, dass 40 Prozent aller westdeutschen Bauten erst in der Zeit zwischen 1945 und 1975 errichtet wurden. Der Band will Verständnis für diese Epoche der Nachkriegszeit wecken, die viele Städte in Nordrhein-Westfalen in besonderer Weise prägt und die erst seit kurzem eine verstärkte Aufmerksamkeit und Anerkennung in der Fachöffentlichkeit findet. Diesen Anspruch, für die vielen Bauten aus dieser Zeit zu sensibilisieren, löst der Sammelband – um es vorweg zu nehmen – ganz hervorragend ein.

Der Sammelband besteht aus zwei gut verknüpften Teilen. In einem ersten Teil schreiben teils bekannte Architekturkritiker in sieben Essays über die Nachkriegsarchitektur in Deutschland. In einem zweiten Teil werden 20 gut ausgewählte Projekte aus dieser Zeit mit einem kurzen Text und einigen Illustrationen vorgestellt. Dieser Teil ist aus einem studentischen Ausstellungsprojekt am Lehrstuhl Geschichte und Theorie der Architektur an der Technischen Universität Dortmund

hervorgegangen. Es dokumentiert diese Ausstellung, die im Herbst 2010 im Dortmunder U gezeigt wurde.

Im ersten Beitrag setzt sich WOLFGANG PEHNT, einer der bekanntesten deutschen Architekturkritiker, ausdrücklich mit der Architektur der Nachkriegszeit in Nordrhein-Westfalen auseinander. Dabei zweifelt er an einer »NRW-typischen Architektur« (S. 14) und verdeutlicht exemplarisch für die Städte Köln, Bonn, Düsseldorf und Münster die

Hnilica, Sonja; Jäger, Markus;  
und Sonne, Wolfgang (Hg.):  
Auf den zweiten Blick.  
Architektur der Nachkriegszeit  
in Nordrhein-Westfalen.  
Transcript Verlag,  
Bielefeld 2010,  
29,80 EUR.

unterschiedlichen Strategien beim Wiederaufbau. Im Weiteren nutzt er zahlreiche größere Einzelbauten aus dieser Zeit, um sie geschickt als Belege für die unterschiedlichen Strömungen in der Architektur und im Städtebau der Nachkriegszeit in Nordrhein-Westfalen einzuordnen. Wie die sechs weiteren übergeordneten Beiträge des ersten Teils ist auch dieser erste Beitrag sehr ansprechend mit eindrucksvollen Fotos illustriert.

HANNO RAUTERBERG, der Architekturkritiker der Wochenzeitung DIE ZEIT, thematisiert im zweiten Beitrag mit seiner sehr angenehmen und anschaulichen Sprache die verschiedenen gesellschaftlichen Hintergründe der Architektur aus den 1950er und 1960er Jahren. Er fördert auf diese Weise ein Verständnis für diese Bauten, die heute oft von uns eher als Bausünden wahrgenommen werden. Am Ende steht aber auch für ihn die Architektur der 1960er Jahre in einem besonderen Spannungsverhältnis zwischen Stauen und Entsetzen (S. 36).

Sehr persönlich schildert der Schriftsteller BURKHARD SPINNEN anschließend den Wandel der Hindenburgstraße in Mönchengladbach. Diese Haupteinkaufsstraße, die nach den schweren Kriegszerstörungen der Stadt im Stil der 1950er Jahre in einer modernen Formensprache wiederaufgebaut wurde, hat für SPINNEN ihre Ensemblewirkung durch zahlreiche Nachbesserungen aus den letzten Jahren verloren. Nicht die Architektur der 1950er Jahre, sondern den Umgang mit dieser Architektur in den darauf folgenden Jahren beklagt der Schriftsteller in seiner eigenen Sprache, die sich bewusst von der Fachsprache absetzt und den Beitrag dadurch besonders lesenswert erscheinen lässt.

Im Beitrag von CHRISTINE BEESE und WOLFGANG SONNE geht es um den Wiederaufbau eines ganz gewöhnlichen Stadtquartiers im Dortmunder Süden. Das Saarlandstraßenviertel steht für ein Quartier der architektonischen Vielfalt, in dem sich ein unspektakulärer Wiederaufbau ohne eine Umlegungsplanung zumeist im Rahmen der Vorkriegsbebauung bewegt. Die beiden Autoren arbeiten heraus, dass dadurch heute der Eindruck eines gewachsenen, funktionsgemischten Quartiers erzeugt wird.

Der Beitrag von REGINA WITTMANN hat schließlich einen ganz anderen Charakter. Ihr geht es darum, das Archiv für Architektur und Ingenieurbaukunst an der TU Dortmund darzustellen, das an der Ausstellung »Auf den

zweiten Blick« wesentlich beteiligt war. In ihrem Beitrag werden einige größere Dortmunder Bauten der Nachkriegszeit vorgestellt, die bereits wieder abgerissen sind und dank der Archivalien aber heute noch präsentiert werden können. Die Bilder des markanten Volkswohlbund-Hauses aus den frühen 1970er Jahren bzw. des Hauses der Bibliotheken aus den 1950er Jahren, die beide inzwischen aus dem Dortmunder Stadtbild verschwunden sind, sind hier sehr beeindruckend.

Neun Beispiele für westfälische Baudenkmäler aus der Nachkriegszeit beschreibt HANS HANKE in chronologischer Reihenfolge. Er hat damit eine eher zufällige Auswahl aus den 500 Baudenkmalern getroffen, die erst nach 1945 in Westfalen entstanden sind und inzwischen unter Schutz gestellt sind. Deutlich wird in dem Beitrag, dass sich auch der Denkmalschutz nicht leicht getan hat, Projekte als denkmalwürdig anzuerkennen, die er noch in den 1970er Jahren bekämpft hat.

Schließlich geben SONJA HNILICA und MARKUS JAGER im letzten Beitrag des ersten Teils einige Hinweise, wie heute mit der Architektur der Nachkriegszeit umzugehen ist. Hierbei nutzen sie allerdings Beispiele aus der ganzen Welt, um ihre zehn Strategien zu erläutern, die ein breites Spektrum vom Konservieren bis zum Abriss umfassen.

Im zweiten Teil werden dann die 20 Beispiele aus Nordrhein-Westfalen mit je einem kurzen Text und einigem Anschauungsmaterial vorgestellt. Dabei werden ganz unterschiedliche Bautypologien gezeigt: Wohnbebauung wie etwa der Hannibal in Dortmund aus den frühen 1970er Jahren, Verwaltungsbauten wie die Wuppertaler Stadtparkasse aus eben dieser Zeit, Hochschulbauten wie die Ruhruniversität in Bochum aus den 1960er Jahren, Veranstaltungshallen wie die Westfalenhalle in Dortmund aus den 1950er Jahren, aber auch Kirchenbauten aus Dortmund oder Neuss aus der Nachkriegszeit. Die Vielfalt der entstandenen Bauten ist beeindruckend, wobei die Unterschiede zwischen den verschiedenen Jahrzehnten der Nachkriegsarchitektur sehr deutlich werden und eine Sympathie für die frühen Bauten der 1950er Jahre nachvollziehbar wird, wenn sie denn nicht durch Modernisierungsmaßnahmen ihren ursprünglichen Charakter in den letzten Jahren verloren haben.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass es sich in erster Linie um ein Architek-

turbuch handelt, das aber für Stadtgeographen ausgesprochen interessant ist, die sich mit den Stadtentwicklungsprozessen nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland beschäftigen. Für alle anderen Geographen ist es wegen seiner Konzeption beachtenswert. So handelt es sich um einen gehaltvollen und hochwertigen Ausstellungskatalog, der aus einem studentischen Projekt an der Hochschule hervorgegangen ist und der durch Expertenbeiträge angereichert wurde. Für die Lehre an geographischen Instituten könnte ein solches Projekt ein Vorbild sein.

Claus-C. Wiegandt